

Rheinlandpfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

1989

Inhalt

Das neue Gesetz über Agrarstatistiken	43	Das neue Gesetz über Agrarstatistiken tritt am 1. Juni 1989 in Kraft. Es werden die Ziele und der Inhalt dieses Gesetzes dargestellt.
Zur Hofnachfolge in der Landwirtschaft	47	Die Ergebnisse einer Befragung im Rahmen der Agrarberichterstattung 1987 werden kommentiert. Ferner wird ein Modell zur Erklärung der Hofnachfolgeentscheidung vorgestellt.
Regionale Wirtschaftsstruktur 1970 und 1987	51	Neben den Verschiebungen in der Branchenstruktur werden bei einem Vergleich der Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen 1970 und 1987 auch deutliche Veränderungen in der regionalen Wirtschaftsstruktur sichtbar.
Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf 1970 und 1987	61	Der Beitrag informiert über die Stellung der Erwerbstätigen im Beruf und zeigt die Veränderungen seit 1970 auf.
Fremdenverkehr in Heilbädern 1980 bis 1988	64	Über die Fremdenverkehrsentwicklung in den Heilbädern und deren wechselseitige Beziehungen zum Umland liefert die amtliche Statistik instruktive Informationen.
Anhang	17*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	23*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Kreis- und Verbandsgemeindeumlage 1988

Die 24 rheinland-pfälzischen Landkreise verzeichneten im Jahre 1988 wiederum einen wachsenden Umlagebedarf. So erhöhte sich das Umlagesoll der Landkreise um 30 Mill. DM oder 4,6 % auf 673 Mill. DM. Von allen Landkreisen mit Ausnahme von Germersheim und Mayen-Koblenz wurde der Bedarf an Umlagen gegenüber dem Vorjahr übertroffen.

Die Umlagegrundlagen blieben mit 2 380 Mill. DM fast unverändert (+ 1 %), wobei auf die Steuerkraftmeßzahlen 1933 Mill. DM (+ 1,7 %) und auf die Schlüsselzuweisungen 447 Mill. DM (- 2 %, bedingt durch den Rückgang der Schlüsselzuweisungen A) entfielen.

Der landesdurchschnittliche Umlagesatz stieg von 27,28 % auf 28,26 % an.

Für die Landkreise Germersheim und Mayen-Koblenz konnte trotz des Rückgangs des Umlagesolls um 8,8 % bzw. 21,6 % mit 328 DM und 323 DM noch der höchste Umlagebedarf je Einwohner errechnet werden. Bei den Umlagegrundlagen je Einwohner standen Germersheim (1 171 DM) und Mayen-Koblenz (1 043 DM) wiederum an der Spitze. Der höchste Umlagesatz war mit 32 % im Landkreis Kusel festgesetzt worden.

Den niedrigsten Umlagebedarf je Einwohner verzeichnete der Landkreis Südliche Weinstraße (192 DM), der mit 24 % neben dem Landkreis Pirmasens (23,5 %) auch die niedrigste Umlageanspannung aufweist. Die niedrigsten Umlagegrundlagen je Einwohner wurden mit 759 DM im Landkreis Trier-Saarburg errechnet.

Das Umlagesoll der Verbandsgemeindeumlage erhöhte sich im Jahre 1988 um 4,7 % auf 563 Mill. DM. Nachdem die Umlageanspannung in den Jahren 1986 und 1987 jeweils zurückgegangen war, konnte 1988 wieder ein Anstieg des landesdurchschnittlichen Umlagesatzes (34,55 % auf 36,01 %) festgestellt werden.

Die Umlagegrundlagen der Verbandsgemeindeumlage beliefen sich auf 1565 Mill. DM (+ 0,5 %).

Im Jahre 1988 wurden an Sonderumlagen 24 Mill. DM erhoben. Wird dieses Umlagesoll aus Gründen der besseren Vergleichbarkeit rechnerisch in die allgemeine Verbandsgemeindeumlage einbezogen, so ergibt sich eine fiktive durchschnittliche Umlageanspannung von 37,55 %. Im einzelnen liegt die Umlageanspannung zwischen 18,47 % in der Verbandsgemeinde Weißenthurm und 51,90 % in der Verbandsgemeinde Monsheim. kr

Wachstumsentwicklung in Rheinland-Pfalz nachhaltig positiv

Nach den ersten vorläufigen Berechnungen auf der Basis der Daten der ersten drei Quartale des Jahres 1988 ist das rheinland-pfälzische Bruttoinlandsprodukt nominal um 5,5 % gestiegen. Nach Ausschaltung von Preiseinflüssen errechnet sich eine reale Zuwachsrate von 3 %. Damit setzte sich der positive Wachstumstrend der vergangenen Jahre fort. sc

Steuereinnahmen 1988 um 6,5 % gestiegen, bei den Gemeinden um 11,4 %

Im Jahre 1988 flossen dem Land nach der Steuerverteilung, das heißt einschließlich der dem Land zustehenden Anteile an der Lohn-, Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer, 9 545 Mill. DM zu. Dies sind 585 Mill. DM oder 6,5 % mehr als am Ende des letzten Jahres. Die hohe Zuwachsrate ist maßgeblich auf die Anteile des Landes an den Steuern vom Einkommen (5 705 Mill. DM) und vom Umsatz (2 627 Mill. DM) zurückzuführen, die um 7,7 % bzw. 4,2 % das Vorjahresergebnis übertrafen. Die reinen Landessteuern nahmen um 5,6 % auf 1 091 Mill. DM zu. Hier stehen den leichten Rückgängen bei der Kraftfahrzeugsteuer (- 0,7 % auf 521 Mill. DM) infolge der Steuerbefreiungen für schadstoffarme Personenkraftwagen Mehreinnahmen bei der Vermögensteuer (+ 9,2 % auf 230 Mill. DM) gegenüber.

Diese insgesamt positive Entwicklung konnte auch bei den Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände festgestellt werden. Die Einnahmen aus Steuern mit 3 681 Mill. DM lagen hier sogar um 11,4 % über dem Ergebnis des Vorjahres. An Gewerbesteuer konnten mit 1 453 Mill. DM (nach Abzug der Gewerbesteuerumlage von 253 Mill. DM) allein 20,8 % mehr einnahmt werden. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer belief sich zum Jahresende auf 1 578 Mill. DM (+ 5,2 %). Die Grundsteuern erhöhten sich um 7,7 % auf 440 Mill. DM, die Grunderwerbsteuer um 7,4 % auf 151 Mill. DM. kr

Volkszählung belegt: Wesentlich mehr Angestellte, aber weniger Selbständige als 1970

Im Vergleich zu 1970 hat die Zahl der Selbständigen vor allem durch die Entwicklung in der Landwirtschaft deutlich abgenommen. Die Zahl der Angestellten hat sich dagegen beträchtlich erhöht. Fast die Hälfte der Angestellten ist im Dienstleistungsbereich, der sich als besonders expansiv erweist, beschäftigt. me

Mehr über dieses Thema auf Seite 61

kurz + aktuell

Neues Agrarstatistikgesetz

Am 1. Juni 1989 tritt das Gesetz über Agrarstatistik in Kraft. Mit diesem Gesetz werden die bisherigen agrarstatistischen Einzelgesetze an die Anforderungen, denen statistische Rechtsvorschriften nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Volkszählungsgesetz 1983 und dem neuen Bundesstatistikgesetz genügen müssen, angepaßt. Damit kommt der Agrarstatistik eine Vorreiterrolle für den Bereich der Wirtschaftsstatistiken zu. Unter dem Gesichtspunkt der Rechts- und Verwaltungsvereinfachung sind darüber hinaus die bisher bestehenden wichtigsten einzelgesetzlichen Rechtsvorschriften in einer gemeinsamen Rechtsgrundlage zusammengefaßt worden. Die Novellierung bot zudem auch Gelegenheit, in begrenztem

Umfang aus fachlichen Gründen erforderliche Änderungen an den Erhebungsprogrammen vorzunehmen. lx

Mehr über dieses Thema auf Seite 43

Nur jeder vierte landwirtschaftliche Betrieb hat einen Hofnachfolger

Von den im April 1987 in Rheinland-Pfalz gezählten landwirtschaftlichen Betrieben, deren Inhaber 45 Jahre oder älter waren, hatte nur etwa vierte (11 600) einen Hofnachfolger, der den Betrieb aller Voraussicht nach weiterführen wird. Bei weiteren 12 900 Betrieben ist zwar ein möglicher Hofnachfolger vorhanden, die Weiterbewirtschaftung des Betriebes durch ihn scheint allerdings nicht gesichert. Rund 16 300 (40 %) Betriebsinhaber gaben an, keinen Hofnachfolger zu haben. od

Mehr über dieses Thema auf Seite 47

Stundenlohn der Handwerker erstmals über 16 DM

Die männlichen Arbeiter im Handwerk erhielten im November 1988 erstmals einen durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von über 16 DM (16,11 DM). Das sind 1,8 % mehr als im vergleichbaren Monat des Vorjahres. Der Stundenlohn der Industriearbeiter liegt allerdings noch um mehr als 2 DM über dem der Handwerker.

Bei den Vollgesellen wurde ein Bruttostundenverdienst von 17,01 DM (+ 2,3 %), bei den Junggesellen von 12,77 DM (+ 0,8 %) und bei den übrigen Arbeitern von 14,66 DM (+ 1,3 %) festgestellt. Die höchsten Stundenverdienste erreichten die Vollgesellen des Zentralheizungs- und Lüftungsbauerhandwerks mit 18,01 DM, gefolgt von den Malern und Lackierern mit 17,43 DM. Den niedrigsten Stundenverdienst erzielten die Bäcker mit 16,43 DM.

Der durchschnittliche Bruttowochenverdienst erhöhte sich bei den Vollgesellen um 2,6 % auf 699 DM, bei den Junggesellen um 1,2 % auf 522 DM und bei den übrigen Arbeitern um 0,5 % auf 611 DM.

Bei allen Angaben sind einmalige oder in unregelmäßigen Abständen geleistete Zahlungen nicht berücksichtigt.

Die bezahlten Wochenstunden stiegen im gleichen Zeitraum geringfügig auf 41,1 Stunden (+ 0,1 Stunden). Die Zahl der Überstunden belief sich auf 1,4 pro Woche. ze

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet im Februar 1989		
Indexbezeichnung	1980=100	Veränderung zu Februar 1988 in %
Alle privaten Haushalte		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (einschl. Verzehr in Gaststätten)	118,9	1,5
Bekleidung, Schuhe	124,8	1,3
Wohnungsmieten	134,9	3,5
Energie (ohne Kraftstoffe)	106,3	3,0
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	123,1	1,4
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	129,3	4,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	126,3	5,3
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	121,9	0,5
Persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	139,5	3,0
Gesamtlebenshaltung	125,0	2,6
4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	124,6	2,6
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	126,1	2,5
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern		
Gesamtlebenshaltung	124,6	2,6

Heizöl wieder billiger Verbraucherpreise im Februar

In den rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden kosteten 100 l Heizöl im Februar durchschnittlich 39,33 DM. Das sind 2,8 % weniger als im Januar, aber immer noch ein Viertel mehr als im Februar 1988. Die Benzinpreise lagen bis zu 2 % über denen des Vormonats und bis zu einem Fünftel höher als vor Jahresfrist.

Während Schweinefleisch billiger war als vor einem Jahr, sind bei vielen anderen Lebensmitteln spürbare Verteuerungen zu beobachten: bei einzelnen Wurstsorten, Fisch, Eiern, Milch, Milchprodukten, Margarine, Pflanzenöl sowie bei Bohnenkaffee und Fruchtsäften. Auch für Kartoffeln, Birnen und Apfelsinen mußte mehr bezahlt werden. Die Preise für Tomaten, Weiß-, China- und Wirsingkohl sowie für Bananen und Äpfel gingen dagegen teilweise deutlich zurück. br

Fleischaufkommen 1988 leicht rückläufig

In Rheinland-Pfalz kamen im Jahre 1988 rund 1,4 Mill. Schweine, 166 400 Rinder und 59 700 Schafe zur Schlachtung. Während Rinder und Schweine überwiegend gewerblich geschlachtet werden (95 bzw. 94 %), spielen Hausschlachtungen bei Schafen mit einem Anteil von rund 23 % keine unbedeutende Rolle. Die Zunahme der Schafschlachtungen binnen Jahresfrist um rund 6 500 Tiere (+ 12 %) war jedoch allein auf den gewerblichen Bereich zurückzuführen. Bei Schweinen (- 1,7 %) und insbesondere bei Rindern (- 12 %) gab es dagegen weniger Schlachtungen als im Jahr zuvor. Bei den Rindern hat dazu hauptsächlich der Rückgang der Kuh- und Färsenschlachtungen beigetragen.

Das gesamte Fleischaufkommen einschließlich des unbedeutenden Anteils von Ziegen- und Pferdefleisch blieb mit 169 400 t um 3,9 % unter der Vorjahreserzeugung. Auf Schweinefleisch entfielen rund 116 400 t (- 1,4 %), auf Rindfleisch 51 000 t (- 9,4 %) und auf Schaffleisch 1 400 t (+ 16 %). hü

Regierungsbezirk Trier hat an wirtschaftlicher Bedeutung gewonnen

Ein Vergleich der Ergebnisse der Arbeitsstättenzahlungen 1970 und 1987 zeigt deutliche Verschiebungen in der regionalen Wirtschaftsstruktur. Von den 1,4 Mill. Beschäftigten in Rheinland-Pfalz entfielen am 25. Mai 1987 mehr als die Hälfte (52 %) auf den Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz, gut ein Drittel (36 %) auf Koblenz und 12 % auf Trier. Mit einer Ausweitung des

Anteils um gut 1 Prozentpunkt hat der Regierungsbezirk Trier wirtschaftlich an Bedeutung gewonnen. Der Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz mußte dagegen eine Einschränkung um 1,6 Punkte hinnehmen.

Die positive Entwicklung der Zahl der Arbeitsplätze vollzog sich in erster Linie in den Landkreisen, die einen Zuwachs um rund 112 600 Beschäftigte oder 15 % verzeichneten. Die kreisfreien Städte trugen mit knapp 40 000 mehr Arbeitsplätzen (+ 7,1 %) zum Gesamtwachstum bei. Die höchsten Wachstumsraten unter den Landkreisen weisen Ludwigshafen (+ 48 %), Bernkastel-Wittlich (+ 36 %) und Germersheim (+ 32 %) auf, während im Landkreis Pirmasens 15 % weniger Arbeitsplätze vorhanden waren. Unter den kreisfreien Städten ragt Kaiserslautern mit 19 % mehr Arbeitsplätzen heraus, während die von der Strukturkrise in der Schuhindustrie besonders betroffenen Städte Zweibrücken (- 11 %) und Pirmasens (- 5,8 %) Verluste verzeichnen.

Die größten Arbeitsplatzverluste im produzierenden Gewerbe traten in der Regel in den Verwaltungsbezirken auf, in denen dieser Wirtschaftsbereich eine dominierende Rolle spielt, zum Beispiel in der Stadt Ludwigshafen, oder eine besonders hohe Beschäftigtenzahl aufweist wie in Mainz. Mit Ausnahme des Raumes Pirmasens konnten die Verluste größtenteils durch Verlagerung in den Dienstleistungssektor aufgefangen oder sogar überkompensiert werden. mc

Mehr über dieses Thema auf Seite 51

1988 Rekordergebnis im rheinland-pfälzischen Außenhandel

Noch nie war der Export der rheinland-pfälzischen Wirtschaft so hoch wie im Jahre 1988. Für 32,7 Mrd. DM wurden Waren ins Ausland geliefert, das sind 3 Mrd. DM (+ 10 %) mehr als im Jahre 1987. Mit einem Anteil von 94 % dominierten Güter der gewerblichen Wirtschaft. Ihr Export nahm ebenso um 10 % zu wie der Export von Gütern der Ernährungswirtschaft.

Die ausländischen Kunden kauften hauptsächlich Fertigwaren. Auf diese Warengruppe entfielen 29,1 Mrd. DM (+ 12 %). Dagegen gelangten weniger Rohstoffe und Halbwaren als im Jahre 1987 in den Export (- 3,3 bzw. - 16 %).

Im ernährungswirtschaftlichen Bereich wurden vor allem Genußmittel exportiert (1,1 Mrd. DM, + 2,3 %). Außerdem wurden Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs für 496 Mill. DM (+ 9,5 %), Nahrungsmittel tierischen Ursprungs für 389 Mill. DM (+ 43 %) sowie lebende Tiere für 8 Mill. DM (+ 23 %) ins Ausland geliefert. sr

kurz + aktuell

Außenhandel mit USA in den ersten acht Monaten 1988

Die Ausfuhr in die USA stieg von Januar bis August 1988 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 2,6%. Dagegen wuchs der Import aus den Vereinigten Staaten sogar um 27% und konnte sich nachhaltig verbessern. Während die Einfuhren aus den USA lediglich im Januar 1988 zurückgingen (-13%), sanken die Exporte im Februar (-5,6%), Juli (-35%) und August (-2,2%) 1988. Gegenüber Januar bis August 1987 stieg das Außenhandelsvolumen damit um fast 11%.

Knapp 60% aller Exporte auf den amerikanischen Kontinent gingen von Januar bis August 1988 in die USA. Rheinland-pfälzische Importe von amerikanischen Märkten entstammen zu 64% dem Land der unbegrenzten Möglichkeiten. 1988 steigerte sich das Exportvolumen der Vereinigten Staaten bundesweit um nahezu 14%, bundesdeutsche Ausfuhren in die USA schrumpften jedoch um 8,4%. kl

Exporte nach Frankreich um 14% gestiegen

In den ersten acht Monaten 1988 wurden für 3 Mrd. DM Waren von Rheinland-Pfalz nach Frankreich exportiert. Das sind 14% mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres 1987. Damit ist Frankreich mit großem Abstand bester Kunde der rheinland-pfälzischen Wirtschaft vor den Niederlanden und Italien mit je 1,9 Mrd. DM (+29% bzw. +1,1%) und Großbritannien mit 1,7 Mrd. DM (-3,1%). Auf den nächsten Plätzen folgen Belgien-Luxemburg, die Schweiz sowie die USA. Die höchsten Zuwachsraten errechnen sich mit fast 50% für den Export in die afrikanischen Staaten. Auch nach Asien und Amerika waren die Wachstumsraten zweistellig.

Aus Frankreich wurden für 1,7 Mrd. DM Waren bezogen (+6,7%). Die Lieferungen aus den Niederlanden und Belgien-Luxemburg gingen um 15% bzw. 3,3% auf 1,4 bzw. 1,3 Mrd. DM zurück. Italien, Großbritannien, die USA und - mit +33% besonders stark - auch Japan verkauften dagegen mehr Waren in Rheinland-Pfalz als im Vorjahr. sr

1988 weniger Handel mit der DDR

Der rheinland-pfälzische Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost) war 1988 rückläufig. Die Lieferungen umfaßten ein Volumen von 280 Mill. DM (-5,1% gegenüber 1987). Bezogen wurden Waren im Wert von 77 Mill. DM (-7,4%).

Für 129 Mill. DM (-27%) wurden chemische Erzeugnisse geliefert. Das sind gut 46% aller Waren. Die Lieferungen von Maschinenbauerzeugnissen stiegen um

16% auf knapp 39 Mill. DM. Wie im Vorjahr weitete sich 1988 der Absatz von Nahrungs- und Genußmitteln stark aus (+114%) und erreichte einen Warenwert von fast 29 Mill. DM.

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft bezog um 1,9% weniger chemische Erzeugnisse (20 Mill. DM) und um 38% weniger Textilien (10 Mill. DM) aus der DDR und Berlin (Ost) als 1987. kl

Hohe Zunahme der Ausfuhr an pharmazeutischen Erzeugnissen in den ersten acht Monaten 1988

Von Januar bis August 1988 wurden für 1,2 Mrd. DM pharmazeutische Erzeugnisse aus Rheinland-Pfalz exportiert. Das entspricht einer Zunahme gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 1987 um 137%. Starke Exportsteigerungen ergaben sich auch für Kunststoffe (2,8 Mrd. DM, +28%) und Kraftfahrzeuge (3,5 Mrd. DM, +17%). Auch die Lieferungen von Maschinen waren mit 2,4 Mrd. DM unverändert hoch, während der Düngemittel-Export um 37% auf 175 Mill. DM zurückging.

Die Importe veränderten sich ebenfalls sehr unterschiedlich. Die rheinland-pfälzische Wirtschaft bezog für 1,1 Mrd. DM Maschinen aus dem Ausland. Das ist ein Drittel mehr als im vorjährigen Vergleichszeitraum. Auch wurden in gestiegenem Umfang Kraftfahrzeuge und Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs eingeführt, dagegen weniger Kraftstoffe. sr

1988 höhere Umsätze im Einzelhandel und Gastgewerbe

Im Jahre 1988 stieg der Einzelhandelsumsatz gegenüber dem Vorjahr um 3,9%. Die höchsten Zuwächse verzeichnete der Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen (+11%) sowie mit Fahrzeugen und Fahrzeugteilen (+8,7%). Im Einzelhandel mit Schuhen (-9,2%) und Brennstoffen (-8,6%) war die Entwicklung nach unten gerichtet.

Das Gastgewerbe erwirtschaftete 1988 ein Umsatzplus von 2,2%, wobei auf den Beherbergungsbereich +4,1% entfielen. Auch das Gaststättengewerbe konnte seine Umsätze leicht erhöhen.

Sowohl im Einzelhandel (-1,7%) als auch im Gastgewerbe (-0,5%) ging die Zahl der Vollzeitbeschäftigten zurück. Dagegen nahm die Zahl der Teilzeitbeschäftigten im Einzelhandel (+7,7%) und im Gastgewerbe (+4,7%) weiter zu, so daß sich die Beschäftigtensituation in beiden Bereichen (+1,7 bzw. +1,9%) quantitativ verbesserte. In Apotheken arbeiteten 1988 fast 24% mehr Teilzeitkräfte als 1987. kl

Das neue Gesetz über Agrarstatistiken

Anpassung der bisherigen Rechtsgrundlagen an die Forderungen des Volkszählungsurteils und des Bundesstatistikgesetzes

Nachdem der Bundesrat am 10. Februar endgültig zugestimmt hat und in Kürze im Bundesgesetzblatt die Verkündung erfolgt, wird am 1. Juni 1989 das neue Gesetz über Agrarstatistiken in Kraft treten. Mit ihm werden die wichtigsten bisher bestehenden agrarstatistischen Einzelgesetze, wie Gesetz über Bodennutzungs- und Ernteerhebung, Viehzählungsgesetz, Gesetz über eine Statistik der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft und das Agrarberichterstattungsgesetz, an die Anforderungen, denen statistische Rechtsvorschriften nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Volkszählungsgesetz 1983 und dem neuen Bundesstatistikgesetz genügen müssen, angepaßt. Hauptansatzpunkt war das rechtsstaatliche Gebot der Normenklarheit. So wurden entsprechend den Anforderungen von § 9 Bundesstatistikgesetz bei den einzelnen Statistiken nunmehr die Erhebungsprogramme bestimmter als bisher gefaßt, die Erhebungs- und Hilfsmerkmale festgelegt und voneinander unterschieden, der jeweilige Berichtszeitraum oder Berichtszeitpunkt geregelt und der Kreis der zu Befragenden präziser bestimmt. Auch die Übermittlung von Einzelangaben an oberste Bundes- oder Landesbehörden ist den Vorgaben von § 16 Abs. 4 des Bundesstatistikgesetzes angepaßt worden. In Einzelfällen wurden besondere organisatorische und verfahrensrechtliche Vorkehrungen getroffen, um eine Gefährdung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung auszuschließen. Mit dem neuen Gesetz kommt somit der Agrarstatistik eine Vorreiterrolle für den Bereich der Wirtschaftsstatistiken zu.

Einheitliche Rechtsgrundlage für alle agrarstatistischen Erhebungen

Unter dem Gesichtspunkt der Rechts- und Verwaltungsvereinfachung wurden die bisher für die Agrarstatistik bestehenden einzelgesetzlichen Rechtsvorschriften in einer gemeinsamen Rechtsgrundlage zusammengefaßt. Damit kommt zusätzlich zum Ausdruck, daß es sich bei der Agrarstatistik um ein geschlossenes System sorgfältig aufeinander abgestimmter Erhebungen handelt. Das neue Gesetz regelt Bodennutzungserhebung, Viehzählung, Arbeitskräfteerhebung in der Landwirtschaft, Agrarberichterstattung, Landwirtschaftszählung und die Ernteerhebung. Zu einem späteren Zeitpunkt sollen in das Gesetz auch die übrigen, allerdings weniger umfangreichen, agrarstatistischen Erhebungen integriert werden.

Das Agrarstatistikgesetz gliedert sich in vier Teile. Im ersten Teil werden die genannten Agrarfachstatistiken als Bundesstatistik angeordnet. Die spezifischen Einzelheiten der angeordneten Statistiken werden im zweiten Teil geregelt, die für diese Statistiken geltenden gemeinsamen Vorschriften im dritten Teil. Der vierte Teil enthält die üblichen Schlußvorschriften.

Die Novellierung bot auch Gelegenheit, in begrenztem Umfang aus fachlichen Gründen erforderliche Änderungen an den bestehenden Erhebungsprogrammen vorzunehmen. Bei allen Änderungen wurde aber besonderer Wert darauf gelegt, die Erhebungsprogramme und die Durchführung der Statistiken nur so zu verändern, daß die Statistiken auch weiterhin die für die Feststellung und Analyse der vielgestaltigen Anpassungsvorgänge in der Landwirtschaft unentbehrlichen vergleichbaren Zeitreihen liefern.

Neuorientierung der Agrarpolitik erfordert mehr denn je differenzierte statistische Grundlagen

Im folgenden sollen die im Gesetz angeordneten Statistiken mit ihren Erhebungsprogrammen und den hierbei eingetretenen Änderungen vorgestellt werden. Die Agrarstatistik gehört neben der Bevölkerungsstatistik zu den ältesten Arbeitsgebieten der amtlichen Statistik überhaupt. Sie hat ihren Ursprung in der unmittelbaren Bedeutung, die die Erzeugung von Nahrungsmitteln für jeden einzelnen und für die Gesellschaft besitzt. Dies führte zum Aufbau eines leistungskräftigen statistischen Beobachtungssystems, das lückenlos und regelmäßig die Wirtschaftsabläufe registriert und, gemessen an anderen Wirtschafts- und Gesellschaftsbereichen, als weitgehend vollständig bezeichnet werden kann. Die zwischenzeitliche Wandlung der politischen Problemstellung weg von der Ernährungssicherung hin zur Überschußverwaltung hat daran nichts geändert. Mit der Entwicklung des gemeinsamen europäischen Agrarmarktes ging vielmehr eine wachsende Reglementierung einher, die wiederum differenzierte statistische Untersuchungen zur Folge hatte. Auch die in jüngster Zeit beschlossene Neuorientierung der gemeinsamen Agrarpolitik mit ihren vielfältigen Maßnahmen erfordert mehr denn je exakte statistische Unterlagen. Die Entscheidungen zur Einführung von Einkommensbeihilfen, Produktionsquoten, Stabilisatoren und Flächenstillenungsprogrammen sind auch eine Herausforderung an die Statistiker. Die Nachfrage nach statistischen Informationen erstreckt sich dabei nicht nur auf die Höhe

und Zusammensetzung der landwirtschaftlichen Produktion (Produktionsstatistik), sondern vor dem Hintergrund vielfältiger betrieblicher und struktureller Anpassungsvorgänge auch auf die ökonomischen und sozialen Verhältnisse in den landwirtschaftlichen Betrieben, unter denen diese zustandekommt (Strukturbeobachtungsstatistik).

Bodennutzungserhebung auch aus Umweltgesichtspunkten von Bedeutung

Im neuen Gesetz rangiert unter den Agrarfachstatistiken an erster Stelle die Bodennutzungserhebung. Sie liefert mit ihren verschiedenen Einzelerhebungen wichtiges statistisches Datenmaterial über den Umfang der pflanzlichen Produktion. Die hieraus resultierenden Anbauflächen von Feldfrüchten und Sonderkulturen bilden die Grundlage für sämtliche Erntestatistiken und damit wiederum für die Beurteilung der Versorgungslage, der Einkommensentwicklung, der Entwicklung der Produktion sowie für Beratungs- und Prognosezwecke.

Die Flächenerhebung als erste Einzelerhebung paßt insbesondere vom Inhalt her eigentlich nicht in ein Agrarstatistikgesetz. Da jedoch Flächenfeststellungen traditionsgemäß immer eine wesentliche Aufgabe der Agrarstatistik waren, hat man sie in diesem Gesetz belassen. Hauptaufgabe der erst 1979 in die amtliche Statistik eingeführten Flächenerhebung ist die detaillierte Erfassung der Flächen außerhalb der Land- und Forstwirtschaft, um vor allem den ständig steigenden Datenforderungen aus den Bereichen Umweltschutz, Raumordnung, Landschafts-, Verkehrs- oder Städtebauplanung Rechnung zu tragen. Die Flächenfeststellungen basieren im Gegensatz zu den anderen Bodennutzungserhebungen nicht auf dem Betriebsprinzip mit den hieraus resultierenden regionalen Verzerrungen, sondern auf dem Belegenheitsprinzip. Weiterhin sind die Erhebungseinheiten hier nicht, wie sonst in der Agrarstatistik üblich, die landwirtschaftlichen Betriebe oder Forstbetriebe, sondern die Gemeinden. Die Flächenerhebung besteht zum einen aus einer alle vier Jahre durchzuführenden Erhebung der tatsächlichen Nutzung. Hierfür kann wie bisher in Rheinland-Pfalz ausschließlich auf das automatisierte Liegenschaftskataster zurückgegriffen werden, das für 1989 bereits eine wesentlich über das bundeseinheitliche Minimalprogramm hinausgehende Auswertung ermöglicht. Andererseits beinhaltet sie eine Erhebung der in einem Flächennutzungsplan dargestellten Art der Nutzung. Auch hierfür ist ein vierjähriger Turnus vorgesehen. Dieser Erhebungsteil war zwar auch schon im bisherigen Gesetz über Bodennutzungs- und Ernteerhebung vorgesehen, er wurde jedoch im Zuge des 2. Statistikbereinigungsgesetzes für 1985 ausgesetzt und wird somit erstmalig für 1989 stattfinden. Mit der statistischen Auswertung der Flächennutzungspläne durch die Gemeinden wird in gewissem Umfang Neuland beschritten. Umfangreiche Voruntersuchungen hierzu durch einen Forschungsauftrag des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, dessen Ergebnisse sich in einer Anleitung für die Gemeinden niedergeschlagen haben, sowie die seitens der Vermessungs- und Katasterverwaltung in Rheinland-Pfalz zugesagte Unterstützung der Gemeinden bei der technischen

Durchführung der Flächenfeststellungen lassen keine unüberwindlichen Schwierigkeiten erwarten.

Die Bodennutzungshaupterhebung als zweite große Einzelerhebung gliedert sich in eine jährliche totale Feststellung der betrieblichen Einheiten als Grundlage für Ergebnisse über die Betriebsgrößenstruktur und eine Erhebung über die Anbauflächen der einzelnen Kultur- und Fruchtarten, die alle vier Jahre total und zwischenzeitlich repräsentativ stattfindet. Wegen seiner besonderen Bedeutung für ökologische Fragestellungen (Verbesserung der Bodenstruktur, Erosionsschutz, Verhinderung der Nitratauswaschung) sieht das neue Gesetz bei der Anbauflächenenerhebung wieder eine Berücksichtigung des Zwischenfruchtanbaues vor, der bereits bis 1978, allerdings in erster Linie im Zusammenhang mit der Ermittlung der Produktion von wirtschaftseigenem Futter, zum Frageprogramm gehörte.

Drei weitere Einzelerhebungen betreffen den Anbau von Spezialkulturen, so den Gemüse- und Zierpflanzenanbau, die Baumschulen und den Obstanbau. Die Gemüse- und Zierpflanzenerhebung findet wie bisher alle vier Jahre allgemein und in den Zwischenjahren repräsentativ statt. Die Baumschulerhebung erfolgt in Rheinland-Pfalz alle zwei Jahre total und die Obstanbauerhebung alle fünf Jahre. Letztere bezieht sich allerdings nur auf den Marktbobstbau. Für den neuerdings aus ökologischen Gründen wieder geförderten Streuobstanbau, der in einzelnen Jahren erhebliche Ernten bringen und damit auch den Markt beeinflussen kann, liegen bedauerlicherweise seit 1965 keine Zahlen mehr über das Produktionspotential vor.

Die laufende Feststellung der Entwicklung des Produktionspotentials im Weinbau ist durch das neue Agrarstatistikgesetz noch nicht geregelt. Sie erfolgt derzeit noch aufgrund einer EG-Verordnung aus dem Jahre 1979. Inwieweit sich die Rebflächenerhebung in Zukunft durch eine sekundärstatistische Auswertung der derzeit primär für Verwaltungszwecke bei der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz in Ausführung der EG-Verordnungen Nr. 2392/86 und Nr. 649/87 im Aufbau befindlichen EG-Weinbaukartei ersetzen lassen, muß der weiteren Entwicklung überlassen bleiben.

Keine Nachprüfung der Viehzählung mehr

Der zweite Abschnitt des Teiles Agrarfachstatistiken des neuen Gesetzes betrifft die Viehzählung. Regelmäßige Erhebungen über die Viehbestände zwecks Abschätzung ihrer artspezifischen Reproduktions- und Erzeugungsleistung gehörten schon immer zum Programm der amtlichen Agrarstatistik. Ihre Ergebnisse dienen vor allem zur Erstellung von Prognosen über die Entwicklung auf den Vieh- und Fleischmärkten und damit letztendlich auch über die Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft. Die Viehzählung besteht aus einer jährlichen Zählung im Dezember, bei der alle zwei Jahre total die Rinder, Schweine, Schafe, Pferde und das Geflügel und in den Zwischenjahren repräsentativ nur die Rinder, Schweine und Schafe erhoben werden. Wegen der starken jahreszeitlichen Schwankungen in der Entwicklung der Bestände erfolgen zusätzlich jährlich Zwischenerhebungen, und zwar im Juni für Rinder

und Schafe sowie im April und August für Schweine. Abgesehen davon, daß nach dem neuen Gesetz bei der Dezemberzählung die bisher alle vier Jahre notwendige Erfassung auch der Kleinstbestände von Schweinen und Legehennen nicht mehr vorgesehen ist, haben sich gegenüber dem früheren Stand bei der Viehzählung keine Änderungen ergeben. Die nach dem alten Viehzählungsgesetz in mehrjährigen Abständen angeordnete Nachprüfung der Zählung bei Rindern und Schweinen wurde wegen der Problematik beim Betretungsrecht und im Hinblick auf die Gefahr der Übertragung von Tierseuchen bereits für 1988 durch Verordnung ausgesetzt. Sie wird nach dem Willen des Gesetzgebers in Zukunft auf Dauer entfallen, was aus der Sicht eines Statistikers sicher zu bedauern ist.

Erhebung der Arbeitskräfte in der Forstwirtschaft entfallen

In weiteren Abschnitten behandelt das neue Agrarstatistikgesetz Erhebungen, die Daten über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe und Forstbetriebe liefern sollen. Im einzelnen handelt es sich hierbei zunächst um die schon seit jeher bestehende Arbeitskräfteerhebung in der Landwirtschaft. Sie dient der Feststellung und Beobachtung der zahlenmäßigen und strukturellen Entwicklung des Arbeitskräftebestandes. Die Ergebnisse werden in erster Linie zur Beurteilung der Produktivität und der wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft verwendet. Eine Erhebung der Arbeitskräfte in der Forstwirtschaft ist im neuen Gesetz nicht mehr vorgesehen. Sie konnte entfallen, da hierüber bei den obersten Forstbehörden aus den Unterlagen der Waldarbeiterentlohnung mittlerweile ausreichendes Zahlenmaterial zur Verfügung steht. Die Arbeitskräfteerhebung in der Landwirtschaft wird auch in Zukunft jährlich, und zwar repräsentativ durchgeführt. Lediglich in Jahren der Landwirtschaftszählung findet eine Totalerhebung statt. Die Erhebungsmerkmale entsprechen im wesentlichen der bisherigen Regelung. Neu hinzugekommen ist lediglich die Stellung im Beruf bei den ständig im Betrieb Beschäftigten, die keine Familienangehörigen sind, sowie im Jahr der Landwirtschaftszählung die Art der Entlohnung und die Berufsausbildung. Die letzten beiden Merkmale sollen allerdings ausschließlich zur Vorbereitung der im Gesetz über die Lohnstatistik geregelten Verdiensterhebung in der Landwirtschaft dienen.

Agrarberichterstattung im wesentlichen unverändert

Der strukturelle und soziale Anpassungsprozeß der Landwirtschaft, der sich auch in den nächsten Jahren fortsetzen wird, sowie die Ausrichtung der nationalen und der gemeinsamen Agrarpolitik auf veränderte Rahmenbedingungen erfordern detaillierte und vor allem auch laufend aktualisierte Strukturdaten, die die in nur größeren Zeitabständen stattfindenden Landwirtschaftszählungen nicht liefern können. Diesem Informationsbedarf wird durch die seit 1975 in zweijährigem Abstand durchgeführte Agrarberichterstattung Genüge getan. Sie soll ferner Anforderungen abdecken, die sich

aus den im Jahre 1975 eingeführten laufenden EG-Strukturerhebungen in der Landwirtschaft ergeben.

Die Agrarberichterstattung besteht aus einem Grundprogramm, einem Ergänzungsprogramm und einem Zusatzprogramm. Beim Grundprogramm werden in Übereinstimmung mit den rechtlichen Grundlagen des Bundesstatistikgesetzes die Angaben aus der Bodennutzungshaupterhebung, der Viehzählung im Dezember und der Arbeitskräfteerhebung in der Landwirtschaft betriebsweise zusammengeführt und im Betriebszusammenhang ausgewertet. Ohne zusätzlichen Erhebungsaufwand werden damit Informationen für strukturelle Analysen gewonnen. Bodennutzungshaupterhebung und Viehzählung werden dabei in jedem zweiten Berichtsjahr für die Gesamtheit der Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, in den Zwischenjahren nur für eine repräsentative Auswahl von landwirtschaftlichen Stichprobenbetrieben herangezogen.

Mit dem Grundprogramm verbunden ist das Ergänzungsprogramm. Es regelt die zusätzlich in den Betrieben zu erfragenden Merkmale über die sozialökonomischen Verhältnisse des Betriebes, die Buchführung, über die Eigentums- und Pachtverhältnisse an der landwirtschaftlich genutzten Fläche sowie über außerbetriebliche Erwerbs- und Unterhaltsquellen. Neu hinzugekommen sind aus Umweltgesichtspunkten Merkmale über den Anfall und die Ausbringung tierischer Exkremente, insbesondere von Gülle. Sie sollen Rückschlüsse auf mögliche Belastungen von Böden und Gewässern zulassen. Die Merkmale über die sozialökonomischen Verhältnisse, die Buchführung und die tierischen Exkremente werden alle vier Jahre total und in den übrigen Erhebungsjahren der Agrarberichterstattung repräsentativ erhoben. Bei den übrigen Merkmalen ist in jedem Berichtsjahr nur eine repräsentative Erfassung vorgesehen. Im Jahr der Landwirtschaftszählung erfolgt allerdings zusätzlich eine totale Erhebung der Eigentums- und Pachtverhältnisse.

Das Zusatzprogramm kann im Bedarfsfall durch Rechtsverordnung angeordnet werden. Es umfaßt Erhebungs komplexe, die weder im Grund- noch im Ergänzungsprogramm für periodische Erhebungen enthalten sind, die jedoch wichtige Strukturmerkmale für die künftige Agrarpolitik umfassen.

Landwirtschaftszählung mit ihren Einzel-erhebungen in der Zeit von 1990 bis 1994

Die wichtigsten und zugleich umfassendsten Informationsquellen über die Struktur und die sozialökonomischen Verhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe und der Forstbetriebe stellen seit jeher die Landwirtschaftszählungen dar, die nicht zuletzt auch aufgrund von FAO-Empfehlungen bisher in etwa zehnjährigen Abständen (1949, 1960, 1971, 1979) stattgefunden haben. Seit Einführung der Agrarberichterstattung ist der Erhebungsaufwand für die Landwirtschaftszählung allerdings deutlich zurückgegangen, denn Grund- und Ergänzungsprogramm der Agrarberichterstattung bilden den Schwerpunkt der Landwirtschaftszählung im engeren Sinne. Deren Angaben werden betriebsweise mit denen für wichtige Merkmale zusammengeführt, die

als aktuelle agrarpolitische Entscheidungshilfen zusätzlich im Rahmen der Landwirtschaftszählung erhoben werden müssen. Für Sonderbereiche der Landwirtschaft, wie den Wein- und Gartenbau sowie die Binnenfischerei kann die Agrarberichterstattung wegen ihres eher allgemein gehaltenen Erhebungsprogramms nur in geringem Umfang Informationen liefern. Deshalb sind im Rahmen der Landwirtschaftszählung neben der eigentlichen Haupterhebung hierfür gesonderte Strukturhebungen erforderlich.

Das neue Agrarstatistikgesetz sieht für das erste Halbjahr 1991 eine weitere Landwirtschaftszählung vor, und zwar die eigentliche Haupterhebung. Vorausgehen wird 1989/90 in den Monaten Oktober bis Juni die Weinbauerhebung. Sie wird gemeinsam mit der für das Landwirtschaftsjahr 1988/89 erforderlichen Grunderhebung über die Rebflächen nach EG-Recht stattfinden. Eine Gartenbauerhebung und eine Binnenfischereierhebung folgen im ersten Halbjahr 1994.

Die Erhebungsmerkmale der Haupterhebung 1991 schließen an die von 1979 an. Neben Merkmalen über die Vermietung von Unterkünften an Ferien- und Kurgäste werden solche über die Berufsausbildung des Betriebsinhabers, seines Ehegatten und des Betriebsleiters, die Mitgliedschaft in Erzeugergemeinschaften und -organisationen, die Ausstattung des Betriebes mit landwirtschaftlichen Maschinen sowie die soziale Sicherung des Betriebsinhabers und seiner Familienangehörigen erhoben. Neu hinzugekommen sind Merkmale über die Referenzmengen nach der Milch-Garantiemengen-Verordnung sowie über die Hofnachfolge. Außerdem können in Ländern mit bedeutendem Anteil von landwirtschaftlichen Neben- und Zuerwerbsbetrieben zusätzlich Art und Wirtschaftszweig der außerbetrieblichen Erwerbstätigkeit des Betriebsinhabers und seines Ehegatten erhoben werden. Für die Merkmale über die Referenzmengen, die Vermietung von Unterkünften sowie die Hofnachfolge ist eine totale Erfassung vorgesehen.

Die Erhebungskataloge von Weinbau-, Gartenbau- bzw. Binnenfischereierhebung stimmen weitgehend mit denen vorausgegangener Erhebungen überein. Sie wurden lediglich präziser gefaßt. Hiernach ergeben sich Fragen u. a. über die Betriebsart, die Flächen und ihre Eigentums- und Besitzverhältnisse, die Produktion, die Gliederung der Betriebseinnahmen, die sozialökonomischen Verhältnisse des Betriebes, die Vermarktung, die Arbeitskräfte und die Berufsbildung des Betriebsleiters.

Feststellung der Erntemenge erhält zunehmend politische Bedeutung

Die zunächst letzte im geplanten Gesetz geregelte Agrarfachstatistik ist die Ernteerhebung. Sie bildet neben der Bodennutzungshaupterhebung bzw. der Rebflächenerhebung eine weitere Grundlage für die Feststellung der pflanzlichen Produktion. Mit ihrer Hilfe sollen zu einem möglichst frühen Zeitpunkt Angaben zunächst über die zu erwartenden und schließlich über die tatsächlich erzielten Erntemengen sowie über deren Qualität bereitgestellt werden. Durch die von der EG-

Kommission jüngst im Rahmen der Getreidemarktordnung eingeführte Garantieschwelle, bei deren Überschreitung die Erzeuger eine zusätzliche Mitverantwortungsabgabe zu leisten haben und für das folgende Wirtschaftsjahr eine Kürzung des Interventionspreises erfolgt, kommt der Feststellung des endgültigen Ernteergebnisses zumindest bei Getreide mittlerweile auch eine besondere politische Bedeutung zu.

Die Ernteerhebung besteht wie bisher einerseits aus der Ernteberichterstattung und andererseits aus der Besonderen Ernteermittlung. Bei der Ernteberichterstattung werden von ehrenamtlich tätigen Sachverständigen auf freiwilliger Grundlage Schätzungen über die voraussichtlichen und endgültigen Naturalerträge des laufenden Jahres, ergänzt um Merkmale über den Wachstumsstand und wachstumsbeeinflussende Bedingungen, vorgenommen. Bei der Besonderen Ernteermittlung werden für Getreide und Kartoffeln bei einer begrenzten nach dem Stichprobenverfahren ausgewählten Zahl von Probefeldern in einem besonderen Verfahren durch Wiegen und Messen die Naturalerträge ermittelt. Bei Roggen und Weizen schreibt das Gesetz in diesem Zusammenhang wegen ihrer besonderen Bedeutung für die menschliche Ernährung zusätzlich eine Ermittlung der Beschaffenheitsmerkmale vor, wobei Inhaltsstoffe, Verarbeitungseigenschaften sowie die Belastung mit Schadstoffen und radioaktiven Substanzen untersucht werden sollen. Die Ermittlung der Beschaffenheitsmerkmale wird dabei als Aufgabe des Bundes bestimmt. Gegenüber der bisherigen Regelung sind im neuen Gesetz weiterhin insbesondere die Merkmale der Ernteerhebung präziser gefaßt. Ferner wird bestimmt, daß die Besondere Ernteermittlung in ihren Einzelheiten in Zukunft durch eine mit Zustimmung des Bundesrates zu erlassende allgemeine Verwaltungsvorschrift des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten geregelt werden soll.

Wie aus dem neuen Agrarstatistikgesetz zu erkennen ist, erwarten die Konsumenten aufgrund ihres Datenbedarfs, daß die Agrarstatistik auf dem derzeitigen Stand langfristig weitergeführt wird. Dabei geht man selbstverständlich von denselben Mindestansprüchen an Zuverlässigkeit, Vergleichbarkeit sowie sachlicher, zeitlicher und regionaler Gliederungstiefe aus wie bisher. Daneben wird jedoch auch in Zukunft den mit fortschreitender Entwicklung neu auftretenden statistischen Fragestellungen besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Als Beispiel hierfür sollen der Aufbau von raumbezogenen Informationssystemen sowie der Einsatz der Fernerkundung genannt werden. Bei ersterem geht es neben der statistischen Bodennutzung der einzelnen Gemeinden oder Gemarkungen im wesentlichen um die Vorhaltung der geometrischen Lagebeschreibungen der einzelnen Bodenflächen in Verbindung mit Sachdaten in digitaler Form. Dieses Vorhaben ist sicherlich nicht nur für die Agrarstatistik von besonderer Bedeutung. Die Fernerkundung bietet sich in erster Linie zur Feststellung von aktuellen Bodennutzungsdaten und für Ertragsvoraussetzungen an. Für beide Projekte gibt es auf Bundes- und EG-Ebene bereits intensive Voruntersuchungen, deren Beschreibung den Rahmen dieses Beitrages sprengen würde.

Diplom-Agraringenieur Werner Laux

Zur Hofnachfolge in der Landwirtschaft

Ein Ziel der EG-Agrarpolitik ist die Beseitigung der derzeitigen Überschusssituation auf landwirtschaftlichen Märkten. Dies wird vor allem über eine Reduktion des Faktoreinsatzes in der landwirtschaftlichen Produktion angestrebt. Die Ansätze hierfür sind vielfältig. Neben Produktpreissenkungen und Mengenbeschränkungen für in der Produktion befindliche Betriebe werden Anreize zur vorzeitigen Betriebsaufgabe geschaffen. Die jüngst in der Bundesrepublik Deutschland in Kraft getretene Vorruhestandsregelung für Landwirte ist ein Beispiel dafür. Zur Ausgestaltung der verschiedenen Maßnahmen ist es erforderlich, die Zahl der im Zeitablauf (freiwillig oder erzwungenermaßen) ausscheidenden Betriebe abzuschätzen. Besondere Bedeutung kommt der Betriebsaufgabe im Zuge des Generationswechsels zu, nicht zuletzt, weil die mit einer Hofaufgabe verbundenen sozialen Härten in diesem Fall als vergleichsweise gering angesehen werden.

Aus diesem Grund wurde 1987 erstmals eine Befragung von Landwirten über die Hofnachfolgesituation in ihren Betrieben in den repräsentativen Teil der Agrarberichterstattung aufgenommen. Diese Art der Erhebung stellt insofern ein Novum in der amtlichen Agrarstatistik dar, als nicht Tatbestände sondern zum Teil weit in der Zukunft liegende Absichten und Einschätzungen erfragt wurden. Die Interpretation der Ergebnisse sollte stets vor diesem Hintergrund erfolgen.

In weniger als 30 % der befragten Betriebe ist die Hofnachfolge gesichert

Unter den hochgerechnet 40 800 Betrieben, deren Inhaber 45 Jahre oder älter waren, befanden sich 16 300

Betriebe ohne Hofnachfolger. Diese Betriebe verfügten über eine landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) von 111 700 ha. 1 000 Betriebe hatten zwar einen möglichen Hofnachfolger, eine Weiterführung des Hofes wurde aber ausgeschlossen. Bei weiteren 11 900 Betrieben war die Übernahme durch den möglichen Hofnachfolger ungewiß, lediglich 11 600 Betriebe mit 202 200 ha LF gaben an, einen Hofnachfolger zu haben, der den Betrieb aller Voraussicht nach auch weiterbewirtschaften werde.

Der Anteil der Betriebe, die voraussichtlich weiterbewirtschaftet werden, nimmt mit zunehmender Flächenausstattung tendenziell zu. Während in Betrieben unter 10 ha nur etwa bei jedem fünften Betrieb die Weiterführung als sicher gilt, sind dies in der Klasse über 50 ha etwas über 70 %.

Auch die Unterscheidung zwischen Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben führt zu einer nicht proportionalen Aufteilung in Klassen mit bzw. ohne Hofnachfolger. Erwartungsgemäß sind Haupterwerbsbetriebe unter den Betrieben mit einem Hofnachfolger relativ stärker vertreten (69 %) als Nebenerwerbsbetriebe (53 %).

Zunehmendes Alter der befragten Betriebsinhaber schlägt sich weniger im Anteil an den Betrieben mit Hofnachfolger nieder, sondern vor allem im Grad der Ungewißheit über die Entscheidung der potentiellen Hofnachfolger. So hatten zwar in der Altersgruppe zwischen 45 und 54 Jahren 63 % der Betriebe einen möglichen Hofnachfolger, in 55 % dieser Fälle war jedoch noch ungewiß, ob eine Hofübernahme auch tatsächlich erfolgen wird. Mit fortschreitendem Alter wird die Hofnachfolgesituation dann eindeutiger.

Landwirtschaftliche Betriebe mit Inhabern im Alter von 45 Jahren und älter und ihre Hofnachfolge 1987 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF)

Landwirtschaftlich genutzte Fläche	insgesamt		Betriebe mit Hofnachfolger						Betriebe ohne Hofnachfolger	
			zusammen		mit Weiterbewirtschaftung durch den Hofnachfolger		Weiterbewirtschaftung ungewiß			
	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe		LF	
	1000	1000 ha	1000	1000 ha	1000	1000 ha	1000		1000 ha	
unter 1 ha LF	6,8	4,0	3,3	1,9	1,4	0,8	1,8	0,1	3,5	2,0
1 – 2 ha LF	6,1	8,7	3,1	4,4	1,1	1,7	1,7	0,2	3,1	4,3
2 – 5 ha LF	7,9	26,0	4,2	14,0	1,7	5,6	2,2	0,3	3,7	12,0
5 – 10 ha LF	6,6	47,6	4,1	30,0	1,7	12,6	2,3	0,1	2,5	17,5
10 – 20 ha LF	6,3	91,5	4,0	58,8	1,9	27,3	2,0	0,1	2,2	32,7
20 – 30 ha LF	3,2	78,3	2,4	58,0	1,4	33,9	0,9	0,1	0,8	20,3
30 – 50 ha LF	2,7	100,7	2,3	85,4	1,4	55,3	0,7	0,1	0,4	15,3
50 und mehr ha LF	1,3	88,5	1,2	81,0	0,9	65,0	0,2	0,0	0,1	7,6
Insgesamt	40,8	445,2	24,5	333,6	11,6	202,2	11,9	1,0	16,3	111,7
Haupterwerbsbetriebe	18,1	334,0	12,4	263,7	7,4	175,0	4,7	0,3	5,7	70,2
Nebenerwerbsbetriebe	22,7	111,3	12,1	69,8	4,2	27,2	7,2	0,7	10,6	41,5

Ein Modell zur Erklärung der Hofnachfolgeentscheidung

Neben dem Vorhandensein einer geeigneten Person und der voraussichtlichen Weiterführung des Betriebes wurden noch weitere Merkmale erhoben, die sowohl den Hof als auch den möglichen Nachfolger charakterisieren. Im einzelnen liegen Angaben über Alter, Geschlecht und Ausbildung des Hofnachfolgers sowie über seine bisherige Mitarbeit auf dem Betrieb vor. Sozialökonomischer Betriebstyp und Betriebsgröße sind bereits im Standardprogramm der Agrarberichterstattung enthalten. Mit Hilfe eines loglinearen Modells sollen diese Merkmale herangezogen werden, um die Entscheidung, ob ein möglicher Hofnachfolger den Betrieb weiterzuführen beabsichtigt oder nicht, zu erklären. Gelingt dies, dann werden Wirkungsrichtungen erkennbar, und mit Hilfe der zur Erklärung dienenden Variablen lassen sich Wahrscheinlichkeitsaussagen darüber treffen, wie sich andere, nicht befragte Betriebe entscheiden werden.

Die Untersuchungseinheiten bilden nur diejenigen Betriebe, die überhaupt einen potentiellen Hofnachfolger haben. Insgesamt waren dies 4 353 Stichprobenbetriebe. Während im Erhebungsbogen zur Frage der Weiterführung die Antwortmöglichkeiten „Ja“, „nein“ und „ungewiß“ vorgegeben waren, wurden im Erklärungsmodell die beiden letztgenannten Kategorien zusammengefaßt. Bevor die Modellergebnisse vorgestellt werden, sollen einige methodische Anmerkungen die Vorgehensweise erläutern.

Loglineare Modelle zur Analyse von Kontingenztafeln

Zur Darstellung der Häufigkeitsverteilung zweier oder mehrerer Variablen mit diskreten Merkmalausprägungen bedient man sich der Kontingenztafel. Mit Hilfe von loglinearen Modellen können eventuell bestehende Zusammenhänge zwischen den Variablen bezüglich der Häufigkeit des Auftretens in den einzelnen Ausprägungen aufgezeigt und überprüft werden. Genauer gesagt werden logarithmierte erwartete Zellhäufigkeiten durch eine Linearkombination von Parametern beschrieben, die die Effekte ausdrücken, die von den Variablen ausgehen. Für eine zweidimensionale Mehrfeldertafel lautet das vollständige (man spricht auch von einem saturierten) Modell:

$$(1) \ln m_{ij} = \mu + \mu_{A(i)} + \mu_{B(j)} + \mu_{AB(ij)} \\ i = 1, \dots, I; j = 1, \dots, J$$

Die logarithmierte erwartete Besetzung (Fallzahl) m der ij ten Zelle (Zeile i , Spalte j) der Kontingenztafel wird also geschätzt durch einen Effekt μ (Konstante), der von der Gesamtbesetzung der Tafel abhängt, von den Termen $\mu_{A(i)}$ und $\mu_{B(j)}$, die berücksichtigen, daß die Variable A (bzw. B) in der i ten (j -ten) von I (J) möglichen Ausprägungen vorliegt, sowie einem Interaktionsterm $\mu_{AB(ij)}$, der den Einfluß des gleichzeitigen, kombinierten Auftretens von Faktor A in Stufe i und Faktor B in Stufe j einfängt. Durch Fortlassen einzelner Terme kann der Einfluß, der von einem Faktor ausgeht, getestet werden.

Während im loglinearen Modell zunächst keine Wirkungsrichtung vorgegeben ist, kann durch Umformung zu einem sogenannten Logit-Modell eine Variable als abhängige, zu erklärende Variable bezeichnet werden, während die restlichen Variablen als Erklärungsgrößen dienen. Dies gelingt, indem anstelle von erwarteten Häufigkeiten Verhältnisse von Häufigkeiten geschätzt werden, die auch als Verhältnisse von Auftretenswahrscheinlichkeiten (Logits) verstanden werden können. Soll in (1) A als dichotome Variable durch B erklärt werden, erhält man:

$$(2) \ln \left(\frac{m_{1j}}{m_{2j}} \right) = \ln m_{1j} - \ln m_{2j} = (\mu - \mu) + (\mu_{A(1)} - \mu_{A(2)}) \\ + (\mu_{B(j)} - \mu_{B(j)}) + (\mu_{AB(1j)} - \mu_{AB(2j)}) \\ = 2\mu_{A(1)} + 2\mu_{AB(1j)} \cong \lambda + \lambda_{B(j)}$$

da die Parameter in der Weise geschätzt werden, daß ihre Summe über sämtliche Stufen eines Faktors Null ergibt. Deswegen gilt $\mu_{A(1)} = -\mu_{A(2)}$ und $\mu_{AB(1j)} = -\mu_{AB(2j)}$. Die λ -Parameter des Logitmodells werden also aus den μ -Parametern des entsprechenden loglinearen Modells abgeleitet.

Die Frage der Modellwahl

Empirisch zu schätzende statistische Modelle sollen im allgemeinen mehreren Kriterien genügen, die zum Teil entgegengesetzt sind. Einerseits soll das Modell den vorliegenden Daten möglichst gut angepaßt sein, also nur geringe Abweichungen zwischen beobachteten und geschätzten Werten aufweisen, andererseits soll es einfach gehalten sein und mit möglichst wenig Parametern auskommen. Es sollte nach Möglichkeit alle wesentlichen signifikanten Einflußgrößen enthalten, alle übrigen sollten fehlen. Gerade bei loglinearen Modellen sind diese Anforderungen oft schwer vereinbar. Eine gute Annäherung der beobachteten Zellhäufigkeiten läßt sich durch Hinzunahme von Interaktionstermen leicht erzielen. Im saturierten Modell, das sämtliche Effektkombinationen enthält, stimmen Schätz- und Beobachtungswerte genau überein. Das Modell verliert allerdings an Erklärungswert, da die geschätzten Effekte kaum noch anschaulich zu interpretieren sind. Zudem ist bei einem Modell mit vielen Parametern zwar der Fit gut, die Parameterschätzwerte der einzelnen Erklärungsgrößen sind aber vielfach nicht signifikant.

Falls man nicht schon mit einer bestimmten Fragestellung in Form einer zu testenden Hypothese an die Daten herantritt, geht man in der Praxis meist explorativ vor, indem man von einem einfachen Modell startet und die Komplexität (falls erforderlich) durch schrittweise Aufnahme von Effekten solange erhöht, bis die Nullhypothese über das Fehlen weiterer Effekte – nach Maßgabe von Teststatistiken wie dem Pearsonschen χ^2 – nicht mehr verworfen kann.

Im vorliegenden Fall standen zur Erklärung der Hofnachfolgeentscheidung vier diskrete Faktoren zur Verfügung: Sozialökonomischer Betriebstyp: Haupterwerbsbetrieb (1), Nebenerwerbsbetrieb (2), landwirtschaftliche Ausbildung des potentiellen Hofnachfolgers: ja (1), nein (2), Mitarbeit auf dem Betrieb: ständig (1), gelegentlich (2), keine (3) und Geschlecht: männlich (1), weiblich (2).

Tatsächliche und geschätzte Zellbesetzung (absolut und prozentual)

Faktor	Code	Beobachtete Zellhäufigkeit absolut (prozentual)	Geschätzte Zellhäufigkeit absolut (prozentual)	Residuum
Hofnachfolge	1			
Sozialökonomischer Betriebstyp	1			
Ausbildung	1			
Mitarbeit	1			
Geschlecht	1	1 018.00 (89.22)	1 017.11 (89.14)	.8867
Geschlecht	2	85.00 (75.89)	92.59 (82.67)	- 7.5876
Mitarbeit	2			
Geschlecht	1	396.00 (50.45)	403.63 (51.42)	- 7.6298
Geschlecht	2	67.00 (35.83)	66.97 (35.81)	.0345
Mitarbeit	3			
Geschlecht	1	123.00 (43.77)	109.52 (38.97)	13.4813
Geschlecht	2	29.00 (30.53)	28.19 (29.67)	.8149
Ausbildung	2			
Mitarbeit	1			
Geschlecht	1	13.00 (68.42)	14.53 (76.47)	- 1.5297
Geschlecht	2	5.00 (71.43)	4.70 (67.15)	.2996
Mitarbeit	2			
Geschlecht	1	15.00 (29.41)	16.76 (32.86)	-1.7588
Geschlecht	2	3.00 (21.43)	2.91 (20.77)	.0919
Mitarbeit	3			
Geschlecht	1	7.00 (13.21)	5.71 (10.77)	1.2942
Geschlecht	2	3.00 (16.67)	1.40 (7.76)	1.6028
Sozialökonomischer Betriebstyp	2			
Ausbildung	1			
Mitarbeit	1			
Geschlecht	1	145.00 (84.30)	136.68 (79.46)	8.3208
Geschlecht	2	10.00 (62.50)	11.62 (72.62)	- 1.6199
Mitarbeit	2			
Geschlecht	1	297.00 (36.13)	296.45 (36.06)	.5503
Geschlecht	2	46.00 (32.86)	38.96 (27.83)	7.0450
Mitarbeit	3			
Geschlecht	1	43.00 (20.28)	56.52 (26.66)	- 13.5167
Geschlecht	2	16.00 (16.49)	16.78 (17.30)	- .7795
Ausbildung	2			
Mitarbeit	1			
Geschlecht	1	9.00 (90.00)	8.33 (83.32)	.6684
Geschlecht	2	5.00 (83.33)	4.44 (73.97)	.5617
Mitarbeit	2			
Geschlecht	1	17.00 (40.48)	14.70 (34.99)	2.3045
Geschlecht	2	3.00 (21.43)	3.64 (25.98)	- .6376
Mitarbeit	3			
Geschlecht	1	1.00 (2.78)	4.07 (11.31)	- 3.0712
Geschlecht	2	2.00 (8.70)	1.83 (7.94)	.1743
Hofnachfolge	2			
Sozialökonomischer Betriebstyp	1			
Ausbildung	1			
Mitarbeit	1			
Geschlecht	1	123.00 (10.78)	123.89 (10.86)	- .8867
Geschlecht	2	27.00 (24.11)	19.41 (17.33)	7.5876
Mitarbeit	2			
Geschlecht	1	389.00 (49.55)	381.37 (48.58)	7.6298
Geschlecht	2	120.00 (64.17)	120.03 (64.19)	-.0345
Mitarbeit	3			
Geschlecht	1	158.00 (56.23)	171.48 (61.03)	- 13.4813
Geschlecht	2	66.00 (69.47)	66.81 (70.33)	- .8149
Ausbildung	2			
Mitarbeit	1			
Geschlecht	1	6.00 (31.58)	4.47 (23.53)	1.5297
Geschlecht	2	2.00 (28.57)	2.30 (32.85)	- .2996
Mitarbeit	2			
Geschlecht	1	36.00 (70.59)	34.24 (67.14)	1.7588
Geschlecht	2	11.00 (78.57)	11.09 (79.23)	-.0919
Mitarbeit	3			
Geschlecht	1	46.00 (86.79)	47.29 (89.23)	- 1.2942
Geschlecht	2	15.00 (83.33)	16.60 (92.24)	- 1.6028
Sozialökonomischer Betriebstyp	2			
Ausbildung	1			
Mitarbeit	1			
Geschlecht	1	27.00 (15.70)	35.32 (20.54)	- 8.3208
Geschlecht	2	6.00 (37.50)	4.38 (27.38)	1.6199
Mitarbeit	2			
Geschlecht	1	525.00 (63.87)	525.55 (63.94)	-.5503
Geschlecht	2	94.00 (67.14)	101.04 (72.17)	- 7.0450
Mitarbeit	3			
Geschlecht	1	169.00 (79.72)	155.48 (73.34)	13.5167
Geschlecht	2	81.00 (83.51)	80.22 (82.70)	.7795
Ausbildung	2			
Mitarbeit	1			
Geschlecht	1	1.00 (10.00)	1.67 (16.68)	- .6684
Geschlecht	2	1.00 (16.67)	1.56 (26.03)	- .5617
Mitarbeit	2			
Geschlecht	1	25.00 (59.52)	27.30 (65.01)	- 2.3045
Geschlecht	2	11.00 (78.57)	10.36 (74.02)	.6376
Mitarbeit	3			
Geschlecht	1	35.00 (97.22)	31.93 (88.69)	3.0712
Geschlecht	2	21.00 (91.30)	21.17 (92.06)	- .1743
Goodness-of-Fit test statistics				
Likelihood Ratio Chi Square = 23.96479 DF = 12 P = .021				
Pearson Chi Square = 23.42942 DF = 12 P = .024				

Daneben wurden noch die kontinuierlichen Kovariaten LF, eigene LF und Standardbetriebseinkommen (STBE) berücksichtigt. Im folgenden werden die Ergebnisse eines Modells vorgestellt, das zwar nur eine geringe kritische Wahrscheinlichkeit aufweist ($p=0,02$), als Ganzes also nur schwach signifikant ist, dafür aber neben den Haupteffekten nur zwei 2-Faktor-Interaktionen benötigt.

Ausbildung, Mitarbeit und Geschlecht als maßgebliche Determinanten der Hofnachfolgeentscheidung

Die untenstehende Tabelle enthält die geschätzten Parameter für das Logit-Modell. Die Statistikprozedur LOGLINEAR des Programmpaketes SPSS, mit der die Berechnungen durchgeführt wurden, weist allerdings nicht die λ -Parameter entsprechend Gleichung (2), sondern die μ -Parameter des äquivalenten loglinearen Modells aus. Wie sind die Parameterschätzwerte zu interpretieren? Dies soll am Beispiel der Variable „Geschlecht“ deutlich gemacht werden. Wenn der Faktor „Geschlecht“ die Ausprägung 1 (männlich) anstelle der Ausprägung 2 (weiblich = Referenzkategorie) annimmt, dann ändert sich das Verhältnis Hofnachfolge „ja“ zu Hofnachfolge „nein“ um den Wert $\exp 2 (0.108 - (-0.108)) = 1.54$, wenn alle anderen Faktoren dieselbe Ausprägung beibehalten. Einfach ausgedrückt sind die männlichen Personen, die als Hofnachfolger in Frage kommen, unter sonst gleichen Bedingungen eher geneigt, den Betrieb zu übernehmen als weibliche Personen. Die geschätzten Parameter können also als Regressionskoeffizienten aufgefaßt werden.

Das Verhältnis der Anzahl von Betrieben, die weitergeführt werden, zu denjenigen, wo dies nicht der Fall

oder ungewiß ist, erhält man durch Aufsummieren aller Effekte. Für einen Haupteinwerbungsbetrieb mit männlichem (potentiell) Hofnachfolger, der eine landwirtschaftliche Ausbildung hat und gelegentlich auf dem Betrieb mitarbeitet, errechnet es sich folgendermaßen :

$$\exp 2 (-0.18 + 0.04 + 0.19 - 0.15 + 0.10 - 0.14 \times \text{eigene LF} + 0.02 \times \text{LF} - 0.004 \times \text{STBE} + 0.08 - 0.08)$$

Die kontinuierlichen Variablen LF, eigene LF und STBE gehen dabei nicht als individuelle Betriebswerte, sondern als Zellkovariate, das heißt mit ihrem Durchschnittswert in der betrachteten Zelle der Kontingenztabelle, ein.

Die Frage nach der Signifikanz der verschiedenen Haupt- und Interaktionseffekte läßt sich bequem durch Betrachten des 95% Konfidenzintervalls beantworten. Schließt der Vertrauensbereich den Wert Null nicht mit ein, so ist der zugehörige Parameter als signifikant von Null verschieden anzusehen. Dies ist bei den Faktoren Ausbildung (Parameter 3), Mitarbeit (Parameter 4), Geschlecht (Parameter 6) und der Wechselwirkung zwischen sozialökonomischem Betriebstyp und Ausbildung (Parameter 10) der Fall. Die Vorzeichen der Koeffizienten, also die Wirkungsrichtungen, entsprechen intuitiven Erwartungen. Als Hypothesen formuliert lauten die Ergebnisse der Modellrechnungen:

- (1) Potentielle Hofnachfolger mit einer landwirtschaftlichen Ausbildung, die schon vor der Hofübergabe ständig auf dem Betrieb mitarbeiten, sind weitaus eher geneigt, den Betrieb auch tatsächlich zu übernehmen als solche potentielle Hofnachfolger ohne landwirtschaftliche Ausbildung, die nur gelegentlich oder garnicht bei betrieblichen Arbeiten mit-helfen. So gesehen können das Absolvieren einer landwirtschaftlichen Ausbildung und die ständige

Parameter, Standardfehler und Konfidenzintervalle des Logit-Modells

Faktor	Koeffizient	Standardfehler	Z-Wert	95% Konfidenzintervall	
				untere Grenze	obere Grenze
Konstante	-0.181	0.183	-0.987	-0.541	0.178
Sozialökonomischer Betriebstyp	0.048	0.085	0.568	-0.118	0.215
Ausbildung	0.193	0.061	3.152	0.073	0.314
Mitarbeit					
ständig	0.772	0.090	8.572	0.596	0.949
gelegentlich	-0.156	0.067	-2.317	-0.288	-0.024
Geschlecht	0.108	0.030	3.560	0.048	0.168
Eigene LF	-0.014	0.032	-0.448	-0.079	0.049
LF insgesamt	0.020	0.018	1.130	-0.015	0.056
Standardbetriebseinkommen	-0.004	0.004	-1.000	-0.014	0.004
Sozialökonomischer Betriebstyp/Ausbildung	0.084	0.040	2.081	0.004	0.163
Ausbildung/Mitarbeit					
ständig	-0.073	0.069	-1.047	-0.209	0.063
gelegentlich	-0.089	0.056	-1.595	-0.199	0.020

Mitarbeit auf dem Betrieb als eine vorgezogene Entscheidung zur Weiterführung des Hofes gewertet werden.

- (2) In Fragen der landwirtschaftlichen Hofnachfolge kann (noch) nicht von einer Gleichstellung der Geschlechter gesprochen werden. In vergleichbaren Situationen ist die Hofübernahme (nach Einschätzung der derzeitigen Betriebsleiter) im Fall eines männlichen Hofnachfolgers wahrscheinlicher als bei einem weiblichen Hofnachfolger.
- (3) Der Umstand, daß ein Hauptidealbetrieb zur Übergabe ansteht, erhöht für sich allein genommen das Verhältnis von positiver zu negativer Hofnachfolgeentscheidung nicht wesentlich (Parameter 2 ist positiv, aber nicht signifikant). Erst in Wechselwirkung mit anderen Faktoren, insbesondere der Ausbildung (Parameter 10), ergibt sich ein positiver Einfluß. Bei einer solch unmittelbaren Interpretation der Schätzergebnisse ist allerdings Vorsicht geboten, denn es stellt sich die Frage nach der Ursächlichkeit. Sicher ist auf einem Hauptidealbetrieb die Bereitschaft zu einer landwirtschaftlichen Berufsausbildung größer als auf einem Nebenerwerbsbetrieb. Von daher besteht auch kein Widerspruch zwischen den eingangs getroffenen

Feststellungen und den Ergebnissen des Logit-Modells.

- (4) Die Affinität zur Hofübernahme ist weitgehend unabhängig von der Betriebsgröße, sei sie gemessen in LF, eigener LF oder Standardbetriebseinkommen. Hier läßt sich der oben genannte Einwand ebenfalls anbringen. Zudem ist im Zusammenhang mit diesem überraschenden Ergebnis nochmals auf die methodische Einschränkung hinzuweisen, daß die drei genannten Variablen nur als Gruppennittel und nicht als Individualdaten Eingang in die Analyse gefunden haben.

Mit dem vorliegenden Beitrag sollte neben der Darstellung von Zahlen aus der Agrarberichterstattung 1987 auch der Versuch unternommen werden, die (Einschätzung der) Entscheidungen möglicher Hofnachfolger über die tatsächliche Weiterführung der Betriebe anhand der Auswertung von betriebs- und personenbezogenen Daten zu erklären. Die aus dem Modell abgeleiteten Hypothesen können vielleicht als Ausgangspunkt für weitere empirische Untersuchungen auf diesem Gebiet dienen.

Dr. Martin Odening

Institut für Agrarökonomie der Universität Göttingen

Veränderungen der regionalen Wirtschaftsstruktur 1970 bis 1987

Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung

Neben den Verschiebungen in der Branchenstruktur, die in früheren Beiträgen bereits eingehend beschrieben worden sind, werden durch die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung zwischen den Jahren 1970 und 1987 auch deutliche Veränderungen in der regionalen Wirtschaftsstruktur sichtbar.

Größtes Wachstum der Arbeitsstättenzahl im Regierungsbezirk Koblenz

Am 25. Mai 1987 lagen von den 153 596 in Rheinland-Pfalz vorhandenen Arbeitsstätten allein 70 712 oder 46 % im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz, während die übrigen 82 884 Arbeitsstätten sich zu drei Vierteln auf den Regierungsbezirk Koblenz und zu einem Viertel auf den Regierungsbezirk Trier verteilten. Bei einer Gesamtveränderung der Arbeitsstättenzahl gegenüber 1970 um + 5,2 % hat sie sich im Bezirk Koblenz mit + 8,6 % am stärksten erhöht, gefolgt von den Bezirken Trier (+ 4,3 %) und Rheinhessen-Pfalz (+ 2,7 %). Damit legte der Anteil des Regierungsbezirks Koblenz an der gesamten Arbeitsstättenzahl um 1,1 Prozentpunkte zu, während sich die Anteile der Regierungsbezirke Trier und Rheinhessen-Pfalz um 0,1 bzw. 1,1 Punkte verringerten.

Im Jahre 1987 entfielen 7,7 Arbeitsstätten auf einen Quadratkilometer Fläche gegenüber 7,4 im Jahre 1970. Die größte Dichte verzeichnete mit 10,4 Arbeitsstätten pro Quadratkilometer nach wie vor der Regierungsbe-

zirk Rheinhessen-Pfalz, gefolgt von Koblenz mit 7,7 und Trier mit 4,2 Arbeitsstätten. Während in den Regierungsbezirken Trier (+ 0,2) und Rheinhessen-Pfalz (+ 0,3) gegenüber 1970 kaum eine Veränderung eingetreten ist, hat sich die durchschnittliche Besetzungszahl im Regierungsbezirk Koblenz (+ 0,7 Arbeitsstätten je Quadratkilometer Fläche) deutlich erhöht.

Zahl der Arbeitsplätze im Regierungsbezirk Trier relativ am stärksten gestiegen

Wegen der unterschiedlichen Betriebsgrößenstrukturen ist die Beschäftigtenzahl zur Darstellung der regionalen Verteilung der Wirtschaftskraft besser geeignet. Am 25. Mai 1987 waren von den 1,4 Mill. Beschäftigten in Rheinland-Pfalz 745 515 und damit mehr als die Hälfte (51,5 %) in Rheinhessen-Pfalz tätig. 702 118 tätige Personen verteilten sich wie die Arbeitsstättenziffer im Verhältnis von drei Vierteln zu einem Viertel auf die Regierungsbezirke Koblenz und Trier. Am stärksten zur Erhöhung der Beschäftigtenzahl des Landes gegenüber 1970 hat mit + 61 400 Personen jedoch der Regierungsbezirk Koblenz beigetragen, noch vor Rheinhessen-Pfalz (+ 58 120) und Trier (+ 32 846). Relativ lag mit einem Beschäftigtenzuwachs von 23 % der Regierungsbezirk Trier vorn, gefolgt von Koblenz (+ 13 %) und Rheinhessen-Pfalz (+ 8,5 %). Damit hat sich der Anteil des Regierungsbezirks Trier an der Gesamtzahl der Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz um 1,1 Punkte auf

12,2% erhöht. Während Koblenz mit + 0,5 Punkten auf 36,3% ebenfalls an Gewicht gewonnen hat, gab es in Rheinhessen-Pfalz eine Einbuße von 1,6 Punkten.

12 700 Arbeitsplätze mehr im Westerwaldkreis

Die positive Entwicklung der Zahl der Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz seit 1970 vollzog sich in erster Linie in den Landkreisen, die insgesamt einen Zuwachs von 112 584 Beschäftigten oder 15% verzeichneten. Die kreisfreien Städte trugen dagegen nur mit 7,1% mehr Arbeitsplätzen (+ 39 782) zum Gesamtwachstum bei.

Unter den Landkreisen ragte der Westerwaldkreis (+ 12 671 Beschäftigte) mit einem besonders hohen absoluten Zuwachs an Arbeitsplätzen heraus. Danach folgen die Landkreise Bernkastel-Wittlich (+ 10 364), Germersheim (+ 9 365), Ludwigshafen (+ 8 578) und Neuwied (+ 8 355). Die niedrigsten absoluten Zunahmen verzeichneten Kusel (+ 1 224), Cochem-Zell (+ 1 503) und Birkenfeld (+ 1 596), während Pirmasens als einziger Landkreis einen erheblichen Rückgang in der Beschäftigtenzahl aufwies, hier gingen 4 749 Arbeitsplätze verloren.

Bei der relativen Veränderung ergibt sich eine etwas andere Reihenfolge. Mit Wachstumsraten von über 30% liegen hier die Landkreise Ludwigshafen (+ 48%), Bernkastel-Wittlich (+ 36%) und Germersheim (+ 32%) an der Spitze, gefolgt von Bitburg-Prüm, Daun (je + 28%), dem Rhein-Hunsrück-Kreis und dem Westerwaldkreis (je + 25%). Die niedrigsten Zuwachsraten erzielten die Landkreise Bad Kreuznach (+ 3,8%) und Birkenfeld (+ 4,8%), während im Kreis Pirmasens die Zahl der Arbeitsplätze um 15 Prozent zurückgegangen ist.

Einen Hinweis auf den Grad der Versorgung der Bevölkerung in den einzelnen Landkreisen mit Arbeitsplätzen gibt die Relation Beschäftigte je 1 000 Einwohner. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß diese Zahlen durch die unterschiedliche Altersstruktur und durch die Pendlerströme insbesondere zwischen den größeren Städten und den umliegenden ländlichen Gemeinden beeinflußt werden. An der Spitze steht hierbei mit 411 Beschäftigten je 1 000 Einwohner der Kreis Birkenfeld vor den Landkreisen Bad Kreuznach (382), Neuwied (378), dem Rhein-Hunsrück-Kreis (374), dem Westerwaldkreis (373) sowie Bernkastel-Wittlich und Germersheim (jeweils 371). Das stärkste Wachstum verzeichnete mit + 106 Beschäftigten je 1 000 Einwohner der Kreis Bernkastel-Wittlich, gefolgt von Bitburg-Prüm (+ 82 Beschäftigte), Daun (+ 74), dem Rhein-Hunsrück-Kreis (+ 69) und dem Rhein-Lahn-Kreis (+ 66). In den Landkreisen Birkenfeld, Cochem-Zell, Rhein-Lahn-Kreis, Kusel, Bitburg-Prüm und Bernkastel-Wittlich wurde die Zunahme der Beschäftigtendichte zum Teil durch eine beachtliche Abnahme der Bevölkerungszahl verursacht, die zwischen knapp - 3 500 (Bernkastel-Wittlich) und - 8 135 Einwohnern (Birkenfeld) lag. In den Landkreisen Ludwigshafen, Mainz-Bingen, Germersheim und im Westerwaldkreis, die jeweils ein Bevölkerungswachstum von mehr als 10 000 Einwohnern aufwiesen, wäre bei gleicher Bevölkerungszahl das Wachstum der Beschäftigtenzahl je 1 000 Einwohner entsprechend stärker ausgefallen.

Koblenz mit höchster Arbeitsplatzdichte

In den kreisfreien Städten ist eine wesentlich differenziertere Entwicklung der Beschäftigtenzahl zu beobachten als in den Landkreisen. Hier steht einer erheblichen Expansion in sieben Städten, in welchen 1987 nahezu 45 000 Arbeitsplätze mehr vorhanden waren als 1970, ein Rückgang von fast 5 000 Beschäftigten in den übrigen fünf kreisfreien Städten gegenüber.

Den stärksten absoluten Beschäftigtenanstieg verzeichnete mit + 14 704 die Landeshauptstadt Mainz vor Kaiserslautern (+ 10 734), Koblenz (+ 9 183) und Trier (+ 7 761). Diese vier Kommunen vereinigten 95% des gesamten Beschäftigtenzuwachses der kreisfreien Städte auf sich. Unter den Städten mit Arbeitsplatzverlusten ragen Zweibrücken (- 2 120 Beschäftigte) und Pirmasens (- 1 738) heraus. Sie machen zusammen fast 80% des Rückgangs aus.

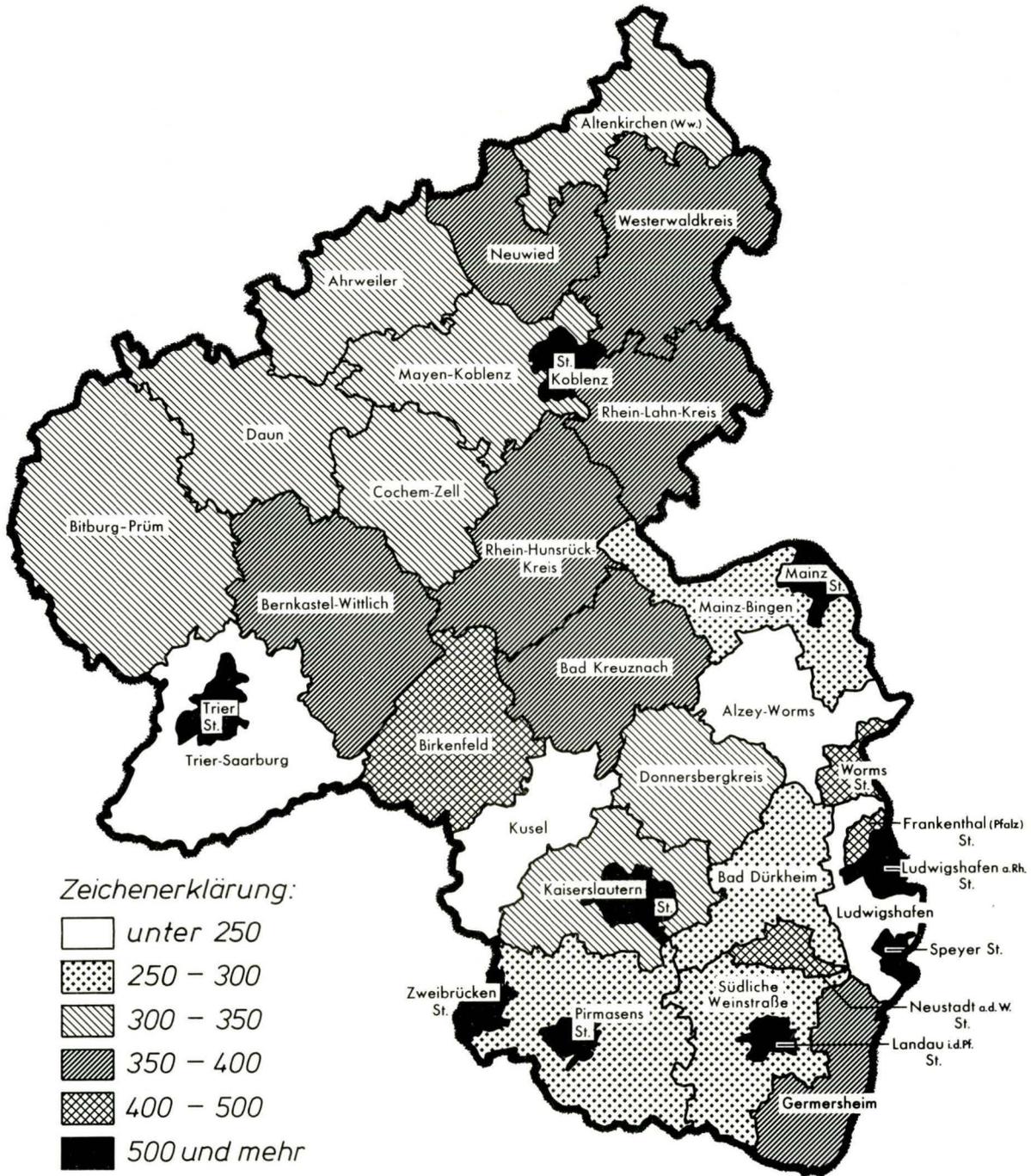
Das größte relative Beschäftigtenwachstum wies mit + 19% die Stadt Kaiserslautern auf, gefolgt von Mainz, Trier (jeweils + 15%) und Koblenz (+ 13%). Die geringste Ausweitung verzeichneten dagegen die Städte Ludwigshafen (+ 0,2%), Frankenthal (+ 3%) und Speyer (+ 6,4%). Während Zweibrücken (- 11%) und Pirmasens (- 5,8%) die höchsten negativen Wachstumsraten hatten, kommt der geringe Rückgang von Worms (- 0,6%) und Neustadt (- 0,8%) in den letzten 17 Jahren einer Stagnation gleich.

Die höchste Arbeitsplatzdichte unter den kreisfreien Städten ist mit 753 Beschäftigten je 1 000 Einwohnern in Koblenz zu beobachten. Danach folgen Ludwigshafen (730), Kaiserslautern (694), Mainz (648) und Trier (628). Am niedrigsten liegt diese Quote in Neustadt (413), Worms (435) und Frankenthal (479). Im Jahre 1970 hatte mit 639 Beschäftigten je 1 000 Einwohner noch Ludwigshafen an der Spitze gelegen vor Koblenz (605), Kaiserslautern (570) und Mainz (564). Auch hier wurde die Entwicklung der Beschäftigtendichte zum Teil erheblich von der Veränderung der Bevölkerungszahl beeinflußt. So ist die Bevölkerung in Ludwigshafen mit fast 21 700 am stärksten zurückgegangen. Aber auch die Städte Koblenz, Pirmasens und Trier weisen jeweils ein Minus zwischen 9 600 und knapp 11 200 Einwohnern auf. Legt man bei der Berechnung der Arbeitsplatzdichte von 1987 die Einwohnerzahl von 1970 zugrunde, so liegt Koblenz mit 682 Beschäftigten je 1 000 Einwohnern zwar noch immer vorn, es folgt aber bereits Kaiserslautern (678) vor Mainz (649), Ludwigshafen (641) und Trier (570).

Die größten Arbeitsstätten gab es am 25. Mai 1987 im Durchschnitt mit jeweils 19,5 Beschäftigten in den Städten Mainz und Ludwigshafen, wo diese rechnerische Größe von einem Großbetrieb entscheidend bestimmt wird, gefolgt von Koblenz (15,7), Kaiserslautern (15,6) und Trier (13,5). Im Jahre 1970 hatte noch Ludwigshafen mit 21 Beschäftigten je Arbeitsstätte deutlich an der Spitze gelegen vor Frankenthal (17,2), Mainz (15,6), Koblenz (14,9) und Kaiserslautern (14,4). Trier kam mit 12,4 Beschäftigten je Arbeitsstätte damals erst an achter Stelle nach Speyer und Zweibrücken (jeweils 13,6).

Beschäftigtendichte in den Verwaltungsbezirken 1987

(Beschäftigte je 1000 Einwohner)



Durchschnitt: Land 399
 Kreisfreie Städte 624
 Landkreise 318

Arbeitsstätten in den Verwaltungsbezirken 1970 und 1987

Verwaltungsbezirk	Insgesamt		Veränderung in %	je km ² Fläche	
	1970	1987		1970	1987
Kreisfreie Stadt Koblenz	4 865	5 184	6,6	46,3	49,4
Landkreise					
Ahrweiler	4 614	5 118	10,9	5,9	6,5
Altenkirchen (Ww.)	4 167	4 819	15,6	6,5	7,5
Bad Kreuznach	6 221	5 978	-3,9	7,2	6,9
Bad Kreuznach, Stadt	2 005	1 901	-5,2	43,5	41,2
Birkenfeld	5 026	4 716	-6,2	6,3	5,9
Idar-Oberstein, Stadt	2 122	2 200	3,7	32,1	33,2
Cochem-Zell	2 960	3 070	3,7	4,1	4,3
Mayen-Koblenz	6 866	7 803	13,6	8,4	9,6
Andernach, Stadt	1 052	1 308	24,3	19,8	24,6
Mayen, Stadt	866	1 037	19,7	14,9	17,9
Neuwied	6 008	7 126	18,6	9,6	11,4
Neuwied, Stadt	2 582	2 515	-2,6	29,8	29,0
Rhein-Hunsrück-Kreis	4 158	4 267	2,6	4,3	4,4
Rhein-Lahn-Kreis	5 152	5 416	5,1	6,6	6,9
Lahnstein, Stadt	707	846	19,7	19,2	23,0
Westerwaldkreis	6 953	8 418	21,1	7,0	8,5
RB Koblenz	56 990	61 915	8,6	7,0	7,7
Kreisfreie Stadt Trier	4 129	4 378	6,0	35,2	37,4
Landkreise					
Bernkastel-Wittlich	5 211	5 260	0,9	4,4	4,5
Bitburg-Prüm	4 119	4 119	-	2,5	2,5
Daun	2 782	2 767	-0,5	3,1	3,0
Trier-Saarburg	3 859	4 445	15,2	3,5	4,1
RB Trier	20 100	20 969	4,3	4,1	4,3
Kreisfreie Städte					
Frankenthal (Pfalz)	1 211	1 621	33,9	27,7	37,0
Kaiserslautern	3 947	4 324	9,6	28,3	31,0
Landau i. d. Pfalz	1 810	1 997	10,3	21,8	24,1
Ludwigshafen a. Rhein	5 416	5 856	8,1	69,8	75,4
Mainz	6 212	5 748	-7,5	63,6	58,8
Neustadt a. d. Weinstr.	2 381	2 008	-15,7	20,3	17,1
Pirmasens	2 493	2 225	-10,8	40,6	36,2
Speyer	1 590	1 980	24,5	37,3	46,5
Worms	2 728	3 025	10,9	25,1	27,8
Zweibrücken	1 447	1 485	2,6	20,5	21,0
Landkreise					
Alzey-Worms	3 576	3 625	1,4	6,1	6,2
Bad Dürkheim	4 622	4 795	3,7	7,8	8,1
Donnersbergkreis	3 158	2 727	-13,6	4,9	4,2
Germersheim	3 496	3 709	6,1	7,5	8,0
Kaiserslautern	3 814	3 595	-5,7	6,0	5,6
Kusel	3 253	2 796	-14,0	5,9	5,1
Südliche Weinstraße	4 221	4 520	7,1	6,6	7,1
Ludwigshafen	3 606	4 558	26,4	11,8	15,0
Mainz-Bingen	5 460	6 336	16,0	9,0	10,5
Bingen am Rhein, Stadt	1 221	1 414	15,8	32,3	37,5
Ingelheim am Rhein, Stadt	640	846	32,2	12,8	17,0
Pirmasens	4 428	3 782	-14,6	4,6	4,0
RB Rheinhessen-Pfalz	68 869	70 712	2,7	10,1	10,4
Kammerbezirke					
Rheinhessen	17 976	18 734	4,2	12,8	13,4
Pfalz	50 893	51 978	2,1	9,4	9,6
Rheinland-Pfalz	145 959	153 596	5,2	7,4	7,7
Kreisfreie Städte	38 229	39 831	4,2	35,9	37,4
Landkreise	107 730	113 765	5,6	5,7	6,1

Beschäftigte in den Verwaltungsbezirken 1970 und 1987

Verwaltungsbezirk	Insgesamt			je Arbeitsstätte		je 1000 Einwohner	
	1970	1987	Veränderung in %	1970	1987	1970	1987
Kreisfreie Stadt Koblenz	72 310	81 493	12,7	14,9	15,7	605	753
Landkreise							
Ahrweiler	32 068	36 278	13,1	7,0	7,1	309	326
Altenkirchen (Ww.)	38 219	40 780	6,7	9,2	8,5	315	338
Bad Kreuznach	53 384	55 432	3,8	8,6	9,3	362	382
Bad Kreuznach, Stadt	27 661	28 486	3,0	13,8	15,0	656	731
Birkenfeld	33 517	35 113	4,8	6,7	7,4	358	411
Idar-Oberstein, Stadt	18 990	19 154	0,9	8,9	8,7	487	569
Cochem-Zell	17 714	19 217	8,5	6,0	6,3	268	317
Mayen-Koblenz	54 157	60 278	11,3	7,9	7,7	290	320
Andernach, Stadt	13 547	13 711	1,2	12,9	10,5	499	513
Mayen, Stadt	9 996	11 171	11,8	11,5	10,8	481	601
Neuwied	50 775	59 130	16,5	8,5	8,3	343	378
Neuwied, Stadt	27 787	30 192	8,7	10,8	12,0	444	501
Rhein-Hunsrück-Kreis	26 714	33 487	25,4	6,4	7,8	305	374
Rhein-Lahn-Kreis	34 707	41 086	18,4	6,7	7,6	289	355
Lahnstein, Stadt	7 964	8 299	4,2	11,3	9,8	404	466
Westerwaldkreis	51 026	63 697	24,8	7,3	7,6	319	373
RB Koblenz	464 591	525 991	13,2	8,2	8,5	343	389
Kreisfreie Stadt Trier	51 333	59 094	15,1	12,4	13,5	495	628
Landkreise							
Bernkastel-Wittlich	29 197	39 561	35,5	5,6	7,5	265	371
Bitburg-Prüm	22 784	29 164	28,0	5,5	7,1	244	326
Daun	15 220	19 473	27,9	5,5	7,0	267	341
Trier-Saarburg	24 747	28 835	16,5	6,4	6,5	209	230
RB Trier	143 281	176 127	22,9	7,1	8,4	297	373
Kreisfreie Städte							
Frankenthal (Pfalz)	20 773	21 399	3,0	17,2	13,2	508	479
Kaiserslautern	56 806	67 540	18,9	14,4	15,6	570	694
Landau i. d. Pfalz	21 234	20 611	-2,9	11,7	10,3	549	572
Ludwigshafen a. Rhein	113 994	114 258	0,2	21,0	19,5	639	730
Mainz	97 117	111 821	15,1	15,6	19,5	564	648
Neustadt a. d. Weinstr.	20 856	20 680	-0,8	8,8	10,3	403	413
Pirmasens	30 210	28 472	-5,8	12,1	12,8	523	593
Speyer	21 662	23 038	6,4	13,6	11,6	519	523
Worms	32 224	32 015	-0,6	11,8	10,6	420	435
Zweibrücken	19 638	17 518	-10,8	13,6	11,8	513	525
Landkreise							
Alzey-Worms	18 517	21 472	16,0	5,2	5,9	192	216
Bad Dürkheim	31 335	33 761	7,7	6,8	7,0	273	281
Donnersbergkreis	17 824	20 720	16,2	5,6	7,6	266	310
Germersheim	28 946	38 311	32,4	8,3	10,3	316	371
Kaiserslautern	24 616	28 606	16,2	6,5	8,0	256	301
Kusel	16 198	17 422	7,6	5,0	6,2	205	232
Südliche Weinstraße	24 355	27 855	14,4	5,8	6,2	248	286
Ludwigshafen	17 849	26 427	48,1	4,9	5,8	155	204
Mainz-Bingen	41 896	46 993	12,2	7,7	7,4	277	287
Bingen am Rhein, Stadt	12 135	12 224	0,7	9,9	8,6	475	530
Ingelheim am Rhein, Stadt	8 964	10 913	21,7	14,0	12,9	454	518
Pirmasens	31 345	26 596	-15,2	7,1	7,0	304	268
RB Rheinhessen-Pfalz	687 395	745 515	8,5	10,0	10,5	380	413
Kammerbezirke							
Rheinhessen	189 754	212 301	11,9	10,6	11,3	382	417
Pfalz	497 641	533 214	7,1	9,8	10,3	379	411
Rheinland-Pfalz	1 295 267	1 447 633	11,8	8,9	9,4	355	399
Kreisfreie Städte	558 157	597 939	7,1	14,6	15,0	548	624
Landkreise	737 110	849 694	15,3	6,8	7,5	281	318

Arbeitsplatzverluste im Raum Pirmasens

Betrachtet man die Beschäftigtenentwicklung in den vergangenen 17 Jahren in größeren regionalen Zusammenhängen, fällt auf, daß sich das größte Wachstum in dem relativ strukturschwachen Raum der Westeifel, im Hunsrück, Westerwald und in den Landkreisen Ludwigshafen und Germersheim vollzog. Ein relativ schwaches Wachstum verzeichneten die Osteifel, der Oberwesterwald (Landkreis Altenkirchen), die am südlichen Rand des Hunsrücks gelegenen Kreise Birkenfeld, Bad Kreuznach und Kusel sowie die im Ballungszentrum gelegenen Städte Ludwigshafen, Frankenthal und Speyer. Arbeitsplatzverluste wiesen der in der Westpfalz gelegene Kreis Pirmasens und die Städte Pirmasens und Zweibrücken, die von der seit Anfang der 70er Jahre zu beobachtenden Strukturkrise in der Schuhindustrie betroffen sind, sowie die Städte Landau, Neustadt und Worms auf.

Rhein Hessen-Pfalz: 50 000 Arbeitsplätze weniger im Produktionssektor

Das Ausmaß der Veränderungen der regionalen Wirtschaftsstruktur ist, wie die Schuhindustrie besonders deutlich zeigt, auch von den unterschiedlichen Branchenstrukturen in den einzelnen Verwaltungsbezirken abhängig. Während im Regierungsbezirk Rhein Hessen-Pfalz 1987 mit einem Anteil von 42 % der Beschäftigten das produzierende Gewerbe ein besonders hohes Gewicht hat – die Regierungsbezirke Koblenz und Trier kommen vergleichsweise nur auf 39 bzw. 36 % –, lag der Regierungsbezirk Trier sowohl beim Handel und Verkehr (21 %) als auch bei den privaten und öffentlichen Dienstleistungen (43 %) vorn.

Im Jahre 1970 waren diese Strukturunterschiede noch ausgeprägter gewesen. Der zwar in allen Regierungsbezirken aber in unterschiedlicher Intensität sich vollziehende Strukturwandel vom produzierenden Bereich zu den Dienstleistungen hat die Gegensätze zwischenzeitlich etwas abgemildert. So stand einem Beschäftigtenabbau im produzierenden Bereich des Regierungsbezirks Rhein Hessen-Pfalz von über 50 000 oder 14 % eine Expansion desselben Wirtschaftsbereichs um knapp 3 100 oder 5,2 % im Regierungsbezirk Trier gegenüber. Der Regierungsbezirk Koblenz nahm mit einem Abbau von knapp 20 000 Personen oder 8,6 % im Produktionssektor eine Mittelstellung ein. Gleichzeitig expandierte der Dienstleistungssektor mit + 110 700 Beschäftigten absolut in Rhein Hessen-Pfalz am stärksten. Die höchste Wachstumsrate im Dienstleistungssektor verzeichnete mit + 68 % der Regierungsbezirk Trier. Im Verteilungssektor (Handel und Verkehr) stand den negativen Wachstumsraten in den Regierungsbezirken Rhein Hessen-Pfalz (– 1 %) und Trier (– 2,9 %) ein Beschäftigtenzuwachs im Regierungsbezirk Koblenz (+ 4,8 %) gegenüber.

Private Dienstleistungen in den Landkreisen verdoppelt

Am 25. Mai 1987 befanden sich in den Landkreisen 42,7 % der Arbeitsplätze im produzierenden, 18,8 % im

Verteilungssektor sowie 20,3 % im Bereich der privaten und 18,2 % der öffentlichen Dienstleistungen. Wegen ihrer zentralörtlichen Funktionen haben die kreisfreien Städte im öffentlichen Sektor (24 %) und im Verteilungssektor (19,7 %) ein größeres Gewicht. Deutlich niedriger als bei den Landkreisen liegt mit 36,5 % entsprechend der Anteil der Beschäftigten im produzierenden Bereich, während die privaten Dienstleistungen (19,9 %) hier etwa den gleichen Stellenwert wie in den Landkreisen einnehmen.

Im Verlauf der 17 Jahre seit der letzten Arbeitsstättenzählung war in den kreisfreien Städten der Abbau der Arbeitsplätze im produzierenden Bereich wesentlich stärker als in den Landkreisen. So waren in den kreisfreien Städten 1987 knapp 42 500 Beschäftigte weniger im Produktionssektor tätig als 1970 (– 16 %), während sich in den Landkreisen der Rückgang nur auf gut 25 000 Personen oder 6,5 % belief. Im Handel und Verkehr steht einer Abnahme der Beschäftigtenzahl bei den Städten um 4,8 % sogar ein Anstieg bei den Landkreisen um 5,4 % gegenüber. Entsprechend nehmen die Dienstleistungsarbeitsplätze in den Landkreisen wesentlich stärker zu als in den kreisfreien Städten. So waren in den Landkreisen 1987 fast 85 000 oder 96,7 % mehr Personen in privaten Dienstleistungsunternehmen tätig als 1970. In den kreisfreien Städten belief sich die Ausweitung vergleichsweise nur auf knapp 49 000 Beschäftigte oder 69,2 %. Im Bereich der öffentlichen Hand sind die Unterschiede zwischen der Entwicklung in den Städten (+ 38 %) und den Landkreisen (+ 41 %) geringer.

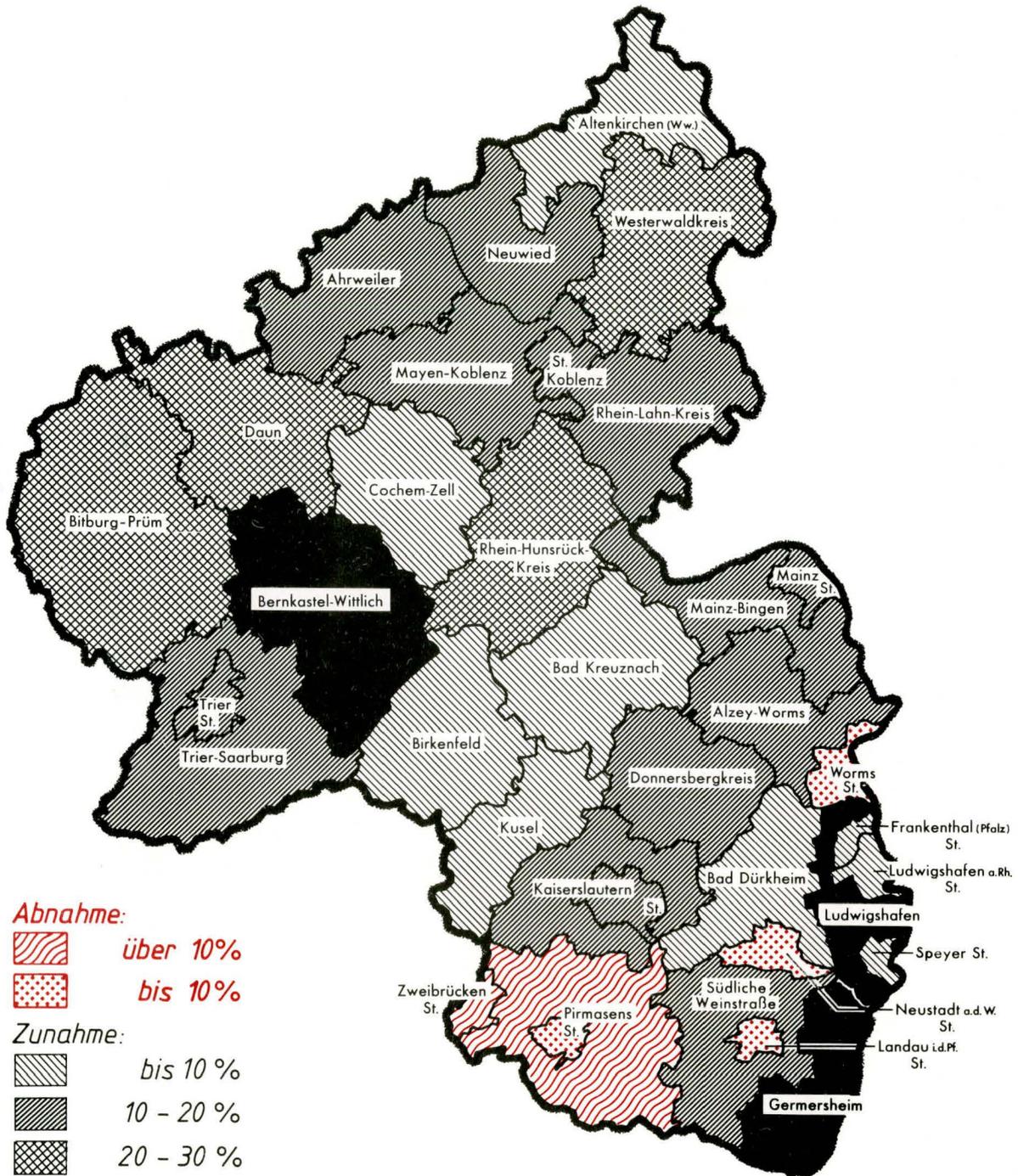
In Zweibrücken und Landau ein Drittel weniger Beschäftigte im Produktionssektor

Unter den kreisfreien Städten liegen Zweibrücken und Landau mit einer Personalreduzierung im Produktionssektor von jeweils einem Drittel vorne an. Aber auch die Städte Neustadt (– 29 %), Frankenthal (– 22 %), Worms, Speyer (je – 21 %) und Pirmasens (– 20 %) weisen Rückgänge von mehr als einem Fünftel auf. Die geringste Abnahme verzeichnen Kaiserslautern (– 5 %) und Trier (– 5,9 %). Mit einem Viertel (rund 10 600 Beschäftigte) trug Ludwigshafen am stärksten zur Verringerung der Arbeitsplätze im Produktionssektor der kreisfreien Städte bei. Danach folgen Mainz (– 6 918 Arbeitsplätze), Worms (– 3 681), Zweibrücken (– 3 549), Pirmasens (– 3 279) und Frankenthal (– 3 187).

Im privaten Dienstleistungssektor hebt sich die Stadt Ludwigshafen mit mehr als einer Verdoppelung der Beschäftigtenzahl (+ 108 %) ab. Mit Abstand folgen Frankenthal (+ 86 %), Kaiserslautern (+ 77 %), Mainz (+ 75 %) und Speyer (+ 74 %), während Zweibrücken (+ 39 %), Worms (+ 46 %) und Koblenz (+ 48 %) nicht gleichermaßen begünstigt waren. Absolut steht die Landeshauptstadt mit einem Beschäftigtenzuwachs bei den privaten Dienstleistungsunternehmen von 12 332 an erster Stelle noch vor Ludwigshafen (+ 11 216). Mit Abstand folgen Koblenz (+ 5 865), Kaiserslautern (+ 5 341) und Trier (+ 4 147).

Im öffentlichen Bereich expandierte die Stadt Frankenthal am stärksten, die mit 93 % ebenfalls nahezu eine Verdoppelung der Arbeitsplätze aufweist, mit Abstand

Veränderungsraten der Beschäftigten in den Verwaltungsbezirken 1970-1987



Beschäftigte in den Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Produzierendes Gewerbe ¹⁾			Handel und Verkehr		
	1970	1987	Veränderung in %	1970	1987	Veränderung in %
Kreisfreie Stadt Koblenz	19 035	17 083	- 10,3	20 052	19 282	- 3,8
Landkreise						
Ahrweiler	14 600	12 611	- 13,6	5 986	6 430	7,4
Altenkirchen (Ww.)	23 060	20 343	- 11,8	7 953	8 252	3,8
Bad Kreuznach	26 354	21 762	- 17,4	12 622	11 431	- 9,4
Bad Kreuznach, Stadt	11 875	9 502	- 20,0	7 287	6 194	- 15,0
Birkenfeld	16 328	14 187	- 13,1	5 634	6 205	10,1
Idar-Oberstein, Stadt	10 477	8 101	- 22,7	3 258	3 921	20,3
Cochem-Zell	7 178	6 225	- 13,3	4 131	3 839	- 7,1
Mayen-Koblenz	30 879	26 641	- 13,7	10 328	11 829	14,5
Andernach, Stadt	8 000	6 277	- 21,5	2 166	2 379	9,8
Mayen, Stadt	4 310	3 917	- 9,1	2 545	2 535	- 0,4
Neuwied	28 475	25 690	- 9,8	9 797	10 748	9,7
Neuwied, Stadt	14 699	11 785	- 19,8	6 115	5 631	- 7,9
Rhein-Hunsrück-Kreis	12 127	14 196	17,1	5 477	6 376	16,4
Rhein-Lahn-Kreis	15 630	14 345	- 8,2	7 873	7 161	- 9,0
Lahnstein, Stadt	3 739	2 898	- 22,5	2 290	2 030	- 11,4
Westerwaldkreis	31 225	32 421	3,8	8 949	11 969	33,7
RB Koblenz	224 891	205 504	- 8,6	98 802	103 522	4,8
Kreisfreie Stadt Trier	17 022	16 015	- 5,9	16 876	15 232	- 9,7
Landkreise						
Bernkastel-Wittlich	11 860	15 628	31,8	7 739	7 904	2,1
Bitburg-Prüm	9 108	10 901	19,7	5 188	5 223	0,7
Daun	7 733	7 821	1,1	3 304	3 348	1,3
Trier-Saarburg	14 142	12 597	- 10,9	4 778	5 093	6,6
RB Trier	59 865	62 962	5,2	37 885	36 800	- 2,9
Kreisfreie Städte						
Frankenthal (Pfalz)	14 491	11 304	- 22,0	2 715	3 347	23,3
Kaiserslautern	22 608	21 478	- 5,0	14 303	14 490	1,3
Landau i. d. Pfalz	8 663	5 776	- 33,3	5 967	4 792	- 19,7
Ludwigshafen a. Rhein	77 994	67 436	- 13,5	16 339	14 189	- 13,2
Mainz	38 643	31 725	- 17,9	21 968	21 055	- 4,2
Neustadt a. d. Weinstr.	7 264	5 197	- 28,5	6 064	5 448	- 10,2
Pirmasens	16 190	12 911	- 20,3	5 896	5 785	- 1,9
Speyer	10 883	8 639	- 20,6	3 694	3 819	3,4
Worms	17 432	13 751	- 21,1	6 796	7 534	10,9
Zweibrücken	10 478	6 929	- 33,9	2 723	2 543	- 6,6
Landkreise						
Alzey-Worms	7 607	7 188	- 5,5	5 919	5 064	- 14,4
Bad Dürkheim	16 459	12 923	- 21,5	6 511	5 966	- 8,4
Donnersbergkreis	10 333	10 913	5,6	2 930	2 867	- 2,2
Germersheim	18 547	21 734	17,2	3 842	4 889	27,3
Kaiserslautern	11 209	11 025	- 1,6	4 196	4 656	11,0
Kusel	8 270	7 425	- 10,2	3 856	3 099	- 19,6
Südliche Weinstraße	12 927	11 302	- 12,6	4 817	5 465	13,5
Ludwigshafen	8 814	9 877	12,1	4 913	6 421	30,7
Mainz-Bingen	21 957	19 982	- 9,0	10 977	10 743	- 2,1
Bingen am Rhein, Stadt	4 956	3 789	- 23,5	4 235	3 903	- 7,8
Ingelheim am Rhein, Stadt	6 327	5 953	- 5,9	1 430	1 480	3,5
Pirmasens	23 191	15 206	- 34,4	3 662	4 575	24,9
RB Rheinhessen-Pfalz	363 960	312 721	- 14,1	138 088	136 747	- 1,0
Kammerbezirke						
Rheinhessen	85 639	72 646	- 15,2	45 660	44 396	- 2,8
Pfalz	278 321	240 075	- 13,7	92 428	92 351	- 0,1
Rheinland-Pfalz	648 716	581 187	- 10,4	274 775	277 069	0,8
Kreisfreie Städte	260 703	218 244	- 16,3	123 393	117 516	- 4,8
Landkreise	388 013	362 943	- 6,5	151 382	159 553	5,4

1) Einschl. gewerbliche Land- und Forstwirtschaft.

nach Wirtschaftsbereichen 1970 und 1987

Private Dienstleistungen			Öffentliche Dienstleistungen			Verwaltungsbezirk
1970	1987	Veränderung in %	1970	1987	Veränderung in %	
12 180	18 045	48,2	21 043	27 083	28,7	Kreisfreie Stadt Koblenz
5 846	9 772	67,2	5 636	7 465	32,5	Landkreise
3 541	6 838	93,1	3 665	5 347	45,9	Ahrweiler
6 249	10 069	61,1	8 159	12 170	49,2	Altenkirchen (Ww.)
3 374	5 326	57,9	5 125	7 464	45,6	Bad Kreuznach
3 363	5 422	61,2	8 192	9 299	13,5	Bad Kreuznach, Stadt
1 737	2 844	63,7	3 518	4 288	21,9	Birkenfeld
3 115	4 859	56,0	3 290	4 294	30,5	Idar-Oberstein, Stadt
5 526	11 007	99,2	7 424	10 801	45,5	Cochem-Zell
1 211	2 190	80,8	2 170	2 865	32,0	Mayen-Koblenz
1 046	2 025	93,6	2 095	2 694	28,6	Andernach, Stadt
6 390	11 917	86,5	6 113	10 775	76,3	Mayen, Stadt
3 206	5 771	80,0	3 767	7 005	86,0	Neuwied
4 005	6 514	62,6	5 105	6 401	25,4	Neuwied, Stadt
4 994	11 700	134,3	6 210	7 880	26,9	Rhein-Hunsrück-Kreis
882	1 922	117,9	1 053	1 449	37,6	Rhein-Lahn-Kreis
5 417	10 863	100,5	5 435	8 444	55,4	Lahnstein, Stadt
						Westerwaldkreis
60 626	107 006	76,5	80 272	109 959	37,0	RB Koblenz
6 738	10 885	61,5	10 697	16 962	58,6	Kreisfreie Stadt Trier
4 017	8 582	113,6	5 581	7 447	33,4	Landkreise
3 004	6 468	115,3	5 484	6 572	19,8	Bernkastel-Wittlich
1 763	4 351	146,8	2 420	3 953	63,3	Bitburg-Prüm
2 597	5 877	126,3	3 230	5 268	63,1	Daun
						Trier-Saarburg
18 119	36 163	99,6	27 412	40 202	46,7	RB Trier
1 788	3 321	85,7	1 779	3 427	92,6	Kreisfreie Städte
6 980	12 321	76,5	12 915	19 251	49,1	Frankenthal (Pfalz)
2 617	3 985	52,3	3 987	6 058	51,9	Kaiserslautern
10 413	21 629	107,7	9 248	11 004	19,0	Landau i. d. Pfalz
16 392	28 724	75,2	20 114	30 317	50,7	Ludwigshafen a. Rhein
3 019	4 639	53,7	4 509	5 396	19,7	Mainz
2 637	3 923	48,8	5 487	5 853	6,7	Neustadt a. d. Weinstr.
2 109	3 670	74,0	4 976	6 910	38,9	Pirmasens
3 267	4 777	46,2	4 729	5 953	25,9	Speyer
2 016	2 810	39,4	4 421	5 236	18,4	Worms
						Zweibrücken
2 178	5 115	134,8	2 813	4 105	45,9	Landkreise
4 316	9 576	121,9	4 049	5 296	30,8	Alzey-Worms
1 880	3 157	67,9	2 681	3 783	41,1	Bad Dürkheim
2 061	4 895	137,5	4 496	6 793	51,1	Donnersbergkreis
2 692	4 641	72,4	6 519	8 284	27,1	Germersheim
2 107	3 928	86,4	1 965	2 970	51,1	Kaiserslautern
3 001	5 908	96,9	3 610	5 180	43,5	Kusel
2 338	7 374	215,4	1 784	2 755	54,4	Südliche Weinstraße
5 042	10 162	101,5	3 920	6 106	55,8	Ludwigshafen
1 348	2 449	81,7	1 596	2 083	30,5	Mainz-Bingen
595	2 349	294,8	612	1 131	84,8	Bingen am Rhein, Stadt
2 293	3 615	57,7	2 199	3 200	45,5	Ingelheim am Rhein, Stadt
						Pirmasens
79 146	148 170	87,2	106 201	147 877	39,2	RB Rheinhessen-Pfalz
26 879	48 778	81,5	31 576	46 481	47,2	Kammerbezirke
52 267	99 392	90,2	74 625	101 396	35,9	Rheinhessen
						Pfalz
157 891	291 339	84,5	213 885	298 038	39,3	Rheinland-Pfalz
70 156	118 729	69,2	103 905	143 450	38,1	Kreisfreie Städte
87 735	172 610	96,7	109 980	154 588	40,6	Landkreise

gefolgt von Trier (+ 58,6 %), Landau (+ 51,9 %), Mainz (+ 50,7 %) und Kaiserslautern (+ 49,1 %). Die geringste Zunahme im öffentlichen Bereich weist mit + 6,7 % die Stadt Pirmasens auf. Am stärksten zur Personalausweitung im öffentlichen Sektor aller kreisfreien Städte zusammen trug die Stadt Mainz bei; dort waren im Jahre 1987 über 10 000 Personen mehr im öffentlichen Dienst tätig als 17 Jahre zuvor. Ebenfalls deutliche Zunahmen verzeichnen Kaiserslautern (+ 6 336 Beschäftigte), Trier (+ 6 265) und Koblenz (+ 6 040), die als typische Verwaltungsstadt nach Mainz die meisten Beschäftigten im öffentlichen Sektor hat.

Mehr Arbeitsplätze im Produktionssektor im Kreis Germersheim und im Rhein-Hunsrück-Kreis

Unter den 24 Landkreisen des Landes weisen sieben positive Wachstumsraten im Produktionssektor auf. An erster Stelle steht hier der Kreis Bernkastel-Wittlich (+ 32 %), mit Abstand gefolgt von Bitburg-Prüm (+ 20 %), Germersheim und Rhein-Hunsrück-Kreis (jeweils + 17 %) sowie Ludwigshafen (+ 12 %). Die geringsten negativen Wachstumsraten verzeichneten die Kreise Alzey-Worms (- 5,5 %), Rhein-Lahn-Kreis (- 8,2 %) und Mainz-Bingen (- 9 %). Den stärksten Personalabbau gab es im Produktionssektor dagegen im Kreis Pirmasens (- 34 %), der von der Strukturkrise in der Schuhindustrie am stärksten betroffen ist. Größte Einbußen erlebten ferner die Kreise Bad Dürkheim (- 22 %) und Bad Kreuznach (- 17 %).

Im Gegensatz zu den kreisfreien Städten (- 4,8 %) weitete sich in den Landkreisen der Verteilungssektor gegenüber der letzten Arbeitsstättenzählung um knapp 8 200 Beschäftigte oder 5,4 % aus. Hierzu trugen in erster Linie der Westerwaldkreis (+ 34 %), die Kreise Ludwigshafen (+ 31 %), Germersheim (+ 27 %), Pirmasens (+ 25 %), Rhein-Hunsrück-Kreis (+ 16 %) und Mayen-Koblenz (+ 15 %) bei. Dieser Entwicklung stehen größere Arbeitsplatzabnahmen in den Kreisen Kusel (- 20 %), Alzey-Worms (- 14 %) und Bad Kreuznach (- 9,4 %) gegenüber.

An der starken Ausweitung des privaten Dienstleistungssektors waren alle Landkreise beteiligt. In erster Linie sind jedoch die Kreise Ludwigshafen (+ 215 %), Daun (+ 147 %), Germersheim (+ 138 %), Alzey-Worms (+ 135 %), Rhein-Lahn-Kreis (+ 134 %) und Trier-Saarburg (+ 126 %) zu nennen. Auf sie entfiel mehr als ein Viertel (27,5 %) des Beschäftigtenzuwachses der privaten Dienstleistungsunternehmen in den Landkreisen. Den höchsten absoluten Beschäftigtenzuwachs verzeichnete der Rhein-Lahn-Kreis (+ 6 706), gefolgt von den Kreisen Neuwied (+ 5 527), Mayen-Koblenz (+ 5 481) und Westerwald (+ 5 446).

Die höchsten Zuwachsraten im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen erzielten die Kreise Neuwied (+ 76 %), Daun (+ 63 %), Trier-Saarburg (+ 64 %), Mainz-Bingen (+ 56 %), Westerwald und Ludwigshafen (+ 54 %). Die größte absolute Beschäftigtenexpansion im öffentlichen Dienst verzeichnen die Kreise Neuwied

(+ 4 662 Beschäftigte), Bad Kreuznach (+ 4 011) und Mayen-Koblenz (+ 3 377), die 1987 mit jeweils mehr als 10 000 tätigen Personen die höchsten Beschäftigtenzahlen im öffentlichen Bereich aufweisen.

Rhein-Lahn-Kreis mit höchstem Beschäftigtenanteil im privaten Dienstleistungsgewerbe

Trotz des starken Rückgangs der Beschäftigtenzahl im produzierenden Gewerbe war Ludwigshafen 1987 die Stadt, in der dieser Wirtschaftsbereich das höchste Gewicht (59 %) hat. Danach folgen die Kreise Pirmasens und Germersheim (je 57 %), die Stadt Frankenthal, der Donnersbergkreis (je 53 %) sowie der Westerwaldkreis (51 %). Das geringste Gewicht hat der Produktionssektor in Koblenz (21 %), Neustadt (25 %), Trier (27 %) und Mainz (28 %). Im Jahre 1970 kam in der Stadt Ludwigshafen das produzierende Gewerbe auf einen Anteil von 68 %. Sie lag damit noch hinter dem Kreis Pirmasens (74 %) und der Stadt Frankenthal (70 %).

Der Verteilungssektor (Handel und Verkehr) war in den Städten Neustadt, Trier (je 26 %) und Koblenz (24 %) sowie in den Landkreisen Ludwigshafen und Alzey-Worms (je 24 %) am stärksten vertreten, während er in den Kreisen Germersheim (13 %), Donnersberg (14 %) und Kaiserslautern (16 %) das geringste Gewicht hatte. Von den genannten Verwaltungsbezirken stand Trier 1970 mit einem Anteil des Handels und Verkehrs von 33 % noch an der Spitze vor dem Landkreis Alzey-Worms (32 %), den Städten Neustadt (29 %) und Koblenz sowie dem Landkreis Ludwigshafen (je 28 %).

Das private Dienstleistungsgewerbe wies 1987 mit fast 29 % im Rhein-Lahn-Kreis den höchsten Prozentsatz auf, gefolgt von den Kreisen Bad Dürkheim, Ludwigshafen (je 28 %) und Ahrweiler (27 %). Die geringste Bedeutung hatte es in den Kreisen Germersheim (13 %) und Pirmasens (14 %) und in den Städten Pirmasens (14 %) und Worms (15 %). Im Jahre 1970 waren in den Kreisen Ludwigshafen, Bad Dürkheim und Rhein-Lahn die privaten Dienstleistungsunternehmen nur mit Anteilen zwischen 13 und gut 14 % beteiligt.

Der öffentliche Dienst dominierte in den Städten Koblenz (33 %), Speyer, Zweibrücken (je 30 %), Landau, Trier und Kaiserslautern (je 29 %), während er vor allem in der Stadt Ludwigshafen (9,6 %) sowie in den Kreisen Ludwigshafen (10 %), Pirmasens (12 %), Mainz-Bingen, Altenkirchen und Westerwald (je 13 %) hinter den übrigen Wirtschaftsbereichen zurückblieb.

Aus den Ausführungen ergibt sich, daß die größten Arbeitsplatzverluste im produzierenden Gewerbe in der Regel in den Verwaltungsbezirken auftreten, in denen dieser Wirtschaftsbereich eine dominierende Rolle spielt bzw. eine besonders hohe Beschäftigtenzahl aufweist. Mit Ausnahme des Raumes Pirmasens konnten die Verluste größtenteils durch Verlagerung in den Dienstleistungssektor aufgefangen oder sogar überkompensiert werden.

Diplom-Volkswirt Hans-Henning Meincke

Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf 1970 und 1987

Bei der Volkszählung wurde auch nach der Stellung im Beruf gefragt. Personen mit zwei oder mehreren Erwerbstätigkeiten wurden ihrer Haupterwerbstätigkeit zugeordnet.

Auch die Gruppe der mithelfenden Familienangehörigen hat seit 1970 erheblich an Bedeutung verloren. Während damals noch 127 092 mithelfende Familienangehörige gezählt wurden, waren es im Mai 1987 nur 38 551.

Abnahme der Selbständigen um 30 800

Von den 1,571 Millionen Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz waren im Mai 1987 140 854 Selbständige. Ihre Zahl ist seit der Volkszählung 1970 um 30 802 oder 17,9% zurückgegangen. Der Anteil der Selbständigen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen verringerte sich damit von 11,3% auf 9%.

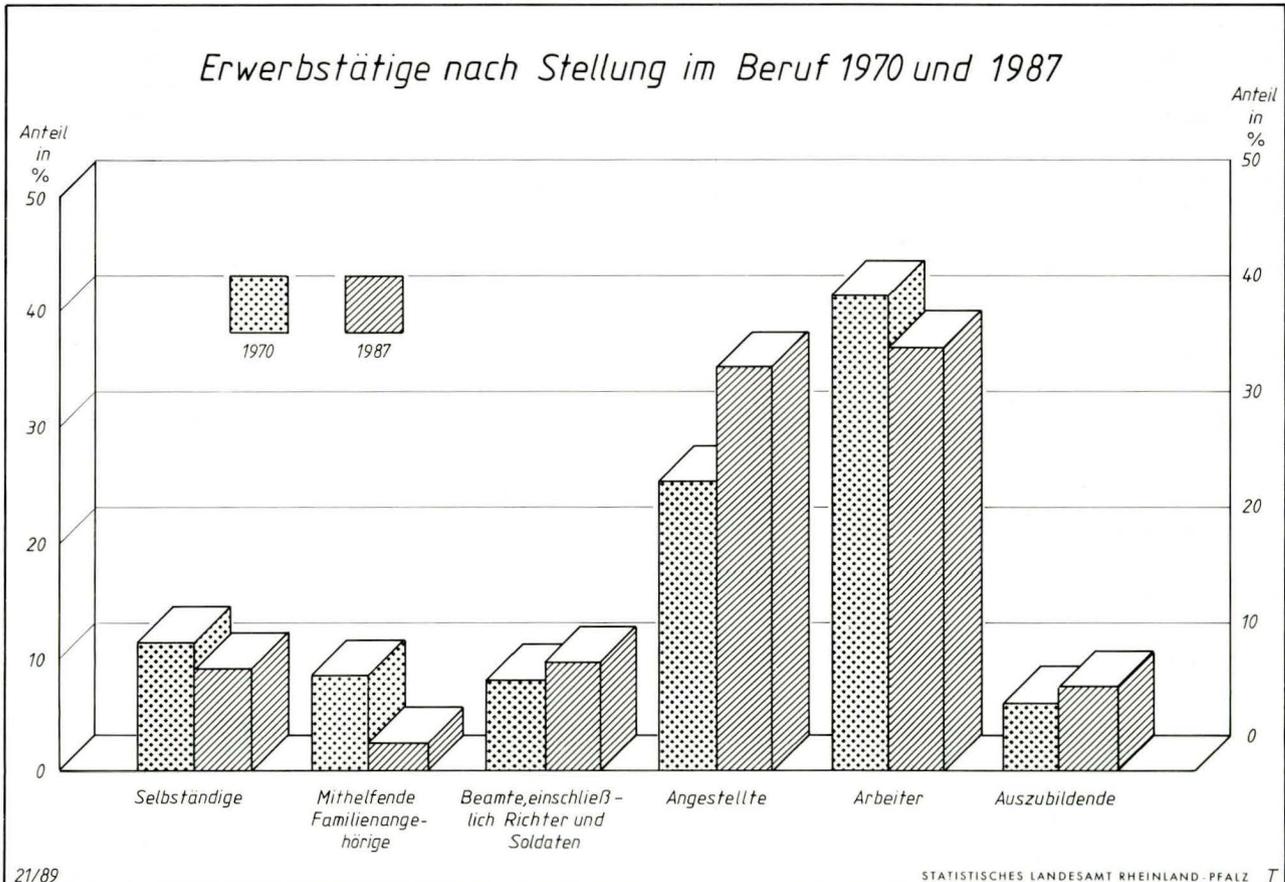
Von den Selbständigen waren 35 870 weiblichen und 104 980 männlichen Geschlechts. Für einen aussagekräftigen Männer-Frauen-Vergleich sind diese Angaben jedoch unzureichend, da wesentlich mehr Männer als Frauen einer Erwerbstätigkeit nachgehen. So lag bei den Männern der Anteil der Selbständigen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen bei 10,5%, bei den Frauen betrug der Wert 6,3%. Die Abweichungen sind gegenüber 1970 etwas geringer geworden (13,5 : 7%). Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die männlichen Selbständigen um 30 272 Personen abnahmen, während die weiblichen nahezu konstant blieben (-530).

Zunahme der Beamten und Angestellten

Die Zahl der Beamten einschließlich der Richter und Soldaten ist mit rund 151 600 seit 1970 um 29 400 oder 24,1% angestiegen. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen hat von 8% auf 9,6% zugenommen. Dies dürfte auch auf die Entwicklung im Bildungswesen und die Teilzeitarbeit zurückzuführen sein.

Zwischen den beiden Volkszählungsjahren 1970 und 1987 hat die Zahl der Beamtinnen um 13 388 (+106,1%) auf 26 000, die der Beamten um 16 010 (+14,6%) auf 125 600 zugenommen. Der Anteil der Beamtinnen an der Gesamtzahl der erwerbstätigen Frauen erhöhte sich von 2,4% auf 4,6%, der entsprechende Wert der Männer von 11% auf 12,5%.

Weit größer als bei den Beamten war die Zunahme der Zahl der Angestellten. Im Mai 1987 gingen in Rheinland-Pfalz rund 550 000 Personen als Angestellte einer Beschäftigung nach. Dies waren 166 337 oder 43,4% mehr als 1970. Insgesamt gehörten 35% aller Erwerbs-



tätigen zu dieser Berufsgruppe. 264 789 Angestellte waren männlichen und 285 201 weiblichen Geschlechts. Somit waren 50,3% der erwerbstätigen Frauen und 26,4% der erwerbstätigen Männer in einem Angestelltenberuf tätig.

Abnahme der Zahl der Arbeiter

Die Arbeiter haben seit 1970 um 53 100 (-8,4%) auf 576 119 Personen abgenommen. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen verringert sich von 41,3% auf 36,7%. Trotz dieses Rückganges umfaßte diese Berufsgruppe immer noch die meisten Erwerbstätigen. Als Arbeiter waren 43,6% der männlichen und 24,3% der weiblichen Erwerbstätigen beschäftigt.

28% mehr Auszubildende

Im Mai 1987 wurden in Rheinland-Pfalz 114 246 Auszubildende gezählt. Gegenüber 1970 bedeutet dies eine Steigerung um 24 927 (+27,9%). An der Zunahme waren mehr junge Frauen als Männer beteiligt. Die Zahl der weiblichen Auszubildenden erhöhte sich um 14 839, die der männlichen um 10 088. Insgesamt wurden 63 238 männliche und 51 008 weibliche Auszubildende ermittelt.

Unterschiedliche Bedeutung der Wirtschaftsbereiche

Die einzelnen sozialen Gruppen sind in den vier Wirtschaftsbereichen, nämlich Land- und Forstwirtschaft,

produzierendes Gewerbe, Handel und Verkehr, Sonstige Wirtschaftsbereiche, unterschiedlich stark vertreten. Mit den Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur gehen daher entsprechende Zu- und Abnahmen einher.

Starke Abnahme der Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft

Im Mai 1987 waren 34% der 140 854 Selbständigen im Dienstleistungsbereich tätig. Seit 1970 hat sich die Zahl der Selbständigen in diesem Wirtschaftsbereich vom 35 164 auf 48 038 erhöht. Demgegenüber weisen die anderen drei Wirtschaftsbereiche einen Rückgang an Selbständigen auf. Gravierend war die Abnahme in der Land- und Forstwirtschaft. Während 1970 noch 55 270 Personen dort als Selbständige eine Tätigkeit ausübten, waren es 1987 nur noch 28 777.

Einen starken Rückgang der Selbständigenquote hatte auch der Bereich Handel und Verkehr zu verzeichnen. Waren 1970 rund 16% der Erwerbstätigen in diesem Wirtschaftszweig selbständig, betrug dieser Wert 1987 noch 12,2%

48% aller Angestellten sind im Dienstleistungsbereich beschäftigt

Die Zahl der im Dienstleistungsbereich tätigen Angestellten erhöhte sich seit 1970 von 155 607 auf 263 249. Mit 47,9% umfaßt dieser Bereich die meisten Angestellten.

Auch die anderen drei Wirtschaftsbereiche weisen eine Zunahme an Angestellten auf. Auffällig ist sowohl im

Erwerbstätige nach Geschlecht und Stellung im Beruf 1970 und 1987

Stellung im Beruf	Volkszählung 1970			Volkszählung 1987			Veränderung		
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
Anzahl									
Selbständige	171 656	135 255	36 401	140 854	104 983	35 871	- 30 802	- 30 272	- 530
Mithelfende Familienangehörige	127 092	24 484	102 608	38 551	7 363	31 188	- 88 541	- 17 121	- 71 420
Beamte ¹⁾	122 205	109 592	12 613	151 603	125 602	26 001	+ 29 398	+ 16 010	+ 13 388
Angestellte	383 653	208 671	174 982	549 990	264 789	285 201	+ 166 337	+ 56 118	+ 110 219
Arbeiter	629 220	468 457	160 763	576 119	438 220	137 899	- 53 101	- 30 237	- 22 864
Auszubildende	89 319	53 150	36 169	114 246	63 238	51 008	+ 24 927	+ 10 088	+ 14 839
I n s g e s a m t	1 523 145	999 609	523 536	1 571 363	1 004 195	567 168	+ 48 218	+ 4 586	+ 43 632
%									
Selbständige	11,3	13,5	7,0	9,0	10,5	6,3	- 17,9	- 22,4	- 1,5
Mithelfende Familienangehörige	8,3	2,4	19,6	2,5	0,7	5,5	- 69,7	- 69,9	- 69,6
Beamte ¹⁾	8,0	11,0	2,4	9,6	12,5	4,6	+ 24,1	+ 14,6	+ 106,1
Angestellte	25,2	20,9	33,4	35,0	26,4	50,3	+ 43,4	+ 26,9	+ 63,0
Arbeiter	41,3	46,9	30,7	36,7	43,6	24,3	- 8,4	- 6,5	- 14,2
Auszubildende	5,9	5,3	6,9	7,3	6,3	9,0	+ 27,9	+ 19,0	+ 41,0
I n s g e s a m t	100,0	100	100	100	100	100	+ 3,2	+ 0,5	+ 8,3

1) Einschl. Richter und Soldaten.

Erwerbstätige nach Stellung im Beruf und Wirtschaftsbereichen 1970

Stellung im Beruf	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft		Produzierendes Gewerbe		Handel und Verkehr		Sonst. Wirtschaftsbereiche (Dienstleistungen)	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt									
Selbständige	171 656	55 270	32,2	40 080	23,3	41 142	24,0	35 164	20,5
Mithelfende Familienangehörige	127 092	84 105	66,2	14 861	11,7	14 451	11,4	13 675	10,8
Beamte	122 205	599	0,5	239	0,2	31 129	25,5	90 238	73,8
Angestellte	383 653	3 679	1,0	140 714	36,7	83 653	21,8	155 607	40,6
Arbeiter	629 220	18 265	2,9	461 252	73,3	62 859	10,0	86 844	13,8
Auszubildende	89 319	1 806	2,0	42 702	47,8	24 214	27,1	20 597	23,1
Insgesamt	1 523 145	163 724	10,7	699 848	45,9	257 448	16,9	402 125	26,4
Männer									
Selbständige	135 255	48 474	35,8	36 444	26,9	27 447	20,3	22 890	16,9
Mithelfende Familienangehörige	24 484	18 480	75,5	2 446	10,0	1 848	7,5	1 710	7,0
Beamte	109 592	544	0,5	211	0,2	28 760	26,2	80 077	73,1
Angestellte	208 671	2 067	1,0	98 164	4,7	36 952	17,7	71 488	34,3
Arbeiter	468 457	13 646	2,9	364 841	77,9	48 013	10,2	41 957	9,0
Auszubildende	53 150	1 260	2,4	34 429	64,8	10 889	20,5	6 572	12,4
Zusammen	999 609	84 471	8,5	536 535	53,7	153 909	15,4	224 694	22,5
Frauen									
Selbständige	36 401	6 796	18,7	3 636	10,0	13 695	37,6	12 274	33,7
Mithelfende Familienangehörige	102 608	65 625	64,0	12 415	12,1	12 603	12,3	11 965	11,7
Beamte	12 613	55	0,4	28	0,2	2 369	18,8	10 161	80,6
Angestellte	174 982	1 612	0,9	42 550	24,3	46 701	26,7	84 119	48,1
Arbeiter	160 763	4 619	2,9	96 411	60,0	14 846	9,2	44 887	27,9
Auszubildende	36 169	546	1,5	8 273	22,9	13 325	36,8	14 025	38,8
Zusammen	523 536	79 253	15,1	163 313	31,2	103 539	19,8	177 431	33,9

produzierenden Gewerbe als auch in der Land- und Forstwirtschaft, daß die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt zurückging, die der Angestellten aber anstieg.

Wie kein anderer Wirtschaftszweig bietet der Dienstleistungssektor Frauen die Möglichkeit, als Angestellte einer Tätigkeit nachzugehen. Insofern ist es nicht verwunderlich, daß 56,5 % der weiblichen bei 38,6 % der männlichen Angestellten hier beschäftigt sind. Für die männlichen Angestellten ist das produzierende Gewerbe von ähnlich großer Bedeutung. Hier sind 44,2 % von ihnen beschäftigt. Der Dienstleistungsbereich folgt erst an zweiter Stelle.

Die meisten Arbeiter im produzierenden Gewerbe

Seit 1970 ist die Zahl der Arbeiter im produzierenden Gewerbe von 461 252 auf 388 876 zurückgegangen. Mit einem Anteil von 67,5 % an der Gesamtzahl der Arbeiter stellt das produzierende Gewerbe dennoch die meisten Arbeiter. An zweiter Stelle folgt mit 18,4 % der Arbeiter der Dienstleistungsbereich.

Da zwischen 1970 und 1987 die Zahl der Arbeiter im produzierenden Gewerbe prozentual stärker abnahm als die Gesamtzahl der dort beschäftigten Erwerbstätigen, ging ihr Anteil von 66 % auf knapp 60 % zurück. Dem Rückgang des Arbeiteranteils steht ein gestiegener Anteil der Angestellten gegenüber. Eine Veränderung, die in erster Linie durch den Einsatz neuer Technologien und den dadurch veränderten Qualifikationsanforderungen zu erklären ist.

Zahl der Auszubildenden im Dienstleistungsbereich stark angestiegen

Das produzierende Gewerbe stellt mit 51 229 (44,8 %) von 114 246 den größten Anteil der Auszubildenden. An zweiter Stelle folgt der Dienstleistungsbereich. Hier hat sich seit 1970 die Zahl der Auszubildenden von 20 597 auf 41 421 erhöht.

Trotz starken Rückgangs der Gesamtzahl der Erwerbstätigen nahm auch in der Land- und Forstwirtschaft die Zahl der Auszubildenden von 1 806 auf 3 356 zu. Eine gegenläufige Entwicklung hatte der Handel und

Erwerbstätige nach Stellung im Beruf und Wirtschaftsbereichen 1987

Stellung im Beruf	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft ¹⁾		Produzierendes Gewerbe ²⁾		Handel und Verkehr ³⁾		Sonst. Wirtschaftsbereiche (Dienstleistungen) ⁴⁾	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt									
Selbständige	140 854	28 777	20,4	31 740	22,5	32 299	22,9	48 038	34,1
Mithelfende Familienangehörige	38 551	21 797	56,5	5 256	13,6	4 618	12,0	6 880	17,8
Beamte	151 603	590	0,4	173	0,1	31 660	20,9	119 180	78,6
Angestellte	549 990	3 708	0,7	172 620	31,4	110 413	20,1	263 249	47,9
Arbeiter	576 119	13 721	2,4	388 876	67,5	67 255	11,7	106 267	18,4
Auszubildende	114 246	3 356	2,9	51 229	44,8	18 240	16,0	41 421	36,3
Insgesamt	1 571 363	71 949	4,6	649 894	41,4	264 485	16,8	585 035	37,2
Männer									
Selbständige	104 983	25 706	24,5	28 221	26,9	20 496	19,5	30 560	29,1
Mithelfende Familienangehörige	7 363	4 580	62,2	721	9,8	851	11,6	1 211	16,4
Beamte	125 602	562	0,4	162	0,1	27 090	21,6	97 788	77,9
Angestellte	264 789	2 198	0,8	117 110	44,2	43 286	16,3	102 201	38,6
Arbeiter	438 220	11 089	2,5	326 555	74,5	46 467	10,6	54 109	12,3
Auszubildende	63 238	2 387	3,8	40 064	63,4	8 248	13,0	12 539	19,8
Zusammen	1 004 195	46 516	4,6	512 833	51,1	146 438	14,6	298 408	29,7
Frauen									
Selbständige	35 871	3 071	8,6	3 519	9,8	11 803	32,9	17 478	48,7
Mithelfende Familienangehörige	31 188	17 217	55,2	4 535	14,5	3 767	12,1	5 669	18,2
Beamte	26 001	28	0,1	11	0,0	4 570	17,6	21 392	82,3
Angestellte	285 201	1 516	0,5	55 510	19,5	67 127	23,5	161 048	56,5
Arbeiter	137 899	2 632	1,9	62 321	45,2	20 788	15,1	52 158	37,8
Auszubildende	51 008	969	1,9	11 165	21,9	9 992	19,6	28 882	56,6
Zusammen	567 168	25 433	4,5	137 061	24,2	118 047	20,8	286 627	50,5

1) Land- und Forstwirtschaft / Fischerei – 2) Bergbau, Energiewirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe – 3) Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung – 4) Kreditinstitute, Versicherungen, Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte, Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen.

Verkehr zu verzeichnen. Bei einer Zunahme der Erwerbstätigen ging die Zahl der Auszubildenden um 5 974 auf 18 240 zurück.

Ein Vergleich nach dem Geschlecht zeigt, daß sich männliche und weibliche Auszubildende recht unterschiedlich auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche verteilen. So stellt das produzierende Gewerbe 63,4 % der männlichen aber nur 21,9 % der weiblichen Auszubildenden. Im Dienstleistungsbereich hingegen werden weitaus mehr junge Frauen (56,6 %) als Männer (19,8 %) ausgebildet.

Strukturwandel als Hauptursache der Veränderungen bei den sozialen Gruppen

Die kräftige Zunahme bei den Angestellten sowie die Abnahme bei den Selbständigen, mithelfenden Familienangehörigen und den Arbeitern sind in erster Linie eine Folgeerscheinung des wirtschaftlichen Strukturwandels. Da sich dieser auch in den kommenden Jahren in gleicher Richtung fortsetzen dürfte, wird vor allem die Gruppe der Angestellten weiter zunehmen.

Diplom-Volkswirt Karl-Heinz Merkle

Fremdenverkehr in Heilbädern 1980 bis 1988

Kriterien zur Einstufung als Heilbad

Nach dem Landesgesetz über die Anerkennung von Kurorten, Erholungsorten und Fremdenverkehrsgegenden (Kurortgesetz) vom 21. Dezember 1978 legt die staatliche Anerkennung als Kurort mit der Artbezeichnung Heilbad – mit oder ohne Zusatz der Haupt-

kurmittel – in Rheinland-Pfalz eigene Bedingungen zugrunde:

- (1.) ein natürliches zur Heilung, Linderung oder Vorbeugung von Krankheiten geeignetes Kurmittel des Bodens (insbesondere Heilquellen, Heilmoore, Heilgase),

- (2.) ein gesundheitsförderndes Klima,
- (3.) verschiedenartige, leistungsfähige Einrichtungen zur Anwendung der Kurmittel mit angemessener kurärztlicher und pflegerischer Betreuung,
- (4.) eine größere Anzahl von Kuranstalten sowie leistungsfähige Betriebe des Hotel- und Gaststättengewerbes und
- (5.) einem dem Kurbetrieb entsprechenden Ortscharakter, der auch durch die Bauleitplanung gesichert sein muß.

Entsprechend dem Heilbäderverzeichnis der Landesregierung werden in der amtlichen Beherbergungsstatistik 20 Heilbäder ausgewiesen.

Zwar zählen auch die Ortsteile Bad Tönisstein in der Gemeinde Andernach und Bad Wildstein in der Gemeinde Traben-Trarbach als Heilkurorte, der Heilbäderanteil dieser Ortsteile an den Übernachtungszahlen ihrer Gemeinden ist jedoch nicht so dominierend, daß Andernach und Traben-Trarbach in der amtlichen Statistik als Heilbäder gelten.

Soweit im folgenden Beitrag Einwohnerzahlen erwähnt sind, handelt es sich um die Zahlen vom Stichtag der Volkszählung 1987.

Eckdaten der Fremdenverkehrsentwicklung bis 1988

In Bad Bergzabern am Westrand des oberrheinischen Tieflandes stiegen die Gästezahlen von 1980 bis 1988 um über 14 % auf 41 018 Gäste. Zuwächse ergaben sich insbesondere in den Jahren 1982 (+ 7,3 %) und 1984 (+ 15 %), während 1981 (- 5,3 %) und 1983 (- 4,4 %) die

Rückgänge am höchsten waren. In Bad Bergzabern stieg die Wohnbevölkerung von 1970 bis 1987 von 5 392 auf 6 405 Einwohner (+ 19 %). Die Übernachtungszahlen erhöhten sich von 1980 bis 1988 um 6,8 %. Sehr positiv verlief die Entwicklung bei den Übernachtungen 1984 (+ 8,6 %). Die mittlere Aufenthaltsdauer sank in der gleichen Zeit von 7,9 Tagen auf 7,4 Tage.

Gäste verweilen 1988 durchschnittlich fast 17 Tage in Bad Bertrich

Bad Bertrich, mit 1 036 Einwohnern der kleinste rheinland-pfälzische Heilkurort, hatte 1988 etwa 19 % weniger Gäste und 7 % weniger Übernachtungen als 1980. Sowohl bei den Gästen (- 11 %) als auch bei den Übernachtungen (- 35 %) wies das Jahr 1983 die stärksten Rückgänge auf. Die mittlere Aufenthaltsdauer stieg in Bad Bertrich von 14,5 auf 16,7 Tage. Damit sind die Aufenthalte in diesem Staatsbad, die maßgeblich vom Kurbetrieb bestimmt werden, landesweit am längsten. Auf einen Einwohner kamen 1987 fast 20 Touristen. Bad Bertrich erzielte 1987 den Spitzenwert von fast 319 Fremdenübernachtungen pro Einwohner.

Boppard verzeichnet Rückgang beim Übernachtungstourismus

Die Übernachtungszahlen gingen in den 1980er Jahren in der Stadt Boppard (15 356 Einwohner), zu der seit 1976 auch Bad Salzig zählt, um 24 % zurück. Im Jahre 1988 kamen 101 302 Gäste, für die 287 534 Übernachtungen registriert wurden. Die rückläufige Entwicklung bei den Übernachtungen schlug besonders 1983 (- 12 %) und 1987 (- 9,4 %) zu Buche und beeinflusste auch den Tourismus am Mittelrhein. In Boppard, einer

Fremdenverkehr in Heilbädern 1980 und 1988

Heilbad	Betriebe ¹⁾	Betten	Bettenauslastung	Gäste		Übernachtungen		Mittlere Aufenthaltsdauer
				1980	1988	1980	1988	1988
	Anzahl		%	Anzahl				Tage
Bad Bergzabern	47	2 389	35,3	35 858	41 018	284 224	303 517	7,4
Bad Bertrich	47	1 728	56,3	26 022	21 001	376 869	350 056	16,7
Boppard	55	3 116	25,6	101 227	101 302	379 211	287 534	2,8
Bad Breisig	35	1 189	23,0	28 492	21 192	151 147	98 453	4,6
Daun	34	2 276	37,4	51 407	60 114	295 312	306 450	5,1
Diez	8	299	24,7	11 029	8 680	35 247	26 612	3,1
Bad Dürkheim	24	2 373	56,2	62 675	126 981	240 159	479 974	3,8
Bad Ems	29	1 869	54,9	43 138	31 725	345 658	369 425	11,6
Bad Honningnen	30	1 149	25,7	27 638	26 580	112 811	106 161	4,0
Bad Kreuznach	51	2 735	52,2	72 657	75 093	596 295	514 252	6,8
Kyllburg	7	340	30,3	4 225	7 618	37 708	37 045	4,9
Lahnstein	18	1 331	40,0	72 901	65 250	127 961	191 587	2,9
Manderscheid	23	1 138	42,8	21 986	24 520	192 240	175 244	7,1
Bad Marienberg (Ww.)	17	791	35,1	18 206	24 367	98 626	100 077	4,1
Bad Münster a. Stein-Ebernburg	41	2 386	55,8	40 283	40 148	453 448	479 255	11,9
Bad Neuenahr-Ahrweiler	91	4 733	47,5	114 745	139 993	772 778	809 611	5,8
Rengsdorf	17	737	20,7	21 384	14 565	101 002	54 810	3,8
Sinzig	10	338	22,1	4 861	5 034	42 812	26 830	5,3
Sobornheim	12	678	41,1	6 720	11 843	73 065	100 263	8,5
Vallendar	11	738	44,1	33 333	23 385	135 059	117 040	5,0

1) Ohne Privatquartiere und gewerbliche Kleinbetriebe.

Gemeinde, die sich neben ihrem Kurortcharakter auch durch Weinanbau auszeichnet, verweilten die Gäste 1980 im Durchschnitt 3,7 Tage und 1988 noch 2,8 Tage.

Die mittlere Aufenthaltsdauer fiel 1988 wieder auf den Stand von 1980 (3,8 Tage) zurück. 1988 wurden 479 974 Übernachtungen von 126 981 Gästen erzielt.

Daun als attraktives Mittelzentrum in reizvoller Landschaft

Die erfreuliche Entwicklung in Daun (7 358 Einwohner), dem Heil-, Kneipp- und heilklimatischen Kurort in der Vulkaneifel, ist von 1980 bis 1988 durch 17 % mehr Gäste bei 3,8 % mehr Übernachtungen gekennzeichnet. In der Kreisstadt Daun stiegen die Gästezahlen besonders im Jahre 1986 (+ 23 %) und die Übernachtungen 1984 (+ 9,8 %). Im Jahre 1988 sank die Gästezahl gegenüber dem Vorjahr um 20 % auf 60 114. Mit 306 450 Übernachtungen wurde für die 80er Jahre jedoch ein Höchststand erreicht.

Deutliche Zunahme der Übernachtungen in Bad Ems

Das Staatsbad Bad Ems (9 097 Einwohner) läßt zwar mit 31 725 Gästen im Jahre 1988 gegenüber 43 138 Gästen im Jahre 1980 eine starke Abnahme (- 27 %) erkennen, konnte aber die mittlere Aufenthaltsdauer von acht Tagen auf 11,6 Tage nachhaltig verbessern. Daraus ergibt sich seit 1980 sogar eine Erhöhung um 6,9 % auf 369 425 Übernachtungen. Bei den Übernachtungen wurden im Jahre 1982 die stärksten Rückgänge (- 22 %) und 1985 die größten Zuwächse (+ 31 %) erzielt. Die Gästezahlen sanken besonders 1981 (- 18 %) und 1986 (- 14 %).

Gäste- und Übernachtungsboom in Bad Dürkheim

Die höchsten Zuwächse bei Gästen (+ 103 %) und Übernachtungen (+ 100 %) hatte seit 1980 unter allen Heilbädern des Landes Bad Dürkheim zu verzeichnen. Während 1981 sowohl bei den Gästen (- 12 %) als auch bei den Übernachtungen (- 4 %) Rückgänge sichtbar wurden und 1983 nochmals um 4,2 % weniger Gäste nach Bad Dürkheim kamen, gestaltete sich die Entwicklung dieser Kreisstadt an der Haardt vorwiegend positiv.

Bad Kreuznach ist nach der Einwohnerzahl größter Heilkurort des Landes

Der Heilkurort Bad Kreuznach (38 942 Einwohner) weist 1988 (75 093 Gäste) gegenüber 1980 um 3,4 % mehr Gäste auf. Die Zahl der Übernachtungen sank jedoch von 596 295 auf 514 252 um 14 %. Wie bei der Mehrzahl der Heilbäder verringerte sich auch in Bad Kreuznach die mittlere Aufenthaltsdauer. Mit - 14 % ver-

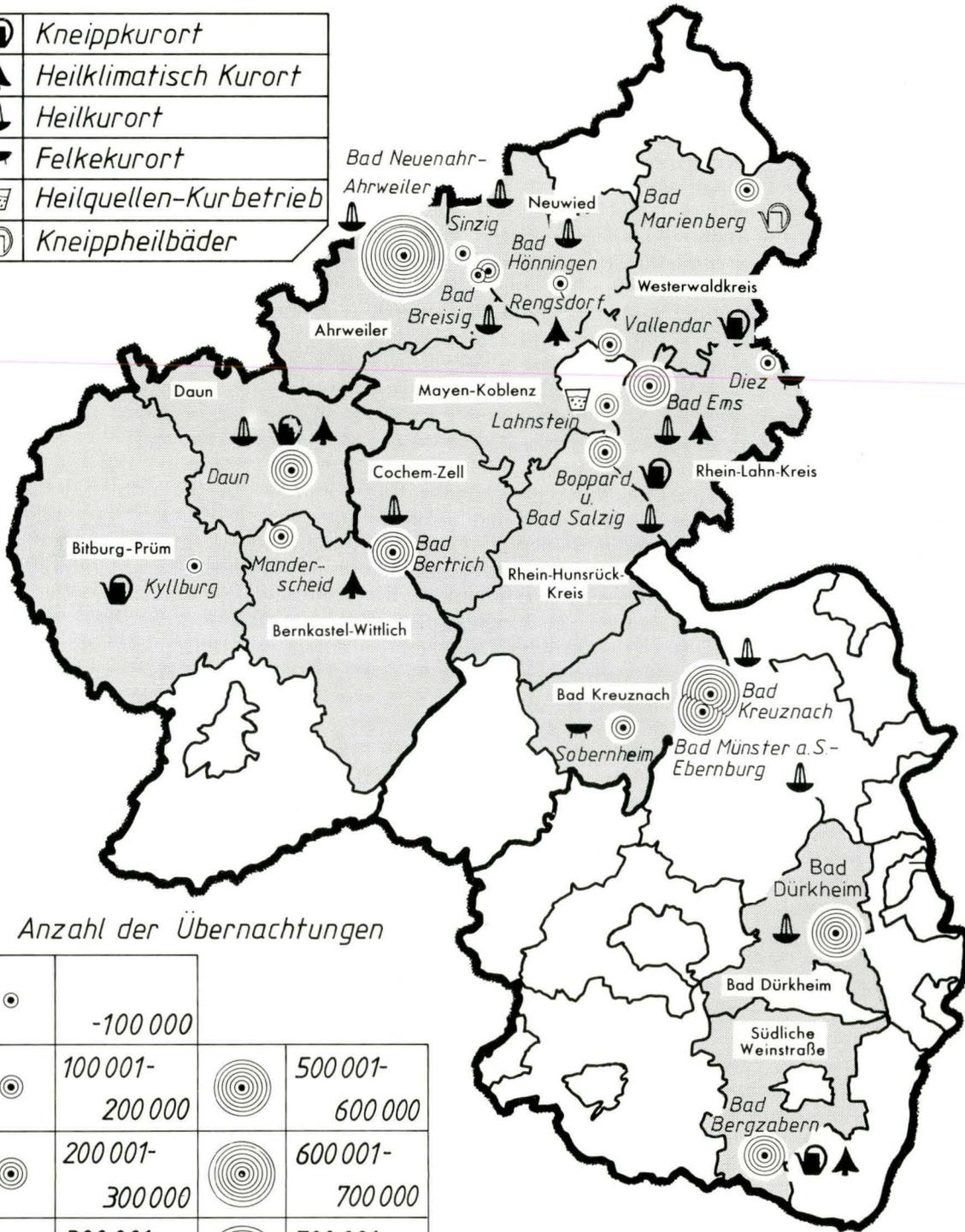
Kapazität und Ausstattung der Fremdenverkehrsbetriebe der Heilbäder am 1. Januar 1987¹⁾

Heilbäder	Betten in Gästezimmern	Gästezimmer ²⁾						Sonstige Ausstattung (Betriebe mit ...)		
		Ins-gesamt	Einzelzimmer	Zimmer mit Bad/Dusche			Hallen-/Freibad	Sauna/Solarium	eigenen medizin. Kureinrichtungen	
				mit WC		ohne WC				
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl			
Bad Breisig	844	523	209	40,0	279	53,3	49	3	6	1
Bad Neuenahr-Ahrweiler	4 115	2 856	1 607	56,3	2 032	71,1	85	13	8	14
Sinzig	215	140	70	50,0	89	63,6	2	2	3	3
Bad Kreuznach	2 294	1 483	776	52,3	1 042	70,3	93	9	7	12
Bad Münster am Stein-E.	1 675	1 157	649	56,1	900	77,8	50	3	3	5
Sobernheim	581	343	148	43,1	255	74,3	4	5	5	4
Bad Bertrich	1 490	1 064	639	60,1	812	76,3	9	5	5	9
Vallendar	582	386	202	52,3	94	24,4	-	2	1	1
Bad Hönningen	900	472	87	18,4	294	62,3	6	-	2	-
Rengsdorf	775	457	177	38,7	276	60,4	32	2	5	-
Boppard	2 809	1 575	438	27,8	1 024	65,0	68	4	6	5
Bad Ems	1 489	1 108	733	66,2	891	80,4	41	5	6	4
Diez	160	114	69	60,5	70	61,4	6	1	1	1
Lahnstein	746	446	169	37,9	389	87,2	17	2	2	1
Bad Marienberg	402	237	94	39,7	165	69,6	17	3	3	3
Manderscheid	614	410	219	53,4	189	46,1	13	2	4	2
Kyllburg	281	175	79	45,1	86	49,1	-	1	3	1
Daun	875	510	161	31,6	467	91,6	5	8	12	2
Bad Dürkheim	1 885	1 040	211	20,3	706	67,9	32	8	5	1
Bad Bergzabern	940	582	238	40,9	464	79,7	18	7	10	11
Insgesamt	23 672	15 078	6 975	46,3	10 524	69,8	547	85	97	80
Nachrichtlich alle Gemeinden des Landes										
einschl. Heilbäder	115 213	65 386	19 816	30,3	42 374	64,8	5 067	350	499	121
ohne Heilbäder	91 541	50 308	12 841	25,5	31 850	63,3	4 520	265	402	41

1) Ohne Privatquartiere und gewerbliche Kleinbetriebe mit weniger als 9 Fremdenbetten. - 2) Ohne Wohneinheiten (Beherbergungseinheiten, die den Mindeststandard der Hotel-Dienstleistungen nicht erreichen). Dazu gehören Ferienhäuser, -wohnungen, Chalets, Studios, zur kurzfristigen Vermietung an Touristen bestimmte Wohnwagen, Zelte u. dgl. sowie Schlafsäle in Jugendherbergen, Hütten oder vergleichbare Einrichtungen.

Heilbäder 1988

	Kneippkurort
	Heilklimatisch Kurort
	Heilkurort
	Felkekurort
	Heilquellen-Kurbetrieb
	Kneippheilbäder



Anzahl der Übernachtungen

	-100 000		
	100 001- 200 000		500 001- 600 000
	200 001- 300 000		600 001- 700 000
	300 001- 400 000		700 001- 800 000
	400 001- 500 000		800 001- 900 000

zeichnete Bad Kreuznach im Jahre 1983 einen relativ starken Rückgang bei den Gästeübernachtungen.

Mit über 21 Touristen pro Einwohner liegt Manderscheid 1987 an der Spitze

Manderscheid, heilklimatischer Kurort im Fremdenverkehrsgebiet Eifel/Ahr, mit 1159 Einwohnern nur geringfügig größer als Bad Bertrich, erlebte von 1980 bis 1988 einen Gästezustrom von knapp 12%. Sinkende Übernachtungszahlen in den Jahren 1981 bis 1983 und seit 1987 weisen aber auf die im Durchschnitt immer kürzer werdenden Aufenthalte – 7,1 Tage 1988 gegenüber 8,7 Tagen 1980 – der Gäste. Über 21 Touristen mit 152 Fremdenübernachtungen fielen 1987 rein rechnerisch auf einen Manderscheider Bürger.

Von 1984 bis 1988 waren gute Jahre für Bad Neuenahr-Ahrweiler

Bad Neuenahr-Ahrweiler hatte 1988 bei 139 993 Gästen (+ 22 % seit 1980) 809 611 Übernachtungen (+ 4,8 % seit 1980). Mit 24 608 Einwohnern ist seit 1970 ein Bevölkerungszuwachs von 2,5 % zu verzeichnen. Sowohl bei den Gästen als auch bei den Übernachtungen 1988 und 1980 liegt der Heilkurort landesweit an der Spitze. Die stabile Aufwärtsentwicklung setzte 1984 wieder ein. Von 1980 bis 1983 war der Trend abwärts gerichtet.

Der Felkekurort Sobernheim floriert

Sobernheim, Felkekurort an der Nahe, kann mit + 76 % bei den Gästen und + 37 % bei den Übernachtungen eine sehr positive Entwicklung aufweisen. 1980 war sowohl bei der Gäste- (- 41 %) als auch bei der Übernachtungszahl (- 17 %) das schlechteste Jahr im Vergleichszeitraum. Auffallend ist ebenso die dynamische Entwicklung 1986, als mit 11 128 Gästen und 91 743 Übernachtungen gegenüber dem Vorjahr ein Aufwärtstrend von 33 % mehr Gästen und 18 % mehr Übernachtungen verbucht wurde. Dagegen hat Sobernheim 1987 (6 517) über 18 % weniger Einwohner als 1970.

Aufwärtsentwicklung der Gäste- und Übernachtungszahlen bei leicht rückläufiger Bevölkerungszahl in den Heilbädern

Die Übernachtungsrückgänge zu Beginn der 80er Jahre lassen sich zunächst auf das Kostendämpfungs- und das Haushaltsstrukturgesetz mit teilweise drastischen Kureinschränkungen zurückführen. Insgesamt weisen die Heilbäder für den Zeitraum 1980 bis 1988 leicht steigende Übernachtungszahlen (+ 1,7 %) auf. Von 4 851 632 im Jahre 1980 veränderte sich dieser Wert von 1988 auf 4 934 196. Die Übernachtungen können als der eigentliche Indikator für die fremdenverkehrswirtschaftliche Bedeutung und Perspektive eines Ortes angesehen werden.

Die stärker angestiegenen Gästezahlen um 9 % von 798 787 auf 870 409 lassen eine verstärkte Öffnung der

Heilbäder für den Urlaubs- und Tagungstourismus erkennen. Die mittlere Aufenthaltsdauer des Heilbadgastes verringerte sich landesweit von 6,1 (1980) auf 5,7 Tage (1988). Von 203 073 Einwohnern 1970 ging die Wohnbevölkerung in Heilbädern nach der Volkszählung 1987 um 0,3 % auf 202 405 Einwohner leicht zurück.

Ausländische Gäste und deren Übernachtungen

1988 verringerte sich die Zahl ausländischer Gäste (108 820) und ihrer Übernachtungen (314 456) gegenüber 1987 um 7,2 bzw. 4,2 %. Mit 2,9 Tagen im Jahre 1988 war die mittlere Aufenthaltsdauer ausländischer Gäste in Heilbädern relativ niedrig. Die Stadt Boppard nahm 1988 knapp 38 % aller ausländischen Gäste in rheinland-pfälzischen Heilbädern auf. Es folgen Lahnstein mit 15 % und Bad Neuenahr-Ahrweiler mit 10 %.

Mit einem Anteil von 41 % liegt in Boppard der Anteil ausländischer Gäste, gemessen an der Gesamtzahl der Gäste, ebenfalls weit vor dem entsprechenden Wert für Lahnstein (24 %). Auch ausländische Heilbadgäste verweilen in Bad Bertrich am längsten.

Bäderverband bietet spezifische Daten an

Um jedoch dem eigentlichen Kurtourismus mehr zu entsprechen, erfaßt beispielsweise die Bäderstatistik des Deutschen Bäderverbandes seit Jahren den Kurgast als besondere Gruppe der touristischen Nachfrage. Die Bäderstatistik berücksichtigt nur Gäste und ihre Übernachtungen, wenn mindestens vier Nächte im Kurort verbracht worden sind. Ausflügler und Touristen, die den Kurort nur zum Wochenende oder zu sonstigen Kurzreisen besuchen, werden nicht erfaßt. Diese Bäderstatistik wurde auf der medizinischen Erkenntnis aufgebaut, daß von kurzen Aufenthalten weder ein Gesundheits- noch ein nennenswerter Erholungseffekt zu erwarten ist. Das Kurmotiv steht also im Mittelpunkt der Erfassung von Gästen und ihren Übernachtungen. Dagegen erfaßt die amtliche Statistik alle an einem Kurort registrierten Ankünfte und Übernachtungen.

Untersuchungen der fremdenverkehrswirtschaftlichen Bedeutung mit Hilfe der amtlichen Statistik

Umfassende, langfristige und detaillierte Informationen sowie zahlreiche fremdenverkehrswirtschaftlich relevante Erkenntnisse werden von der amtlichen Fremdenverkehrs- und Beherbergungsstatistik zur Verfügung gestellt. So weisen sämtliche im Rheintal gelegenen Heilbäder (Boppard, Bad Breisig, Bad Hönningen, Lahnstein, Sinzig und Vallendar) von 1980 bis 1987 eine rückläufige Gästeentwicklung auf. Aufgrund der jetzt vorliegenden Daten für 1988 zeigt sich, daß lediglich Boppard und Sinzig diese Entwicklung durch stark angestiegene Gästezahlen im letzten Jahr umkehren konnten. Bei den Übernachtungen ergibt sich bis 1987 nur für Lahnstein ein Aufwärtstrend. Die Rheintal-Heilbäder registrierten 1988 insgesamt 242 743 Gäste, was gegenüber 1980 (268 452 Gäste) einen Rückgang um knapp 10 % bedeutet. Die Übernachtungen gingen um

Bedeutung und Entwicklung des Fremdenverkehrs der Heilbäder 1980 und 1988

Landkreis Heilbad Fremdenverkehrsgebiet	Gäste		Übernachtungen		Heilbäderanteil am Landkreis bzw. Fremdenverkehrsgebiet			
	1988	Ver- änderung zu 1980	1988	Ver- änderung zu 1980	Gäste		Übernachtungen	
	1980		1980		1980	1988	1980	1988
	Anzahl	%	Anzahl		%			
Südliche Weinstraße	217 251	39,0	944 094	12,2
Bad Bergzabern	41 018	14,4	303 517	6,8	22,9	18,9	33,8	32,1
Cochem-Zell	444 188	10,5	1 622 013	4,8
Bad Bertrich	21 001	- 19,3	350 056	- 7,1	6,5	4,7	24,4	21,6
Rhein-Hunsrück-Kreis	249 124	3,1	696 608	- 16,0
Boppard	101 302	0,1	287 534	- 24,2	41,9	40,7	45,7	41,3
Ahrweiler	327 922	3,1	1 340 262	- 5,1	46,6	50,7	68,4	69,8
Bad Breisig	21 192	- 25,6	98 453	- 34,9	9,0	6,5	10,7	7,3
Bad Neuenahr-Ahrweiler	139 993	22,0	809 611	4,8	36,1	42,7	54,7	60,4
Sinzig	5 034	3,6	26 830	- 37,3	1,5	1,5	3,0	2,0
Daun	269 162	33,0	1 493 060	23,2
Daun	60 114	16,9	306 450	3,7	25,4	22,3	24,4	20,5
Rhein-Lahn-Kreis	230 229	- 9,8	1 053 180	- 4,9	49,8	45,9	45,9	55,8
Diez	8 680	- 21,3	26 612	- 24,5	4,3	3,8	3,2	2,5
Bad Ems	31 725	- 26,5	369 425	6,9	16,9	13,8	31,2	35,1
Lahnstein	65 250	- 10,5	191 587	49,7	28,6	28,3	11,6	18,2
Bad Dürkheim	257 056	46,1	813 231	42,7
Bad Dürkheim	126 981	102,6	479 974	99,9	35,6	49,4	42,1	59,0
Neuwied	184 712	- 18,5	555 614	- 24,6	21,6	22,3	29,0	29,0
Bad Hönningen	26 580	- 3,8	106 161	- 5,9	12,2	14,4	15,3	19,1
Rengsdorf	14 565	- 31,9	54 810	- 45,7	9,4	7,9	13,7	9,9
Bad Kreuznach	180 545	4,8	1 264 970	- 4,6	69,4	70,4	84,7	86,5
Bad Kreuznach	75 093	3,4	514 252	- 13,8	42,2	41,6	45,0	40,7
Bad Münster am Stein-Eberburg	40 148	- 0,3	479 255	5,7	23,4	22,2	34,2	37,9
Sobernheim	11 843	76,2	100 263	37,2	3,9	6,6	5,5	7,9
Bitburg-Prüm	246 115	22,0	1 044 021	6,1
Kyllburg	7 618	80,3	37 045	- 1,8	2,1	3,1	3,8	3,5
Bernkastel-Wittlich	478 269	14,4	1 999 502	16,0
Manderscheid	24 520	11,5	175 244	- 8,8	5,3	5,1	11,1	8,8
Westerwaldkreis	191 044	35,0	726 222	14,9
Bad Marienberg (Ww.)	24 367	33,8	100 077	1,5	12,9	12,8	15,6	13,8
Mayen-Koblenz	296 831	4,2	798 860	- 9,3
Vallendar	23 385	- 29,8	117 040	- 13,3	11,7	7,9	15,3	14,7
Fremdenverkehrsgebiet								
Rheintal	782 050	- 7,3	2 039 588	- 10,6	31,8	31,0	41,6	40,6
Rheinhausen	473 009	13,7	957 222	10,1	-	-	-	-
Eifel/Ahr	977 358	17,8	4 317 100	7,8	23,2	23,8	32,4	30,8
Mosel/Saar	1 278 520	11,0	4 246 345	8,4	2,3	1,6	9,6	8,2
Hunsrück/Nahe/Glan	470 096	11,9	2 417 092	2,5	28,5	27,0	47,6	45,3
Westerwald/Lahn/Taunus	538 302	21,8	2 113 834	- 0,2	21,2	14,7	27,4	26,1
Pfalz	1 144 852	22,7	3 629 482	11,8	10,6	14,7	16,1	21,6
Insgesamt	5 664 187	12,5	19 720 663	4,9	15,9	15,4	25,8	25,0

13 % zurück. Damit war der Schrumpfungsprozeß in den Heilbädern des Rheintals bis 1988 sowohl bei den Gästen als auch bei den Übernachtungen gravierender als im Fremdenverkehrsgebiet Rheintal.

Dynamik in der Region Eifel/Ahr

Alle Heilbäder im Fremdenverkehrsgebiet Eifel/Ahr (Daun, Kyllburg, Manderscheid und Bad Neuenahr-Ahrweiler) zeigen von 1980 bis 1988 ein steigendes Gästeaufkommen: Die Wachstumsrate beträgt 21 % bei den Gästen. Bei den Übernachtungen weisen Manderscheid und Kyllburg einen Rückgang auf. Insgesamt erhöhte sich die Übernachtungszahl in den Eifel/Ahr-Heilbädern jedoch von 1298 338 auf 1328 350 (+ 2,3 %). Das Wachstum der Gästezahlen in den vier Heilbädern der Region war im Vergleichszeitraum höher als im Fremdenverkehrsgebiet insgesamt. Dagegen konnten diese Heilbäder nicht ganz mit den prosperierenden Übernachtungszahlen des gesamten Gebietes mithalten.

Hoher Heilbäderanteil an den Übernachtungen im Fremdenverkehrsgebiet Hunsrück/Nahe/Glan

In der Region Hunsrück/Nahe/Glan zeichnet sich für Bad Kreuznach und Sobernheim ein Gästezustrom ab. Für alle Heilbäder ergab sich 1988 gegenüber 1980 ein Plus an Gästen von 6,2 %. Bei den Übernachtungen verursachte der 14 %ige Rückgang in Bad Kreuznach die insgesamt rückläufige Tendenz (-2,6 %) in den Heilbädern an der Nahe. 48 % aller Übernachtungen der Region fielen 1980 auf diese Heilbäder. Bis 1988 sank dieser Anteil auf 45 %.

Die Heilbäder in Westerwald/Lahn/Taunus (Diez, Bad Ems, Bad Marienberg und Rengsdorf) leiden unter sinkenden Gäste- (-15 %) und Übernachtungszahlen (-5,1 %). Auffallend ist hierbei, daß der Fremdenverkehr 1988 in der gesamten Region 22 % mehr Gäste aufweist als noch 1980 und die Übernachtungszahlen lediglich um 0,2 % zurückgehen. Vom Gästeboom des Fremdenverkehrsgebietes können die Heilbäder also offenbar nicht profitieren. Lediglich Bad Marienberg konnte seine Gäste- und Übernachtungszahlen seit 1980 erhöhen. Mehr als 26 % der Übernachtungen des Fremdenverkehrsgebietes konnten 1988 den Heilbädern der Region zugeordnet werden.

Überdurchschnittliche Zuwächse kann wiederum der Tourismus in der Pfalz verbuchen. Derweil die Gäste- und Übernachtungszahlen (+23 % bzw. +12 %) in der Pfalz deutlich zulegen, können beide Heilbäder (Bad Bergzabern und Bad Dürkheim) zusammen sogar von 71 % mehr Gästen und 49 % mehr Übernachtungen berichten. An den Übernachtungen der Region haben diese Heilbäder 1988 bereits einen Anteil von 22 %.

Wechselseitige Abhängigkeiten zwischen Heilbädern und Umland

Zum einen ist Heilbädern eine relativ hohe Aufenthaltsdauer zueigen; sie weisen geringere saisonbe-

dingte Schwankungen auf als das Umland und übernehmen in einem Fremdenverkehrsgebiet oder Landkreis somit eine den Tourismus stabilisierende Funktion. Zum anderen kann aber auch die touristisch orientierte Infrastruktur einer interessanten Landschaft positive Wirkung auf ein nahes Heilbad nach sich ziehen. Eine sinkende mittlere Aufenthaltsdauer kann beispielsweise die Folge sein. Die eindeutig vorhandene Wechselwirkung zwischen allgemeinen touristischen Trends und dem Heilbädertourismus wird aber nicht zuletzt auch vom Heilbadtypus, das heißt von den für ein Heilbad typischen Heilanzeigen, Kurmitteln und Kuranwendungen sowie der davon abhängigen mittleren Aufenthaltsdauer eines Bades und dem Heilbäderanteil an den Übernachtungen einer Region determiniert.

Desweiteren muß der Größe eines Heilbades, der sozialen, kulturellen sowie ökonomischen Anziehungs- und Ausstrahlungskraft, den Verkehrsproblemen in Flußtälern respektive der Bedeutung eines Heilbades als bestehendes Unter- oder Mittelzentrum bzw. der Eignung zum Ausbau, der Situation, Perspektive und der besonderen Problematik einer Fremdenverkehrsregion, den Impulsen durch die Kurverwaltungen und nicht zuletzt den aktuellen gesetzlichen Rahmenbedingungen (Gesundheitsreformgesetz) Bedeutung beigemessen werden.

Einige Heilbäder weisen eine erstaunliche Eigendynamik auf, die je nach Bedeutung des einzelnen Bades initiiierend auf das Umland wirken kann. Aber auch Fremdenverkehrsregionen, Landkreise oder touristisch homogene Unterregionen weisen auf eigendynamische Prozesse hin und stellen ihrerseits für erreichbare Heilbäder ein Korrektiv dar.

Regionale Wirtschaftsförderung benötigt mehr räumliche Analysen

Auch die regionale Wirtschaftsförderung, die in Rheinland-Pfalz zahlreiche Aktionsprogramme umfaßt, zieht im Tourismus eine Wechselwirkung nach sich. Die EG-Kommission hat am 22. Dezember 1988 auch ein von der rheinland-pfälzischen Landesregierung vorgelegtes Regionalprogramm genehmigt. Zur Finanzierung dieses Programms werden aus dem Europäischen Regionalfonds für den Zeitraum 1988 bis 1991 rund 72 Mill. DM bereitgestellt. Neben EG-Mitteln sind für das neue Programm komplementäre Mittel des Bundes, des Landes, der Gemeinden und sonstiger öffentlicher Stellen in Höhe von 134 Mill. DM vorgesehen. Mit den Programmmitteln soll auch die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen in Fremdenverkehrsbetrieben und die Verbesserung der Fremdenverkehrsinfrastruktur gefördert werden.

Heilbäder und Landkreise im Vergleich

Der Landkreis Südliche Weinstraße steigerte von 1980 auf 1988 seine Gästezahlen um 39 % und seine Übernachtungszahlen um 12 %. Bad Bergzabern, einziges Heilbad des Landkreises, wuchs im Vergleich mit seinem übergeordneten Landkreis nur um gut 14 % bei

Ausländische Gäste und deren Übernachtungen in den Heilbädern 1988

Heilbad	Gäste			Übernachtungen			Mittlere Aufenthaltsdauer Tage
	insgesamt	Anteil an		insgesamt	Anteil an		
		Heilbädern	Gästen		Heilbädern	Übernachtg.	
	Anzahl	%		Anzahl	%		
Bad Bergzabern	1 154	1,1	2,8	3 381	1,1	1,1	2,9
Bad Bertrich	286	0,3	1,4	2 649	0,8	0,8	9,3
Boppard	41 277	37,9	40,7	91 280	29,0	31,7	2,2
Bad Breisig	2 823	2,6	13,3	5 899	1,9	6,0	2,1
Daun	8 411	7,7	14,0	50 627	16,1	16,5	6,0
Diez	886	0,8	10,2	1 497	0,5	5,6	1,7
Bad Dürkheim	7 316	6,7	5,8	13 080	4,2	2,7	1,8
Bad Ems	2 373	2,2	7,5	4 449	1,4	1,2	1,9
Bad Hönningen	1 055	1,0	4,0	4 704	1,5	4,4	4,5
Bad Kreuznach	7 933	7,3	10,6	22 140	7,1	4,3	2,8
Kyllburg	1 465	1,3	19,2	7 044	2,2	19,0	4,8
Lahnstein	15 915	14,6	24,4	54 896	17,5	28,7	3,4
Manderscheid	2 102	1,9	8,6	9 377	3,0	5,4	4,5
Bad Marienberg (Ww.)	936	0,9	3,8	3 646	1,2	3,6	3,9
Bad Münster am Stein-Ebernburg	599	0,5	1,5	2 024	0,6	0,4	3,4
Bad Neuenahr-Ahrweiler	11 282	10,4	8,1	26 232	8,3	3,2	2,3
Rengsdorf	642	0,6	4,4	2 246	0,7	4,1	3,5
Sinzig	391	0,4	7,8	678	0,2	2,5	1,7
Sobernheim	839	0,8	7,1	5 121	1,6	5,1	6,1
Vallendar	1 135	1,0	4,9	3 486	1,1	3,0	3,1
Insgesamt	108 820	100,0	12,5	314 456	100,0	6,4	2,9

den Gästen und um 6,8% bei den Übernachtungen. Ohne die Gäste- und Übernachtungszahlen Bad Bergzaberns, dessen Entwicklung zwar positiv verlief, würde der Landkreis Südliche Weinstraße folglich noch höhere Zuwachsraten bei den Gästen (+ 46%) und Übernachtungen (+ 15%) aufweisen.

Der Landkreis Cochem-Zell konnte sich sowohl bei den Gästen (+ 11%) als auch bei den Übernachtungen (+ 4,8%) fortentwickeln. Der Heilort Bad Bertrich, auch hier einziges Heilbad des Landkreises, zeigt dagegen eine ungünstige Tendenz. Nach Abzug seiner Heilbadgäste und -übernachtungen verzeichnet der Landkreis in seiner Bilanz bei den Gästen (+ 13%) und Übernachtungen ein Plus von 8,6%. Der Rhein-Hunsrück-Kreis könnte ohne Boppard die Rückgänge mildern. Der Heilbäderanteil an den Übernachtungen im Landkreis liegt 1988 für Bad Bergzabern bei gut 32%, für Bad Bertrich bei knapp 22% und für Boppard bei 41%.

Der Anteil der Bäder Bad Breisig, Bad Neuenahr-Ahrweiler und Sinzig an den Übernachtungen im Landkreis Ahrweiler lag 1980 bei über 68% und stieg bis 1988 auf 70%. Im gesamten Landkreis Ahrweiler entwickelten sich in diesem Zeitraum die Gäste- (+ 3,1%) und Übernachtungszahlen (- 5,1%) gegenläufig. Ohne die drei Heilbäder wäre ein Gästerückgang um 4,9% und bei den Übernachtungen sogar Einbußen von 9% aufgetreten.

Daun dominiert im Landkreis

Daun, anerkannt als Heilort, Kneippkurort und heilklimatischer Kurort, verbuchte 1988 jede fünfte Übernachtung (knapp 21%) des gesamten Landkreises. Eine um 33% steigende Gästezahl im Landkreis würde

sich ohne Heilbad auf + 38% erhöhen. Ein Plus von 23% bei den Übernachtungen im Landkreis könnte ohne Heilbad auf annähernd 30% steigen.

Der Anteil aller Heilbäder (Diez, Bad Ems, Lahnstein) an den Übernachtungen im Rhein-Lahn-Kreis erhöhte sich von 46% in 1980 auf 56% im Jahre 1988. In der Einzelbewertung liegt Bad Ems mit 35% aller Übernachtungen des Landkreises vor Lahnstein mit 18% und Diez mit 2,5%.

Das Heilbad Bad Dürkheim im gleichnamigen Landkreis kann aufgrund hoher Zuwachsraten auch die Tourismusentwicklung im gesamten Landkreis nachhaltig verbessern. Ohne den Heilort würden sich die Gästezahlen zwischen 1980 und 1988 nicht um 46% sondern lediglich um 15% erhöhen. Das Wachstum der Übernachtungszahlen um 43% würde ohne Bad Dürkheim auf + 1,1% zurückgeführt.

Große Dominanz der Heilbäder im Landkreis Bad Kreuznach

Dagegen können die Heilbäder des Landkreises Bad Kreuznach (Bad Kreuznach, Bad Münster am Stein-Ebernburg, Sobernheim) ihren Anteil an den Übernachtungen des Landkreises im selben Zeitraum auf über 86% erhöhen. 4,8% mehr Gäste und 4,6% weniger Übernachtungen im Landkreis Bad Kreuznach würden ohne die Heilbäder auf 1,5% mehr Gäste und 19% weniger Übernachtungen reduziert.

Mit einem Heilbäderanteil von 3,5% an den Übernachtungen des Landkreises Bitburg-Prüm im Jahre 1988 hat Kyllburg hingegen keinen bedeutenden Einfluß auf die positive Entwicklung im Raum Bitburg-Prüm. Der

Wohnbevölkerung und Fremdenverkehr in Heilbädern

Heilbad	Wohnbevölkerung		Meßzahlen			
	Volkszählung am 25. 5. 1987	Veränderung 1987 gegenüber VZ 1970	Gäste ¹⁾ je Einwohner		Übernachtungen ¹⁾ je Einwohner	
			1970	1987	1970	1980
	Anzahl	%	Anzahl			
Bad Bergzabern	6 405	18,8	2,8	6,4	22,0	46,3
Bad Bertrich	1 036	- 12,1	13,9	19,7	289,1	318,5
Boppard	15 356	- 2,0	3,9	6,3	14,2	19,2
Bad Breisig	6 908	28,3	5,6	3,1	25,6	14,6
Daun	7 358	11,0	3,1	10,2	21,7	41,5
Diez	8 985	- 14,5	0,6	0,9	1,7	2,7
Bad Dürkheim	16 476	- 0,9	2,7	7,5	12,1	29,3
Bad Ems	9 097	- 8,3	2,3	3,6	36,7	38,9
Bad Hönningen	5 454	- 4,8	4,5	4,9	19,3	19,6
Bad Kreuznach	38 942	- 7,6	1,1	1,9	9,9	13,0
Kyllburg	1 045	- 6,9	4,4	7,1	39,7	43,0
Lahnstein	17 827	- 9,5	0,9	3,4	2,1	10,1
Manderscheid	1 159	3,7	11,0	21,3	126,2	151,7
Bad Marienberg (Ww.)	5 077	10,4	2,6	3,8	20,1	17,2
Bad Münster am Stein-E.	3 570	- 2,2	6,7	11,6	93,7	135,3
Bad Neuenahr-Ahrweiler	24 608	2,5	4,1	5,4	37,0	32,1
Rengsdorf	2 255	- 1,6	7,1	5,6	46,9	24,1
Sinzig	14 840	22,5	0,6	0,3	4,8	1,9
Sobernheim	6 517	- 18,2	0,9	1,8	7,4	14,4
Vallendar	9 490	29,6	2,1	2,6	11,2	12,1
Insgesamt	202 405	- 0,3	2,5	4,2	19,8	24,0

1) 1970: Ohne Kinderheime und Jugendherbergen.

Heilbäderanteil Manderscheids an den Übernachtungen im Landkreis Bernkastel-Wittlich ist indessen bis 1988 auf 8,8 % zurückgegangen. Mit fast 14 % fällt 1988 etwa jede achte Übernachtung im Westerwaldkreis auf Bad Marienberg.

Konzentration des gestiegenen Bettenangebotes in Heilbädern auf immer weniger Betriebe

Die Anzahl der Beherbergungsbetriebe in Heilbädern nahm von 802 im Jahre 1980 auf 607 (- 24 %) im Jahre 1988 ab. Damit verringerte sich auch die durchschnittliche Zahl der Betriebe pro Heilbad von 40 auf 30. Im gleichen Zeitraum wurde jedoch das jährlich erfaßte Bettenangebot in Heilbädern von 30 918 auf 32 333 erhöht (+ 4,6 %). Von knapp 39 Betten pro Betrieb zu Beginn der 80er Jahre stieg die Zahl bis 1988 auf gut 53 Betten pro Betrieb. Die Bettenzahl pro Heilbad entwickelt sich entsprechend von 1 546 auf 1 617.

Darüber hinaus kann aber keinesfalls von einem Konzentrationsprozeß gesteigerter Bettenkapazitäten auf einige wenige Heilbäder gesprochen werden. Vielmehr verteilt sich die Bettenzahl 1988 gleichmäßiger auf die 20 Heilbäder des Landes als noch 1980.

Kapazität und Ausstattung der Heilbäder

Von den insgesamt 23 672 Betten in Gästezimmern entsprechend der Kapazitätserhebung am 1. Januar 1987 standen die meisten in Bad Neuenahr-Ahrweiler (4 115), Boppard (2 809) und Bad Kreuznach (2 294). In Bad Dürkheim war erst jedes fünfte Gästezimmer ein

Einzelzimmer. Dagegen lag der Einzelzimmeranteil in Bad Ems 1987 bei zwei Drittel aller Gästezimmer. Während alle rheinland-pfälzischen Gemeinden 30 % ihrer Gästezimmer als Einzelzimmer anboten, betrug dieser Anteil speziell in den Heilbädern 46 %.

Die Zimmerausstattung, gemessen am Anteil der Räume mit WC an allen Gästezimmern, war in Daun (92 %), Lahnstein (87 %), Bad Ems und Bad Bergzabern (jeweils ca. 80 %) am höchsten. Von den landesweit erfaßten 350 Betrieben mit Hallen- oder Freibad waren 85 in Heilbädern.

Fremdenverkehrsentwicklung der Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten

Diese Betriebsformen bieten als Anstalten und Einrichtungen des Gesundheitswesens heilbädertypische Dienstleistungen an und sind mehrheitlich in den Heilbädern angesiedelt.

Als Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten in Heilbädern werden 1988 noch 57 Betriebe erfaßt, die 6 771 Betten anbieten. Ein um 4,4 % gesteigertes Bettenangebot steht den von 1980 auf 1988 gestiegenen Übernachtungs- (+ 3,5 %) und Gästezahlen (+ 9,3 %) gegenüber. 1988 übernachteten hier 74 581 Gäste 2 000 125 mal. Die mittlere Aufenthaltsdauer in diesen Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten liegt damit bei 27 Tagen gegenüber knapp 29 im Jahre 1980. Ein Betrieb dieser Kategorie hatte 1988 durchschnittlich 119 Betten, 1980 erst 106 Betten.

Diplom-Ökonom Rainer Klein

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1986	1987		1988				1989	
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	3 612	3 631	3 635	3 635	3 635
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 901	1 992	1 264	1 857	816 ^p	1 569 ^p	1 227 ^p	2 090 ^p	694 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,3	6,6	4,3	6,1	2,7 ^p	5,1 ^p	4,1 ^p	6,8 ^p	2,3 ^p
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 098	3 148	2 834	2 938	2 852 ^p	3 184 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,3	10,5	9,6	9,6	9,3 ^p	10,4 ^p
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 601	3 501	3 489	3 769	3 155 ^p	3 521 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,0	11,6	11,8	12,3	10,3 ^p	11,5 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	27	29	33	25	24 ^p	23 ^p
* je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	8,8	9,1	10,7	7,9	7,8 ^p	6,9 ^p
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 503	- 353	- 655	- 831	- 303 ^p	- 337 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 1,7	- 1,2	- 2,2	- 2,7	- 1,0 ^p	- 1,1 ^p
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	6 416	6 478	5 909	6 359	6 261
* Fortgezogene	Anzahl	6 215	6 326	6 283	5 945	5 393
* Wanderungssaldo	Anzahl	202	152	- 374	414	868
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	10 379	10 036	11 344	10 610	8 832
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	119 432	116 602	107 306	120 631	132 453	100 104	103 014	110 541	118 807
* Männer	Anzahl	63 608	61 911	53 232	64 473	73 955	48 860	51 441	58 082	64 752
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	9 332	8 825	.	8 824	.	.	.	7 091	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	40 978	40 720	.	42 950	.	.	.	38 448	.
Arbeitslosenquote	%	8,3	8,1	7,5	8,4	9,2	6,8	7,0	7,5	8,1
Offene Stellen	Anzahl	7 144	8 317	7 589	6 879	7 541	9 278	8 627	8 047	8 985
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	.	.	.	335	.	.	.	453	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	.	.	.	2 094	.	.	.	2 748	.
Kurzarbeiter	Anzahl	11 261	11 005	8 045	8 661	17 099	4 980	5 454	5 979	10 458
Männer	Anzahl	8 689	8 803	5 671	7 165	14 497	2 855	3 306	4 327	8 822
Landwirtschaft										
Schlachtmengen⁶⁾										
	t	14 792	14 684	15 798	14 861	14 085	15 178	14 981	15 064	13 872
* Rinder	t	4 937	4 695	5 032	4 714	4 195	4 581	4 823	4 756	4 114
* Kälber	t	30	32	25	47	22	24	25	35	17
* Schweine	t	9 712	9 832	10 576	9 942	9 765	10 405	9 970	10 083	9 613
Milch										
* Milcherzeugung	1000 t	80	73	61	63	66	70	64	69	69
* an Molkereien geliefert	%	94,6	94,2	92,7	92,5	93,4	93,7	93,8	93,4	94,2
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 614	2 584	2 583	2 583	2 580	2 611	2 607	2 607	2 608
* Beschäftigte	1000	367	365	367	365	363	371	371	368	368
* Arbeiter ⁸⁾	1000	253	250	251	251	248	252	252	250	250
* Geleistete Arbeiterstunden	1000	35 393	34 730	36 260	32 486	34 114	35 625	35 767	32 620	35 459
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 307	1 357	1 621	1 621	1 265	1 355	1 764	1 946	1 349
* Löhne	Mill. DM	760	783	926	926	723	789	1 017	1 031	773
* Gehälter	Mill. DM	547	574	695	695	542	566	747	915	576
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 028	1 007	1 017	1 017	1 034	1 099	1 091	1 055	1 108
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 782	6 913	7 262	7 262	6 429	7 749	7 685	7 919	7 420
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 408	2 495	2 688	1 823	2 387	3 031	2 906	3 129	2 926

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 8) Einschl. gewerblich Auszubildender.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1986	1987		1988				1989	
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe										
insgesamt	1980 = 100	101	102	113	101	97	112	116	109	103
ohne Bauhauptgewerbe	1980 = 100	103	104	115	106	101	114	119	113	107
Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	102	103	114	104	99	113	117	111	104
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	107	110	118	102	106	120	121	112	113
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1980 = 100	85	76	90	60	54	98	89	72	61
Chemische Industrie	1980 = 100	117	123	129	119	119	130	135	127	128
* Investitionsgüter										
produzierendes Gewerbe	1980 = 100	98	95	107	110	87	105	106	119	92
Maschinenbau; Büro- maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1980 = 100	100	99	113	140	68	107	101	146	79
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1980 = 100	94	87	99	82	97	102	103	91	91
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	97	97	106	88	95	105	108	93	98
Herstellung von Schuhen	1980 = 100	82	74	72	56	83	69	66	51	73
* Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	1980 = 100	106	111	134	128	110	129	150	125	112
Bauhauptgewerbe	1980 = 100	87	87	98	70	65	99	96	74	73
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	452	690	1 309	1 216	1 298	436	422	440	470
Strombezug ¹⁾	Mill. kWh	2 294	2 053	1 548	1 663	1 627	2 478	2 567	2 514	2 605
Stromlieferungen ¹⁾	Mill. kWh	865	822	885	906	827	943	901	878	869
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 839	1 873	1 891	1 891	2 014	1 945	2 061	2 077	2 178
Gasverbrauch	Mill. m ³	338	386	457	500	472	370	467	496	555
Handwerk²⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	96	95	.	93
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	146	148	.	175
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	61 864	60 061	60 165	59 216	56 209	60 072	59 870	59 116	56 705
Facharbeiter	Anzahl	31 338	30 687	29 790	29 927	28 509	30 689	30 699	30 474	29 540
Fachwerker und Werker	Anzahl	15 347	15 097	16 541	15 448	13 937	15 474	15 282	14 814	13 596
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	7 109	6 993	7 559	5 638	4 914	7 650	7 067	5 732	5 890
Privater Bau	1000	4 371	4 234	4 618	3 507	3 338	4 680	4 439	3 626	3 874
* Wohnungsbau	1000	2 651	2 433	2 712	2 052	1 994	2 707	2 558	2 041	2 204
Landwirtschaftlicher Bau	1000	34	41	29	33	73	58	58	41	48
* Gewerblicher und industrieller Bau	1000	1 686	1 760	1 877	1 422	1 271	1 915	1 823	1 544	1 622
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1000	2 738	2 759	2 941	2 131	1 576	2 970	2 628	2 106	2 016
Hochbau	1000	670	608	571	495	439	682	626	513	544
Tiefbau	1000	2 068	2 151	2 370	1 636	1 137	2 288	2 002	1 593	1 472
Straßenbau	1000	1 134	1 271	1 338	928	598	1 266	1 071	835	732
Löhne und Gehälter	Mill. DM	176	174	230	185	142	189	237	186	160
* Löhne	Mill. DM	146	143	190	152	113	157	195	150	130
* Gehälter	Mill. DM	30	31	40	33	29	31	43	36	30
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	511	532	691	843	367	637	669	771	444

1) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1986	1987		1988				1989	
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	742	713	616	411	631	750	690	563	682
* mit 1 Wohnung	Anzahl	536	584	489	321	537	584	568	458	549
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	161	98	87	55	64	117	87	73	95
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	45	31	40	35	30	49	35	32	38
* Umbauter Raum	1000 m ³	720	669	603	435	573	722	650	507	662
* Wohnfläche	1000 m ²	119	109	100	72	93	118	107	85	110
Wohnräume	Anzahl	5 567	5 041	4 603	3 319	4 249	5 432	4 951	3 986	5 015
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	232	216	193	144	187	232	209	166	214
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	2	1	3	2	2	-	2	1	2
Unternehmen	Anzahl	120	115	109	54	160	146	168	131	135
Private Haushalte	Anzahl	621	597	504	355	469	604	520	431	545
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	165	160	199	143	134	180	175	130	141
* Umbauter Raum	1000 m ³	638	659	778	451	323	1 324	728	678	580
* Nutzfläche	1000 m ²	109	110	135	80	58	222	118	106	93
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	147	133	145	112	56	189	154	154	103
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	32	32	47	30	19	31	39	25	21
Unternehmen	Anzahl	127	125	149	112	114	142	135	102	116
Private Haushalte	Anzahl	5	3	3	1	1	7	1	3	4
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 308	1 108	1 001	775	963	1 219	1 152	969	1 168
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 443	2 484	2 624	2 579	2 309
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 300	1 371	1 455	1 297	1 317
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	196	209	218	175	177
Dänemark	Mill. DM	52	50	48	49	45
Frankreich	Mill. DM	326	337	320	337	332
Griechenland	Mill. DM	21	23	23	25	17
Großbritannien	Mill. DM	224	235	277	245	213
Irland	Mill. DM	9	8	9	7	7
Italien	Mill. DM	221	236	280	202	227
Niederlande	Mill. DM	175	183	167	164	248
Spanien	Mill. DM	63	74	97	74	83
Portugal	Mill. DM	13	16	16	19	13
USA und Kanada	Mill. DM	180	164	173	174	147
Japan	Mill. DM	51	48	50	49	33
Entwicklungsländer	Mill. DM	310	299	313	353	230
Staatshandelsländer	Mill. DM	120	118	117	162	91
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 441	1 464	1 431	1 508	1 208
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	857	882	844	883	701
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	174	164	140	169	121
Dänemark	Mill. DM	22	22	26	23	22
Frankreich	Mill. DM	204	200	188	210	176
Griechenland	Mill. DM	7	10	7	9	4
Großbritannien	Mill. DM	75	83	78	72	82
Irland	Mill. DM	5	3	3	3	4
Italien	Mill. DM	140	146	155	138	105
Niederlande	Mill. DM	182	205	195	195	144
Spanien	Mill. DM	39	40	46	54	34
Portugal	Mill. DM	8	9	7	8	8
USA und Kanada	Mill. DM	87	82	81	100	65
Japan	Mill. DM	69	83	79	84	98
Entwicklungsländer	Mill. DM	184	172	172	187	151
Staatshandelsländer	Mill. DM	46	45	42	60	30

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1986	1987		1988				1989	
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	100	101	101	102	100	102	102	103	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	100	103	110	132	90	109	116	136	...
Großhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	100
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	100
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1986 = 100	100	101	99	96	93	106	102	97	...
Teilbeschäftigte	1986 = 100	100	104	104	101	98	113	108	101	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	100	99	92	92	78	129	96	99	...
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	100	100	91	91	72	152	98	91	...
Gaststättengewerbe	1986 = 100	100	98	93	93	82	115	94	105	...
Fremdenverkehr in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1000	437	453	347	236	196	851	374	249	...
* Ausländer	1000	105	108	60	41	32	147	60	44	...
* Fremdenübernachtungen	1000	1 565	1 607	1 056	895	720	2 467	1 115	940	...
* Ausländer	1000	342	355	169	145	101	415	156	150	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1000 t	1 533	1 520	1 505	1 427	1 409	1 586	1 417	1 562	...
* Güterversand	1000 t	944	950	1 106	906	898	967	972	957	...
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 402	15 420	13 579	14 735	10 388	13 516	12 648	12 845	12 131
Krafträder	Anzahl	518	499	68	65	111	119	67	70	136
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	14 067	14 048	12 776	13 882	9 563	12 505	11 743	12 013	11 052
* Lastkraftwagen	Anzahl	512	579	524	476	518	634	615	511	649
Zugmaschinen	Anzahl	209	218	126	223	137	184	125	154	175
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 657	1 617	1 582	1 395	1 378	1 765	1 434	1 505 ^P	1 276 ^P
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 697	8 991	9 644	9 411	8 490	10 142	9 726	9 769 ^P	8 100 ^P
Verunglückte Personen	Anzahl	2 230	2 177	2 090	1 929	1 871	2 431	1 921	2 053 ^P	1 724 ^P
* Getötete	Anzahl	48	42	33	45	40	39	32	47 ^P	38
Pkw-Insassen	Anzahl	28	22	15	26	26	24	21	30 ^P	20
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	8	7	1	1	-	2	1	-	2
Radfahrer	Anzahl	3	3	3	2	1	1	4	2 ^P	2
Fußgänger	Anzahl	8	8	13	15	13	11	6	13 ^P	14
Schwerverletzte	Anzahl	658	617	609	594	513	681	498	561 ^P	460 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	340	342	368	400	347	391	326
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	149	118	81	48	31	107	49
Radfahrer	Anzahl	62	55	34	22	19	53	36
Fußgänger	Anzahl	86	83	106	100	101	101	72
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	82	80	79	84	70	79	66	77	39
Angemeldete Forderungen	1000 DM	51 034	45 767	67 904	58 077	28 698	24 821	37 492	36 344	19 656
* Vergleichsverfahren	Anzahl	-	0	-	-	-	-	-	-	1
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	699	587	567	542	474	480	557	457	1 020
* Wechselsumme	1000 DM	5 812	4 146	4 240	4 033	4 161	4 039	4 861	4 206	3 217

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1986		1987		1988				1989
		Monatsdurchschnitt		November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	82 106	84 531	84 234	84 531	84 555	86 958	87 590	88 447	88 377
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	80 239	82 443	82 232	82 443	82 498	84 844	85 430	86 207	86 096
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	14 794	14 189	14 225	14 189	14 177	14 125	14 380	14 555	14 318
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	14 343	13 909	13 747	13 909	13 858	13 926	13 912	14 355	14 017
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	451	280	478	280	319	199	468	200	301
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 811	7 135	7 068	7 135	6 965	6 761	6 781	7 034	6 819
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	6 624	6 235	6 196	6 235	6 053	5 987	5 949	5 962	5 875
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 187	900	889	900	912	774	832	1 072	944
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	57 634	61 119	60 921	61 119	61 355	63 958	64 269	64 618	64 959
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	47 201	50 266	49 991	50 266	50 400	52 950	53 206	53 599	53 959
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	10 434	10 853	10 930	10 853	10 956	11 008	11 064	11 019	10 999
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	74 877	79 944	78 897	79 944	79 565	81 573	83 309	84 034	83 288
* Sichteinlagen	Mill. DM	10 448	11 013	12 168	11 012	10 560	11 504	12 884	12 306	11 650
* Termineinlagen	Mill. DM	26 136	28 315	27 614	28 315	28 244	29 504	29 845	29 897	30 206
* Spareinlagen	Mill. DM	38 293	40 617	39 115	40 617	40 761	40 566	40 580	41 830	41 431
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	1 846	1 847	1 637	3 310	2 553	1 853	1 746	3 479	2 724
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 635	1 657	1 498	1 808	2 432	1 837	1 732	2 229	3 223
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	1000 DM	1 350 174	1 455 533	1 562 773	2 422 154	1 456 576	1 083 180	1 532 874	2 557 959	1 375 566
* Steuern vom Einkommen	1000 DM	975 488	1 013 291	1 049 838	1 943 623	947 692	587 188	1 036 780	2 078 418	855 448
* Lohnsteuer	1000 DM	676 863	710 348	969 476	908 741	852 537	597 190	986 985	925 340	880 558
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	1000 DM	123 189	128 269	402 283	-	-	-	410 030	-	-
* Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	123 887	123 070	- 32 420	606 409	59 987	- 20 824	- 6 832	505 225	- 53 480
* Kapitalertragsteuer	1000 DM	27 068	29 130	10 299	12 676	36 052	14 451	8 961	13 233	28 061
* Körperschaftsteuer	1000 DM	147 670	150 743	102 483	415 797	- 884	- 3 629	47 666	634 620	309
Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	1000 DM	42 721	33 271	101 560	-	-	-	49 079	-	-
* Steuern vom Umsatz	1000 DM	374 686	442 243	512 935	478 531	508 884	495 992	496 094	479 541	520 118
* Umsatzsteuer	1000 DM	226 169	296 547	351 611	328 332	366 252	332 612	327 465	285 228	368 892
* Einfuhrumsatzsteuer	1000 DM	148 517	145 696	161 324	150 199	142 632	163 380	168 629	194 313	151 226
* Bundessteuern	1000 DM	128 372	131 998	123 188	257 703	53 124	122 398	122 873	246 871	55 650
* Zölle	1000 DM	10 164	10 975	12 404	11 580	10 968	16 514	15 018	18 644	15 455
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1000 DM	114 805	117 493	106 850	242 406	39 647	101 607	104 791	224 571	36 610
* Landessteuern	1000 DM	87 446	86 069	107 708	66 629	78 519	68 131	106 608	73 201	92 959
* Vermögensteuer	1000 DM	14 509	17 520	47 211	5 891	4 622	3 244	49 423	2 851	19 144
* Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	48 972	43 680	34 957	30 627	40 891	41 214	32 830	32 526	46 126
* Biersteuer	1000 DM	6 142	6 164	6 045	5 853	6 969	6 181	5 816	6 026	6 691

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute, ohne Landeszentralbank, Kreditgenossenschaften sowie Postgiro- und Postsparkassenämter; ohne durchlaufende Kredite. - 2) Einschl. Zinsgutschriften.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1986	1987		1988				1989	
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
* Gemeindesteuern ¹⁾	1000 DM	507 992	504 330	.	489 182	.	.	.	621 357	.
* Grundsteuer A	1000 DM	7 970	8 139	.	6 856	.	.	.	7 426	.
* Grundsteuer B	1000 DM	92 789	93 871	.	81 597	.	.	.	93 566	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1000 DM	357 652	353 821	.	353 084	.	.	.	473 226	.
Gründerwerbsteuer	1000 DM	36 489	35 193	.	35 839	.	.	.	34 814	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1000 DM	809 251	872 582	911 706	1454 109	787 874	726 730	890 643	1522 057	760 973
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1000 DM	427 688	444 139	454 639	858 176	405 407	250 367	444 880	931 918	365 693
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1000 DM	243 552	287 463	333 414	311 052	330 781	322 400	322 466	311 707	338 082
* Steuereinnahmen des Landes	1000 DM	698 834	746 669	800 774	1165 183	750 218	588 682	808 234	1161 085	707 636
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1000 DM	425 346	441 524	453 593	857 166	404 529	246 976	443 311	930 215	364 295
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1000 DM	176 403	210 094	239 008	214 210	268 608	242 010	257 891	126 108	248 834
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	1000 DM	814 965	826 186	.	885 609	.	.	.	999 168	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ²⁾	1000 DM	304 361	300 720	.	300 570	.	.	.	403 018	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1000 DM	360 265	374 957	.	448 940	.	.	.	448 019	.
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1980 = 100	120,7	121,0	121,1	121,3	121,5	122,7	123,0	123,3	124,6
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	117,6	117,0	115,8	116,2	116,6	116,7	117,4	117,7	118,3
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk ³⁾	1980 = 100	116,2	118,6	119,2	.	.	.	122,3	.	.
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	16,72	17,48	.	.	17,81	18,38
* Männliche Arbeiter	DM	17,57	18,34	.	.	18,74	19,28
* Facharbeiter	DM	18,46	19,27	.	.	19,67	20,29
Angelernte Arbeiter	DM	16,87	17,58	.	.	17,97	18,44
Hilfsarbeiter	DM	14,93	15,55	.	.	15,83	16,60
* Weibliche Arbeiter	DM	12,48	12,95	.	.	13,12	13,51
* Hilfsarbeiter	DM	12,21	12,72	.	.	12,96	13,42
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	40,7	40,6	.	.	40,5	40,9
Männliche Arbeiter	Std.	41,0	40,9	.	.	40,7	41,3
Weibliche Arbeiter	Std.	39,2	39,0	.	.	39,2	38,9
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 219	4 368	.	.	4 456	4 609
Kaufmännische Angestellte	DM	3 776	3 907	.	.	3 992	4 133
* männlich	DM	4 495	4 651	.	.	4 757	4 925
* weiblich	DM	2 946	3 053	.	.	3 108	3 229
Technische Angestellte	DM	4 609	4 772	.	.	4 860	5 010
* männlich	DM	4 714	4 883	.	.	4 972	5 126
* weiblich	DM	3 277	3 399	.	.	3 483	3 621
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	2 868	3 008	.	.	3 037	3 137
Kaufmännische Angestellte	DM	2 858	2 997	.	.	3 020	3 118
* männlich	DM	3 452	3 596	.	.	3 627	3 738
* weiblich	DM	2 373	2 487	.	.	2 512	2 590

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - 3) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1986	1987				1988			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1000	61 066	61 185 ^P	61 284 ^P	61 295 ^P	61 315 ^P
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	31 001	31 880	34 574	22 437	32 069	45 821 ^P	30 289 ^P	22 575 ^P	...
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	52 164	53 501	53 079	49 562	51 685	59 820 ^P	55 025 ^P	53 579 ^P	...
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	58 491	57 285	57 858	57 024	61 502	53 814 ^P	57 269 ^P	58 739 ^P	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 6 327	- 3 784	- 4 779	- 7 462	- 9 817	6 006 ^P	- 2 244 ^P	- 5 160 ^P	...
Arbeitslose	1000	2 228	2 229	2 093	2 133	2 308	2 100	2 074	2 091	2 190
Männer	1000	1 200	1 207	1 072	1 107	1 256	1 074	1 058	1 083	1 180
Arbeitslosenquote	%	9,0	8,9	8,3	8,5	9,2	8,1	8,0	8,1	8,5
Offene Stellen	1000	154	171	171	157	148	204	196	185	179
Kurzarbeiter	1000	197	278	289	205	218	155	98	94	108
Männer	1000	164	231	235	152	174	130	70	68	86
Produzierendes Gewerbe⁴⁾										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1985 = 100	105	103	115	111	102	113	118	115	107
ohne Baugewerbe	1985 = 100	107	102	114	110	103	112	117	115	108
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1985 = 100	107	102	114	110	102	113	118	114	107
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1985 = 100	99	99	107	103	91	110	114	109	99
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	118	105	117	114	112	118	121	119	117
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	97	103	118	110	93	117	119	113	98
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1985 = 100	105	100	119	114	97	105	117	117	99
Baugewerbe	1985 = 100	87	106	139	123	85	130	136	115	86
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1000	7 063	7 054	7 078	7 066	7 023	7 109	7 085	7 082	7 046
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	663	645	701	670	608	672	670	672	615
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	122 358	123 074	133 418	130 814	130 923	142 993	136 791	139 180	140 642
Auslandsumsatz	Mill. DM	36 359	36 518	39 509	39 202	40 151	43 787	41 750	42 055	44 213
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	28 814	29 549	30 678	32 285	33 587	29 170
Gaserzeugung	Mill. m ³	2 676	2 790	2 652	2 402	2 757	2 283	2 533	2 947	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1000	1 003	985	1 013	1 004	985	989 ^P	997	990	973
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	107	103	132	118	86	125 ^P	122	111	86
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 711	8 841	11 488	11 394	12 790	10 847 ^P	11 177	11 458	12 947
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	9 668	9 121	9 495	8 228	6 506
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	9 022	8 568	8 873	7 645	5 937
Wohnfläche	1000 m ²	1 583	1 450	1 529	1 310	1 107
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 517	2 536	2 900	2 673	2 092
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	18 264	15 897	16 877	14 542	12 832
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	100,0	104,0	113,0	113,1	135,2	106,0	110,2 ^P	118,8 ^P	...
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	100,0	102,3	112,6	94,8	99,2	116,2	116,7 ^P

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1986	1987				1988			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	43 864	43 918	48 780	45 702	48 480	47 520
EG-Länder insgesamt ¹⁾	Mill. DM	22 286	23 123	26 210	24 087	24 127	26 098
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	3 098	3 240	3 649	3 231	3 408	3 624
Frankreich	Mill. DM	5 194	5 301	5 881	5 321	5 469	6 062
Großbritannien	Mill. DM	3 716	3 845	4 385	4 154	4 056	4 445
Italien	Mill. DM	3 573	3 838	4 535	4 129	3 913	4 428
Niederlande	Mill. DM	3 788	3 841	4 223	4 023	4 000	4 159
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	34 517	34 123	38 674	34 710	34 489	36 231
EG-Länder insgesamt ¹⁾	Mill. DM	18 023	17 955	20 400	18 421	18 676	18 311
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	2 455	2 427	2 884	2 382	2 448	2 729
Frankreich	Mill. DM	3 924	3 958	4 549	4 038	4 193	3 916
Großbritannien	Mill. DM	2 481	2 434	2 633	2 438	2 522	2 563
Italien	Mill. DM	3 175	3 267	3 788	3 469	3 210	3 140
Niederlande	Mill. DM	3 984	3 746	4 130	3 817	3 845	3 821
Geld und Kredit²⁾										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	2 069 ^r	2 145	2 122	2 130	2 145	2 227	2 235	2 255	2 277 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 592 ^r	1 643	1 628	1 629	1 643	1 695	1 698	1 707	1 733 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	478 ^r	502	494	501	502	532	537	548	543 ^P
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	1 481 ^r	1 583	1 519	1 548	1 583	1 614	1 621	1 647 ^r	1 679 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	670 ^r	707	682	684	707	709	710	710	728 ^P
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	28 196	29 448	23 782	23 814	53 596	40 086	24 570	24 768	55 071
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	18 545	19 171	13 038	12 795	41 493	30 526	13 326	13 488	42 939
Lohnsteuer	Mill. DM	12 686	13 681	13 089	13 089	23 062	13 269	13 303	13 257	23 002
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 490	2 558	- 313	- 436	10 391	9 235	- 194	- 419	10 864
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	9 262	9 900	9 894	10 741	10 985	9 560	10 307	10 993	10 922
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 882	5 615	5 391	6 126	6 195	5 129	5 382	5 912	5 774
Bundessteuern	Mill. DM	4 696	4 772	4 755	4 939	8 941	4 806	5 020	5 036	9 028
Zölle	Mill. DM	437	462	504	490	525	513	588	531	558
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 910	3 964	4 003	4 127	8 175	4 039	4 177	4 177	8 233
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1980 = 100	108,4	103,9	102,9	103,0	103,4	105,6	105,8	106,1	106,9
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1980 = 100	97,2	93,9	94,2	95,2	96,3	95,5	96,2	97,7	99,3 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ³⁾	1985 = 100	97,5	95,1	95,4	95,4	95,4	96,7	96,8	97,0	97,2
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1980 = 100	116,8	119,2	.	119,8	.	.	.	122,9	.
Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1980 = 100	116,2	118,6	.	119,2	.	.	.	122,3	.
Preisindex für den Straßenbau	1980 = 100	104,8	105,8	.	106,2	.	.	.	107,3	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1980 = 100	120,7	121,0	121,1	121,1	121,3	122,6	122,7	123,0	123,3
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	117,6	117,0	115,8	115,8	116,2	116,6	116,7	117,4	117,7
Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	120,6	122,2	122,8	122,8	122,9	124,0	124,2	124,3	124,3
Wohnungsmieten	1980 = 100	126,4	128,7	129,3	129,4	129,6	133,0	133,5	133,9	134,1
Energie (ohne Kraftstoffe)	1980 = 100	116,4	106,1	106,1	105,2	105,0	102,2	101,2	101,4	102,7
Übriges für die Haushaltsführung	1980 = 100	119,1	120,5	120,9	120,9	121,0	122,2	122,3	122,5	122,5
Güter für										
Gesundheits- und Körperpflege	1980 = 100	121,5	122,8	123,2	123,3	123,4	125,1	125,6	125,8	126,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1980 = 100	118,3	119,5	119,9	119,9	120,0	122,2	122,0	122,2	122,5
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1980 = 100	117,8	119,1	118,7	119,3	119,8	119,7	120,1	120,5	120,8
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1980 = 100	130,1	132,6	134,1	134,1	134,3	137,5	137,5	137,7	138,1

1) Nach dem Stand vom 1.1.1986. – 2) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 4) Ohne Baunebenleistungen.

**Einzelhandel und Gastgewerbe:
Deutlicher Trend zur Teilzeitbeschäftigung**

Im November 1988 erzielten die rheinland-pfälzischen Einzelhandelsgeschäfte 4,9% höhere Umsätze als im November 1987. Die Umsätze im Gastgewerbe stiegen um 3,1%.

Von Januar bis November 1988 registrierte der Einzelhandel gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum ein Umsatzwachstum von 4,1%. Tabakwaren (+12%) und Einrichtungsgegenstände (+11%) konnten die höchsten Zuwächse melden. Das Gastgewerbe steigerte seine Umsätze um 2%. Hotels verbuchten hier mit +7,7% das höchste Umsatzwachstum.

Während die Zahl der Vollzeitbeschäftigten von Januar bis November 1988 um 1,9% zurückging, trug die zunehmende Bedeutung der Teilzeitbeschäftigung (+7,9%) gegenüber dem gleichen Zeitraum 1987 zur insgesamt verbesserten Beschäftigungssituation im Einzelhandel (+1,6%) bei. Auch im Gastgewerbe werden die Möglichkeiten flexibler Arbeitszeitgestaltung sichtbar: 4,9% mehr Teilzeitbeschäftigte und 0,7% weniger Vollzeitbeschäftigte verdeutlichen diesen Trend. kl

**Neuer Rekord bei den Gewerbeanmeldungen:
+ 10 %**

Zu einem wahren Boom kam es im ersten Halbjahr 1988 bei den Gewerbeanmeldungen. Rund 13 600 Gewerbe wurden bei den Ordnungsämtern angemeldet. Das sind 9,9% mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Noch höher lag die Quote bei den Neugründungen mit 11,1%. Wurden in den ersten sechs Monaten des Jahres 1987 noch 8 900 Existenzgründungen registriert, waren es im Vergleichszeitraum 1988 bereits 10 000 mehr. Den 13 600 Anmeldungen stehen 10 550 Abmeldungen (+9,2%) gegenüber, so daß sich ein positiver Saldo von gut 3 000 ergibt.

In der Unterscheidung nach Wirtschaftszweigen liegt der Handel mit einem Anteil von 36% bei den Neugründungen knapp vor den Dienstleistungen (34%). Jede zehnte Geschäftseröffnung betraf das Versicherungsgewerbe. hw

**Wohnungsbau 1988 stark belebt – 20 % Plus bei
Geschoßwohnungen**

Im Jahre 1988 wurde in Rheinland-Pfalz der Bau von 14 614 Wohnungen genehmigt. Das sind knapp 10% mehr als im Vorjahr. Geplant sind im einzelnen 7 550 Ein-

familienhäuser (+7,7%), 2 500 Wohnungen in Zweifamilienhäusern (+6,5%) und 2 911 in Geschoßbauten (+20%). Im Zuge von Um-, Aus- und Erweiterungsbaumaßnahmen sind weitere 1 411 Wohnungen (+10,2%) geplant.

Ein Einfamilienhaus kalkulierte der Bauherr im Durchschnitt mit 267 000 DM, ein Zweifamilienhaus mit 368 000 DM, jeweils ohne Berücksichtigung von Grundstücks- und Erschließungskosten. In Mehrfamilienhäusern (ohne Wohnheime) wurde eine Neubauwohnung bei einer mittleren Wohnfläche von 71 m² mit rund 119 000 DM veranschlagt. ju

Jeder 20. Haushalt bezieht Wohngeld

Die kreisfreie Stadt Trier hat mit 10,9% den höchsten Anteil von Wohngeldempfängern in Rheinland-Pfalz, der Landkreis Ludwigshafen mit 1,5% den niedrigsten. Ende 1988 bezogen in Rheinland-Pfalz 73 080 Haushalte Wohngeld. Das sind 2 555 oder 3,4% weniger als ein Jahr zuvor. Damit beziehen fast 5% aller rheinland-pfälzischen Haushalte (nach dem Stand der Volkszählung vom 25. Mai 1987) Wohngeld. Der Anteil der Wohngeldhaushalte unterscheidet sich zwischen Bewohnern der kreisfreien Städte und der Landkreise mit 6,6 bzw. 4,2% deutlich.

Im vierten Quartal 1988 wurden in Rheinland-Pfalz 30 172 Wohngeldanträge bewilligt. Mehr als zwei Drittel davon waren Wiederholungsanträge, knapp drei Zehntel Erstanträge, und in 2,3% der Fälle handelte es sich um Erhöhungen. Insgesamt wurden fast 39 Mill. DM gezahlt, wovon 89% auf Miet- und 11% auf Lastenzuschüsse entfielen. Der monatliche Wohngeldanspruch ist im Landesdurchschnitt um eine DM auf 136 DM gestiegen. ju

**Zunahme der Gäste und Übernachtungen in
den Heilbädern**

Zwischen 1980 und 1988 weisen die rheinland-pfälzischen Heilbäder leicht steigende Übernachtungszahlen auf. Sie nahmen von 4 852 000 um 1,7% auf 4 934 000 zu.

Der stärkere Anstieg der Gästezahlen (+9%) läßt eine Öffnung der Heilbäder für den Urlaubs- und Tagungstourismus erkennen. Die meisten Gäste und Übernachtungen meldet nach wie vor Bad Neuenahr-Ahrweiler. Einen ausgesprochenen Boom erlebte der Heilkurort Bad Dürkheim, wo sich die Gäste und Übernachtungszahlen seit 1980 verdoppelt haben. kl

Mehr über dieses Thema auf Seite 64

Saisonüblicher Rückgang des Fremdenverkehrs

Im November 1988 war die Zahl der Gäste und Übernachtungen in den rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetrieben saisonbedingt nur noch halb so hoch wie im Oktober. Im Vergleich zu November 1987 nahm der Fremdenverkehr jedoch um 7,8 bzw. 5,6% zu. Es wurden 374 000 Besucher gezählt mit durchschnittlich drei Übernachtungen. Insgesamt handelt es sich um 1 115 000 Übernachtungen.

Innerhalb der einzelnen Regionen verlief die Fremdenverkehrsentwicklung unterschiedlich. Für das Rheintal und für Rheinhessen wurden hohe Plusraten zwischen 11 und 15% errechnet. Auch in den Gebieten Westerwald/Lahn/Taunus, Hunsrück/Nahe/Glan, Eifel/Ahr sowie Pfalz wurde der Stand des Vorjahresmonats, wenn auch nicht in diesem Maße, übertroffen. Dagegen berichteten die Fremdenverkehrsbetriebe an Mosel und Saar von einem leichten Rückgang der Übernachtungszahl um 1,8%.

Von Januar bis November 1988 war für 5,4 Mill. Gäste Rheinland-Pfalz das Reiseziel. Das sind 4,2% mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres 1987. Es kamen mehr Deutsche, aber weniger Ausländer. Da die Besucher durchschnittlich zwischen drei und vier Tagen blieben, wurde eine Übernachtungszahl von 18,8 Mill. errechnet, was einer Zunahme von 2,2% entspricht. sr

Gasthäuser beliebtes Urlaubsziel in der Hauptsaison

In den Monaten April bis Oktober 1988 wurden im rheinland-pfälzischen Fremdenverkehr rund 4,3 Mill. Gäste und 15 Mill. Übernachtungen ermittelt. Das sind 3,9 bzw. 1,3% mehr als in der Sommersaison 1987.

Zu den bevorzugten Reisegebieten gehörten die Regionen Mosel/Saar sowie Eifel/Ahr, in denen fast 50% aller Übernachtungen gezählt wurden. Zugenommen in der Gunst der Reisenden haben die Gasthäuser: Mit gut 950 000 Übernachtungen errechnete sich hier eine Steigerungsrate von 18%, während die Übernachtungszahlen in den Hotels stagnierten und bei Hotels garnis, Sanatorien und den Ferienzentren und -häusern sogar rückläufig waren. Eine negative Tendenz war auch bei den Urlaubern aus dem Ausland zu beobachten. Mit etwa 1,1 Mill. Gästen (-0,2%) wurde das Ergebnis des Vorjahres knapp unterschritten. Die Übernachtungen gingen um 1% auf 3,5 Mill. zurück. el

Personenkraftwagen-Bestand hat 1988 um 2,7% zugenommen

Der rheinland-pfälzische Personenkraftwagen-Bestand belief sich am 1. Januar 1989 auf 1 808 186 Fahrzeuge und erhöhte sich gegenüber dem Vorjahreswert um 2,7%. Bundesweit nahm der Bestand um 3,2% auf 29 190 322 Personenkraftwagen zu. Der Bestand an schadstoffreduzierten Automobilen expandierte in Rheinland-Pfalz von 35 313 am Jahresanfang 1986 auf 560 798 Fahrzeuge am Jahresbeginn 1989 um fast das 16fache.

Nach Untersuchungen, die auf Auszählungen des Kraftfahrt-Bundesamtes in Flensburg beruhen, erhöhte sich hierbei der Anteil der Ottomotoren (Benzin) in schadstoffreduzierten Autos von knapp 29% zum Jahresanfang 1986 auf über 62% zu Beginn 1989. Schadstoffreduzierte Fahrzeuge werden aufgrund der Angaben in den Meldungen der Zulassungsstellen nach Schadstoffgruppen und -stufen aufgegliedert.

Während 1986 noch jeder 46. Personenkraftwagen (2,2%) schadstoffreduziert war, zählte zu Beginn des Jahres 1989 nahezu jeder 3. Personenkraftwagen (31%) zu den schadstoffarmen und bedingt schadstoffarmen Versionen. Der US-Norm entsprechende Modelle steigerten ihren Anteil am Gesamtbestand von 0,5% am 1. Januar 1986 auf 7,7% am 1. Januar 1989. Die Europa-Norm wurde 1986 dagegen von 1,2% und 1989 von über 10% aller Wagen erreicht.

Jeder vierte schadstoffreduzierte Personenkraftwagen entspricht heute bereits der US-Norm. Der Europa-Norm wurde 1986 noch gut jeder zweite schadstoffreduzierte Personenkraftwagen gerecht (53,5%), 1989 jedoch nur noch knapp jeder Dritte (32,5%). Die Schadstoffstufe C wurde am 1. Januar 1989 bereits von knapp 24% der schadstoffreduzierten Automobile erreicht.

Von den 159 437 neuzugelassenen Personenkraftwagen im Jahre 1988 erfüllten über 34% (54 618) die US-Norm, wobei fast 30% (47 621) alleine von Fahrzeugen mit Ottomotoren gestellt wurden und nur 4,4% (6 987 Personenkraftwagen) durch Dieselmotoren. Über 93% aller Personenkraftwagen-Neuzulassungen waren schadstoffarm und bedingt schadstoffarm.

Rheinland-Pfalz erhöhte seinen Anteil an allen schadstoffreduzierten Personenkraftwagen des Bundesgebietes von 5,4% am 1. Januar 1986 auf 5,9% am 1. Januar 1989. Bundesweit erfüllen 27% aller schadstoffreduzierten Personenkraftwagen die strengere US-Norm. Der Dieselmotor verliert in den umweltfreundlicheren Fahrzeugen an Bedeutung. kl

Unfallbilanz 1988: Knapp 500 Getötete und 27 000 Verletzte im Straßenverkehr

Nach vorläufigen Ergebnissen wurden in Rheinland-Pfalz im abgelaufenen Kalenderjahr 498 Menschen bei Straßenverkehrsunfällen getötet und 26 838 verletzt, davon 7 689 schwer. Gegenüber 1987 ist die Zahl der Getöteten leicht zurückgegangen (-0,6%), die der Schwer- und Leichtverletzten um 3,9 bzw. 5,1 % gestiegen.

Insgesamt ereigneten sich rund 130 000 Unfälle, davon 109 500 mit nur Sachschaden. Die Zahl der schweren Sachschadensunfälle mit einem Schaden von mindestens 3 000 DM bei einem der Beteiligten erhöhte sich um 7 % auf 22 400. gr

Im November 1988 niedrigerer Güterumschlag in den Häfen

Im November 1988 wurden in den rheinland-pfälzischen Rhein- und Moselhäfen knapp 2,4 Mill. Tonnen Güter umgeschlagen. Das sind 8,5 % weniger als im November 1987. Ausschlaggebend hierfür waren insbesondere Rückgänge bei Steinen und Erden (-85 543 Tonnen), Erzen und Metallabfällen (-38 681 Tonnen), Mineralölerzeugnisse (-33 420 Tonnen) und bei festen mineralischen Brennstoffen (-31 952 Tonnen). Chemische Erzeugnisse konnten als einzige Gütergruppe steigende Umschlagzahlen verzeichnen (+559 Tonnen).

Die Zahl der be- und entladenen Schiffe lag mit 2 912 um 1 % (28) über dem November 1987 und erreichte damit den höchsten Stand seit Oktober 1986.

Während die meisten Häfen im November 1988 Rückgänge registrierten, expandierte die Umschlagsleistung in Rheinbrohl (+51 %), Germersheim (+38 %) und Linz (+36 %) relativ stark. kl

Weniger Straßenverkehrsunfälle im Januar

Die Gesamtzahl der Straßenverkehrsunfälle in Rheinland-Pfalz lag im Januar 1989 mit knapp 9 400 um 5 % niedriger als im Januar 1988. Noch stärker ging die Zahl der Personenschadensunfälle zurück; sie verringerte sich um 7,4 % auf rund 1 300.

Im Vergleich zum entsprechenden Monat des Vorjahres verunglückten auch weniger Verkehrsteilnehmer. Insgesamt starben 38 (im Vorjahr 40) Unfallopfer, 460 (513) wurden schwer und 1 226 (1 318) leicht verletzt. gr

68 Fahrlehrer-Prüfungen im ersten Halbjahr 1988

Im ersten Halbjahr 1988 wurden von den Prüfungsausschüssen der Fahrlehrer in Rheinland-Pfalz 68 Prüfungen zur Erlangung einer Fahrlehrerlaubnis durchgeführt. Das sind 20 % weniger als im ersten Halbjahr 1987.

Von den 22 Prüfungen zur Erteilung einer Lehrerlaubnis der Klasse 1 (Motorrad) wurden 55 % bestanden, bei der Klasse 2 (Lastkraftwagen) betrug der Anteil 60 % (9 von 15), und von den 31 Prüflingen der Klasse 3 (Personenkraftwagen) waren 21 (68 %) erfolgreich.

Insgesamt wurden zwei Drittel aller Erst- und 40 % der Wiederholungsprüfungen bestanden. gr

Umweltschutzinvestitionen erreichen neuen Höchststand

Im Jahre 1987 investierten die Industrie- und Handwerksbetriebe in Rheinland-Pfalz 288 Mill. DM in Anlagen, die dem Umweltschutz dienen. Damit wurde das bisherige Rekordergebnis des Vorjahres um 32 % übertroffen. Für den Anteil der Umweltschutzinvestitionen an der gesamten Investitionssumme errechnet sich mit 6,6 % ebenfalls ein Spitzenwert.

Die Aufwendungen für den Umweltschutz konzentrierten sich zu über 60 % auf Maßnahmen zur Reinhaltung der Luft. Mit 176 Mill. DM erhöhten sich die Ausgaben für diesen Bereich gegenüber 1986 um rund ein Viertel. An zweiter Stelle steht der Gewässerschutz, auf den 84 Mill. DM entfielen, das sind 49 % mehr als im Jahr zuvor. Von geringerer Bedeutung waren die Investitionen zur Abfallentsorgung (17 Mill. DM) und Lärmbekämpfung (11 Mill. DM). Während sich für die Abfallbeseitigung eine Steigerung um 80 % errechnet, blieben die Aufwendungen zur Lärmbekämpfung leicht (-6,4 %) unter dem Vorjahresniveau. wz

Drei von fünf Studienkollegiaten stammen aus Asien

An den beiden Studienkollegs in Rheinland-Pfalz sind Anfang des Jahres 1989 insgesamt 340 Studienkollegiaten, darunter 78 (23 %) Frauen, eingeschrieben. Das sind 34 oder 11 % mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Von den Teilnehmern befinden sich 234 (69 %) am Staatlichen Studienkolleg in Mainz und 106 (31 %) am Staatlichen Studienkolleg in Kaiserslautern.

Drei von fünf Personen (204) kommen aus Asien, 93 (27 %) aus Afrika, 22 aus Amerika und 21 aus Europa (jeweils 6 %). Die Mehrzahl der Ausländer stammt aus

kurz + aktuell

einer kleinen Gruppe von Staaten. Die meisten kommen aus dem Iran (72), Indonesien (56) und Marokko (40). Auf die fünf zahlenmäßig bedeutendsten Herkunftsländer entfallen über drei Fünftel der ausländischen Kollegiaten, bei den zehn am stärksten vertretenen Ländern sind es knapp 80 %.

Von den 78 Ausländerinnen stammen über drei Viertel aus Asien, davon 44 aus dem Iran und 39 aus Indonesien. Zehn Studienkollegiatinnen kommen aus europäischen Ländern, fünf aus Amerika und drei aus Afrika. we

5,5 % mehr Fälle von Infektionskrankheiten im Jahre 1988

Bei den rheinland-pfälzischen Gesundheitsämtern wurden im vergangenen Jahr insgesamt 7 264 Fälle von infektiösen Erkrankungen registriert, die nach dem Bundesseuchengesetz meldepflichtig sind. Dies bedeutet gegenüber 1987 eine Erhöhung um 381 Fälle oder 5,5 %. Die Erkrankungsziffer (bezogen auf 100 000 Einwohner) betrug 201 gegenüber 191 im Jahr zuvor.

Fast vier Fünftel aller gemeldeten Neuerkrankungen entfielen auf die Enteritis infectiosa (übertragbare Dünndarmentzündung). Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr betrug 333 Fälle oder 6,2 %. Die Erkrankungsziffer erhöhte sich von 150 auf 159.

An Virushepatitis (durch Viren hervorgerufene Leberentzündung) erkrankten 400 Personen. Hier ist eine Zunahme von 34 Fällen oder 9,3 % zu verzeichnen. Ein stärkerer Anstieg ist bei den Erkrankungen an Meningitis/Encephalitis (Hirnhautentzündung/Hirnentzündung) festzustellen. Während 1987 die Zugangszahl 197 betrug, wurden für das Berichtsjahr 228 Fälle nachgewiesen, das sind 15,7 % mehr. Hier ist besonders die durch Zeckenbisse übertragene Virus-Meningoencephalitis zu erwähnen, die von 41 (1987) auf 49 Fälle anstieg.

Eine Zunahme ist auch bei den Neuerkrankungen an Malaria festzustellen. Von 23 registrierten Fällen 1987 stieg ihre Zahl 1988 auf 32 Fälle. vo

Themen der letzten Hefte

Heft 8 / August 1988

Ernteaussichten 1988
Unternehmensumsätze
Wohnungsmieten im Preisindex für die Lebenshaltung
Arbeitskostenerhebung 1988
Diagnosendokumentation im Krankenhaus

Heft 9 / September 1988

Stichprobenstatistiken in der gewerblichen Wirtschaft
Abgrenzungsmethoden für Fremdenverkehrsgebiete
Landwirtschaftlicher Grundstücksmarkt 1987
Neue Druckertechnologien im Rechenzentrum

Heft 10 / Oktober 1988

Volkszählung 1987
Schüler an allgemeinbildenden Schulen 1986 bis 2001
Grundvermögensdatei des Landes
Strukturwandel im verarbeitenden Gewerbe
Wohnungsmieten 1985

Heft 11 / November 1988

Zur Weiterentwicklung des Landesinformationssystems
Verbraucherpreise für Kraftstoffe und Heizöl 1986 bis 1988
Entwicklungen im Straßenverkehr
Gastronomie in ländlichen Gebieten
Außenhandel mit den ASEAN-Staaten

Heft 12 / Dezember 1988

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft am Jahresende 1988
Bruttomonatsverdienste in Industrie und Handel im Juli 1988
Bevölkerung am 25. Mai 1987
Gebäude und Wohnungen am 25. Mai 1987

Heft 1 / Januar 1989

Erwerbstätige in den Wirtschaftsbereichen 1987
Strukturwandel in der Wirtschaft
Auszubildende 1987
Adoptionen 1977 bis 1987

Heft 2 / Februar 1989

Das Günther-Paradoxon
Schulabgänger mit Abitur oder Fachhochschulreife und Studienanfänger 1979 bis 1987
Arbeitsproduktivität in der Industrie 1980 bis 1987
Langfristige Entwicklung des Dienstleistungssektors
Grundausbildung zum Anwendungsprogrammierer im Statistischen Landesamt

Zeichenerklärungen

- | | | | |
|-----|--|---|----------------------|
| – | = nichts vorhanden | D | = Durchschnitt |
| 0 | = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit | p | = vorläufige Angabe |
| · | = kein Nachweis vorhanden / Angabe nicht möglich | r | = berichtigte Angabe |
| ... | = Angabe fällt später an | s | = geschätzte Angabe |
| () | = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist | | |

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 – 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.